

Nr. 679 Oktober 2010
Tischri/Cheschwan 5771

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1010 P.b.b
GZ 03Z034854 W
DVR 0112305 € 2.-

DIE GEMEINDE

OFFIZIELLES ORGAN DER ISRAELITISCHEN KULTUSGEMEINDE WIEN

magazin



**AUS DEM BÜRO
DES PRÄSIDENTEN**

Niemals vergessen! 3

POLITIK

INLAND

ALEXIA WEISS
Wahlausgang 4

FPÖ-Mitglied bei
Kameradschaft IV 5

KARL PFEIFER
Die Erfindung des
österreichischen Volkes 6

ALEXIA WEISS
Und der Lueger bleibt
unangetastet 8

ALEXIA WEISS
Das Recht das Internet
nicht gänzlich im Griff 9

Eine lapidare Antwort 10

STEPHAN GRIGAT
Kampfbegriff „Isalmphobie“ 10

ANTISEMITISMUS

ULRICH W. SAHM
Offener Brief an
Pastor Hennefeld 12

Österreich-Deutschland-
Frankreich - Italien-Schweiz-
Tschechien - Ungarn 14

NS-ZEIT

Dokument über verschärfte
Judenverfolgungen in Vichy
Ausmaß der Zwangsarbeit
wird unterschätzt 18

IRAN

Irans Expansionsdrang 19

ISRAEL

ULRICH W. SAHM
Isolierung Israels 22

ARI SHAVIT
Grundstein der Existenz,
Kern des Konflikt 23
Alltägliches ... 24

WIRTSCHAFT

REINHARD ENGEL
Bremsende Behörden 26

Wirtschafts-News 28

WISSENSCHAFT

Krebs & Tumore bekämpfen 30
Visit TLV - Gratis iPhone-App 31

JÜDISCHE WELT

ALEXIA WEISS
Erinnerungszeichen gesetzt 32

ALEXIA WEISS
Neue Jeschiwa in Wien 34

USA: Jüdische Gruppe
gehört zu israelfeindlichen
Organisationsen 35

Panorama 36

KULTUR

ANITA POLLAK
Emotionales Terrain 39

L. JOSEPH HEID
Wie aus einem Mitläufer
eine tragische Figur wurde 40

EDO REENTS
Der Mann, der das
Grauen angefasst hat 44

FELICITAS VON LOVENBERG
Wann wird Israel Frieden
finden, Herr Grossman? 45

ANITA POLLAK
Familienporzellan
mit Sprüngen 48

PETER WEINBERGER
Überall & Nirgendwo 49

JUDENTUM

RABB. SCHLOMO HOFMEISTER
Bräuche & Traditionen,
Schailos & Tschuwos 50

Titelbild:

Gemüsestand am Mahane Yehuda
Markt in Jerusalem (17. Oktober 2010)
©Abir Sultan/Flash 90

Täglich aktualisiert!
www.ikg-wien.at
news events pinwand

PLENARSITZUNGEN 2010
11. November • 9. Dezember


Ausgewertet werden Meldungen von: APA, Jerusalem Post, Ha'aretz, MEMRI, Yediot Aharonot, Y-net, israelnetz (inn), nahostfocus (NOF), ICEJ, Honestly-concerned, GMW, JTA, ILI u.v.a.; © Wikimedia Commons

GEMEINDE Medieninhaber (Verleger), Herausgeber: Israelitische Kultusgemeinde Wien.
Zweck: Information der Mitglieder der IKG Wien in kulturellen, politischen und organisatorischen Belangen. Stärkung des demokratischen Bewusstseins in der österreichischen Bevölkerung. Sitz: 1010 Wien, Seitenstettengasse 4, Postfach 145.
Tel. Redaktion/Sekretariat 53 104/271, Anzeigenannahme 53 104/272, Fax: 53 104/279, E-mail redaktion@ikg-wien.at
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien
Alle signierten Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder, die sich nicht immer mit der Meinung der Redaktion deckt. Für die Kaschrut der in der GEMEINDE angezeigten Produkte übernehmen Herausgeber und Redaktion ausdrücklich keine Verantwortung. Nicht alle Artikel, die in der Redaktion einlangen, müssen zur Veröffentlichung gelangen.

Montag, 6. Dezember
15 bis 16 Uhr
Besuch des Bundespräsidenten im JBBZ

und

Chanukkahfeier IKG
mit dem Bundespräsidenten
im JBBZ



EXKLUSIVE IMMOBILIEN
in Israel – provisionsfrei!



Hadar Hatzafon
North Tel - Aviv

hayarkon
Tel Aviv by the Sea

FAIRE FUND
Shoval Grofman Real Estate

natalie@faire.co.il
+972-54-8000859
www.faire.co.il

WOHN IM GRÜNEN
ZWISCHEN PRATER
UND DONAUINSEL

Neubezug Wohnheim Praterau der IKG
1 bis 3 Zimmerwohnungen, 34 m² bis 79 m²
Die hohe Wohnqualität ist durch modernste Ausstattung, sowie durch ein vielfältiges Leistungs- und Serviceangebot gewährleistet. Bezugsfertig ab Jänner 2010:

Wohnheimverwaltung: Tel.: 01/213 68 DW 912, 913
0676/538 75 19
www.wohnheimwien.at

**„In den Jahren 1939—1942
wurden vom ehemaligen Aspangbahnhof
zehntausende österreichische Juden
in Vernichtungslager transportiert
und kehrten nicht mehr zurück“**

Niemals vergessen! Nie wieder Faschismus!

**Mahnwache und Kundgebung
Dienstag, 9. November 2010 • 18 Uhr**

**Gedenkstein vor dem ehemaligen
Aspangbahnhof (Platz der Opfer der
Deportation, 1030 Wien)**

Zu dieser Kundgebung rufen auf:

Abg. z. LT Madeleine Petrovic • Abg. z. NR Karl Öllinger • Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) • ARGE Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung • Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten • Deserteurs- und Flüchtlingsberatung • Die Bunte Zeitung • Dieter Schrage – Die Grünen SeniorInnen • Doron Rabinovici (Republikanischer Club) • Föderation der ArbeiterInnen Syndikate (FAS) • Gedenkdienst • Gewerkschaftlicher Links Block (GLB) • Grüne Alternative Wien • Infoladen Wels • Initiative Aspangbahnhof • Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG-Wien) • Kommunistische Partei Österreichs – Wien (KPÖ-Wien) • Peter Menasse – Chefredakteur „Nu“ • Pierre Ramus Gesellschaft • Redaktion „Akin“ • Republikanischer Club Wien – Neues Österreich • Romano Centro – Verein für Roma • Service Civil International (SCI) • Sozialistische Jugend Wien (SJ-Wien) • Sozialistische Linkspartei (SLP) • Unabhängiges Antifaschistisches Personenkomitee Burgenland • Verein Internationaler Zivildienst



WAHLAUSGANG

Jeder vierte wählte blau

Wien hat gewählt – und dabei der Rechten zu neuem Aufschwung verholten. Jeder vierte entschied sich für die FPÖ unter Heinz-Christian Strache, der sich entsprechend feiern ließ: zu den Klängen von „Wiener Blut“, das bereits im Wahlkampf als fremdenfeindlicher Slogan missbraucht wurde, und mit jeder Menge Alkohol für seine Mitstreiter und Fans in einem Zelt vor dem Rathaus. Doch wer wählte die Blauen?

VON ALEXIA WEISS

In der Woche vor der Wiener Wahl am 10. Oktober wurden zwei achtjährige Mädchen gemeinsam mit ihrem Vater in Schubhaft genommen, bevor sie unter Medienrummel in den Kosovo abgeschoben wurden – ohne ihre Mutter, denn diese lag zu diesem Zeitpunkt auf Grund einer Psychose im Krankenhaus – und befindet sich noch immer im Spital. Zu verantworten hat Aktionen wie diese Innenministerin Maria Fekter (V).

Recht muss Recht bleiben, heißt es in Fällen wie diesen – letzten Endes wird hier Politik auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen gemacht, die einerseits nichts für die Entscheidung ihrer Eltern können, in Österreich ihr Glück zu probieren, die sich andererseits bestens in der Schule integriert haben, Deutsch beherrschen, vor allem aber in ihrer Muttersprache nicht alphabetisiert wurden und damit in der alten, neuen Heimat Kosovo massive Schwierigkeiten haben werden, sich im dortigen Bildungssystem einzugliedern.

Genutzt hat der Wiener ÖVP die harte Gangart der schwarzen Ministerin am Wahltag schließlich nicht – im Gegenteil: die Schwarzen fuhren massive Verluste ein. Sie landeten hinter der SPÖ und der wieder erstarkten FPÖ mit 14 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und 13 der insgesamt 100 Mandate (minus fünf Mandate) auf Platz drei.



Die SPÖ wiederum musste sich von ihrer absoluten Mandatsmehrheit verabschieden. Sie hält nun bei 49 Sitzen im Stadtparlament (minus sechs Mandate) sowie 44,3 Prozent der Stimmen. Verluste fuhren auch die Grünen ein: sie halten nun bei 12,6 Prozent der Stimmen und elf Mandaten (minus drei Sitze).

Strache errang 25,7 Prozent der Stimmen beziehungsweise 27 Mandate (plus 14 Sitze) und scheint damit den Erfolgsweg seines Idols Jörg Haider, der die FPÖ in den neunziger Jahren von Wahlerfolg zu Wahlerfolg geführt hatte, zu wiederholen. Und es gelingt ihm – erneut – mit dem Schüren von Ängsten, dem Warnen vor Überfremdung, dem Ansprechen von unzufriedenen Protestwählern.

Das Institute for Social Research and Consulting (SORA) befragte Wähler nach den Motiven für ihre Entscheidung. Sieht man sich die FPÖ-Wähler an, ergibt sich folgendes Bild: 69 Prozent entschieden sich für die Freiheitlichen, damit die SPÖ ihre absolute Mehrheit

verliert. Der Umgang der FPÖ mit dem Islam war 35 Prozent ihrer Wähler „sehr wichtig“, weiteren 30 Prozent „ziemlich wichtig“, die blaue Position zum Thema Zuwanderung bezeichneten 69 Prozent der FPÖ-Wähler als sehr wichtigen Grund für ihre Entscheidung, weitere 17 Prozent als ziemlich wichtigen Grund. Das Thema Sicherheit war 75 Prozent der FP-Wählern sehr und 21 Prozent ziemlich wichtig.

Die FPÖ schöpfte bei der Wiener Wahl vor allem von der SPÖ und der ÖVP sowie vorherigen Nichtwählern Stimmen ab. Laut SORA-Wählerstromanalyse wanderten 46.000 Stimmen von den Sozialdemokraten zu den Blauen, 20.000 von der Volkspartei zur FPÖ. Von den Nichtwählern der letzten Wahl entschieden sich nun 45.000 für die Freiheitlichen.

40 Prozent der Arbeiter gaben dieses Mal Strache ihre Stimme, 24 Prozent der Angestellten, 17 Prozent der Selbstständigen, 15 Prozent der Beamten und 28 Prozent der Pensionisten. Sieht man sich das Wahlverhalten nach Geschlecht

und Alter an, ergibt sich folgendes Bild: Männer wählten zu 28 Prozent freiheitlich, Frauen zu 20 Prozent. Besonders beliebt ist Strache bei Männern ab 60: sie entschieden sich zu 32 Prozent für ihn. Frauen bis 29 wählten dagegen nur zu 18 Prozent die Freiheitlichen.

14 zusätzlich freiheitliche Mandatare sind nun also im Wiener Landtag zu besetzen. Die neuen Abgeordneten bilden dabei gemeinsam mit den bereits erfahrenen Mandataren, wie Nina Horacek es im „Falter“ treffend formuliert, „eine Bude namens Rathaus“. Denn die alten und neue Sitze werden vor allem mit Burschenschaffern besetzt. Sie gehören beispielsweise der Albia an (*Udo Guggenbichler*, zugleich Chef des Österreichischen Pennäler Rings und Organisator des jährlichen Burschenschaffterballs in der Hofburg), der Aldania (*Armin Blind*), der Olympia (*Dietbert Kowarik*).

Klubchef wird *Johann Gudenus*, Mitglied der Burschenschaft Vandalia und Sohn des wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten FPÖ-Bundesrats *John Gudenus*. Bruder *Markus Gudenus* wird von den Grünen dem Umfeld der neonazistischen Seite *alpen-donau.info* zugerechnet.

SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl, der sich nun nach langen Jahren des Alleinregierens einen Koalitionspartner suchen muss, sagte noch am Wahlabend klipp und klar: eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen kommt nicht in Frage. Während die rote Parteijugend nun eine Koalition mit den Grünen favorisiert, wünscht sich die Wirtschaft rot-schwarz.

Die Themen Zuwanderung und Integration werden in den Koalitionsverhandlungen sicher eine zentrale Rolle spielen. Vor allem Grün und Schwarz sind hier in ihren Positionen meilenweit voneinander entfernt. Auf Bundesebene trägt die SPÖ die Linie Fekters mit, auch wenn Häupl die Verhaftung und Abschiebung der beiden Zwillingmädchen bei der Abschlusskundgebung der Wiener SP heftig kritisiert hatte. Außerdem stellte SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann Anfang Oktober klar: ein eigenes Integrationsressort in der Bundesregierung stehe nicht zur Diskussion.

Eine leichte Kursänderung war allerdings bei der ÖVP eine Woche nach der geschlagenen Wahl zu bemerken: die massiv in die Kritik geratene Innenministerin verkündete, die beiden Zwillingmädchen dürften vorerst nach Österreich zurück, der Fall werde erneut geprüft. Einlenken bedeutet das allerdings noch keines. Das zuständige Magistrat habe Fehler gemacht, so Fekter. Am Fremdenrecht an sich will sie nichts ändern.

Peter Kulcsar
ANTIQUITÄTENHANDEL
WIEN

*Verlassenschafften-Ankauf,
Gemälde, Möbel, Silber, Porzellan,
Bronzefiguren*

Spiegelgasse 19, 1010 Wien, Österreich
Tel. 01/512 72 67 www.kulcsar.at

FPÖ-STEIERMARK:

Mitgliedschaft in der Kameradschaft IV ist Verherrlichung der Waffen-SS!

Im Zuge der Nürnberger Prozesse wurden die NSDAP und ihre Teilorganisationen wie die SS verboten und insbesondere letztere als Hauptinstrument für den politischen Terror, Völkermord und Kriegsverbrechen als verbrecherische Organisation charakterisiert.

Die Kameradschaft IV bestehend aus ehemaligen Mitgliedern der SS, Familienangehörigen und Sympathisanten, pflegt heute weiter rechtsextremes Gedankengut und huldigt Geschichtsrevisionismus.

Der Spitzenkandidat der FPÖ im frischgewählten steirischen Landtag, *Dr. Gerhart Kurzmann*, gehört der Kameradschaft IV an. Im NS-Verbotsgesetz beträgt das Strafausmaß für die gröbliche Verharmlosung des NS-Völkermordes zwischen 1 und 10 Jahren, bei besonderer Gefährlichkeit bis zu 20 Jahren.

Dr. Kurzmann hat mehrfach in Interviews seine Ansichten über die Waffen-SS dahingehend geäußert, als deren Mitglieder lediglich ihre Pflicht erfüllt hätten und als ehrenvolle Bürger zu betrachten seien. Dr. Kurzmann verwehrte sich nachhaltig dagegen, eine ganze Generation pauschal zu verurteilen, für Taten, welche lediglich in Pflichterfüllung geschehen seien. Selbst im Jahr 2010 leugnet Kurzmann seine Mitgliedschaft in der Kameradschaft IV nicht (siehe Interview „Der Standard“, 27.6.2010) und ist der Meinung, dort wertvolle Menschen kennengelernt zu haben.

Die bisher getätigten und dokumentierten Aussagen Kurzmanns verherrlichen den Nationalsozialismus bzw. die für diesen stehenden Organisationen. Durch seine Mitgliedschaft in der Kameradschaft IV, einer rechtsextremen Organisation, die versucht die Waffen-SS als vierten Wehrmachtsteil und damit als unbedenklich hinzustellen, verleiht Kurzmann seinen Ansichten tatkräftigen Ausdruck.

Die Waffen-SS wurde vom Nürnberger Gerichtshof als Teil der SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt. Zusammengefasst scheinen die Tatbestände der §§ 3, 3a, 3b, 3d, 3g, 3h Verbotsgesetz erfüllt und wird die Staatsanwaltschaft Graz ersucht, das Ermittlungsverfahren gegen Dr. Gerhard Kurzmann einzuleiten. In jedem Fall ist Dr. Kurzmann persönlich und die Partei, die ihn als Spitzenkandidaten aufgestellt hat, als Koalitionspartner ungeeignet.

IKG Wien

Mag sein, dass die Gesetze eines der reichsten Länder der Welt zulassen oder gar fordern, Kinder ins Gefängnis zu sperren, um sie „abzuschieben“.

Mag sein, dass die Gesetze es zulassen oder gar fordern, dass Kinder eine Gefängniszelle als den letzten Eindruck von einem der reichsten Länder mitnehmen, bevor sie außer Landes gebracht werden.

Mag sein, dass in Österreich derart unmenschliche Gesetze in Kraft stehen.

Dann wird es Zeit, den Grund für diese Unmenschlichkeit zu beseitigen. Damit die Polizei und die Politiker nicht mehr sagen müssen: „Das ist menschlich hart, aber die Gesetze fordern es!“

Als Rektor einer Universität mit einem (zur Ehre dieses Landes und der Universität!) überaus hohen Ausländeranteil an Lehrenden und Studierenden, als Rektor einer Universität der ständig befasst ist mit unsinnigsten Asylproblemen von zugelassenen StudienbewerberInnen als Bürger eines der reichsten und den Werten von Demokratie und Menschenrecht verpflichteten Landes fordere ich die „anständigen“ Politiker dieses Landes auf:

Wenn ihr euch fürchtet vor einer angeblichen Mehrheit der Unmenschlichkeit in diesem Land, dann macht eine Volksabstimmung über ein Gesetz, das es verbietet, Kinder in Schubhaft zu nehmen und das Menschen, die mindestens 5 Jahre in Österreich unbescholten leben, arbeiten und Steuern zahlen, ein Recht auf Aufenthalt in diesem Land gewährt.

NOT-wendig ist nicht Unmenschlichkeit!

NOT-wendig ist die Beseitigung von Unmenschlichkeit. Auch und gerade in einem Rechtsstaat!

*Gerald Bast,
Rektor der Universität
für angewandte Kunst Wien*

Die Erfindung des österreichischen Volkes

Das Wiener Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog hat im Rahmen seiner Reihe „Talking for Peace“ für den 13. Oktober einen Vortrag des israelischen Historikers Shlomo Sand mit dem Titel „The invention of the Jewish people“ („Die Erfindung des jüdischen Volkes“) angekündigt. In der Einladung stellt das Forum unter anderem die Frage: „Wenn der Mythos des jüdischen Staates demontiert ist, könnte dies den Weg zu einem offeneren israelischen Staat bereiten?“

Offenbar gilt die brennendste Sorge des Veranstalters also nicht dem eigenen Land und der eigenen Geschichte, sondern den Problemen der jüdischen Historie und der israelischen Identität. Wie formulierte es der stellvertretende Vorsitzende der SPÖ-Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik, Walter Sauer, so unnachahmlich? „Wir [dürfen] heute unsere Augen nicht vor dem schleichenden Völkermord verschließen, den Staatsideologie und Staatspraxis des Judentums an den Palästinensern, insbesondere im Gazastreifen, verursachen.“

Karl Pfeifer hat dies zum Anlass genommen, sich mit dem Mythos des „österreichischen Volkes“ zu beschäftigen.

VON KARL PFEIFER

Menschen, die sich heutzutage als Österreicher betrachten, perpetuieren einen Betrug oder sind die Opfer eines solchen. Denn die „Österreicher“ sind gar kein Volk – und die Behauptung, sie hätten während der letzten zweitausend Jahre das Gebiet des Staates Österreich besiedelt, ist nichts weiter als ein Mythos, den die Ideologen des „österreichischen Nationalismus“, der während der dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts erfunden wurde, ersonnen haben.

Die „Österreicher“ sind vielmehr eine Promenadenmischung von keltischem, bajuwarischem, slawischem, ungarischem und italienischem Blut. Bis 1945 waren die meisten von ihnen zufrieden mit einer deutschen Identität; sie sprachen – wenn auch nicht alle korrekt – Deutsch, kämpften in der deutschen

Armee und fühlten sich bis zum Zusammenbruch des Naziregimes als Deutsche. Die Ansicht, dass die „Österreicher“ ein besonders Volk sind, das eine eigene Kultur und eine eigene Identität hat und somit einen eigenen Staat verdient, war im alltäglichen Leben marginal. Doch eine Gruppe von Intellektuellen begann, gewöhnliche Menschen von ihrer randständigen Idee zu überzeugen.

Dazu muss man wissen, dass nahezu alle in Österreich Lebenden – mit Ausnahme einiger unverbesserlicher Monarchisten – nach 1918 zu Deutschland gehören wollten, die Ententemächte im Frieden von St. Germain aber auf einem Anschlussverbot bestanden. Trotzdem hielten die Sozialdemokraten bis Ende der 1930er Jahre an ihrer Ansicht fest, die „Österreicher“ seien eigentlich Deutsche, und auch die Christlichsozialen postulierten, der Ständestaat sei der bessere deutsche Staat. Als dann erlebte die Welt, wie sich die Masse der „Österreicher“ heiser schrie: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“ Auch der Sozialdemokrat und spätere Präsident der Republik Österreich Karl Renner begeisterte sich für den Anschluss – sogar für den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich. Außer den Monarchisten hielten lediglich die Kommunisten an der Fiktion eines österreichischen Volkes fest.

Erst nach Stalingrad und der Moskauer Deklaration erkannten viele „Österreicher“, welchen Profit man daraus ziehen kann, nicht mit den Deutschen identifiziert zu werden. Man hielt sich nun für das „erste Opfer“ der Nazis, sprach Dialekt und ersetzte Deutsch durch eine „Unterrichtssprache“. Die Produzenten von Steireranzügen und Dirndl erlebten einen einmaligen Aufschwung. Und Karl Renner, der jetzt Staatskanzler war, erklärte bereits am 29. August 1945 „in Bezug auf die Behandlung des Naziproblems“, „dass alle diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger und Geschäftsleute bei dem seinerzeitigen Anschluss an die Nazi [sic!] gar nicht weit-



tragende Absichten gehabt haben – höchstens, dass man den Juden etwas tut –, vor allem aber nicht daran gedacht haben, einen Weltkrieg zu provozieren.“

In Österreich geboren zu sein, macht einen nicht automatisch zum Österreicher. Wer allerdings von österreichischen Staatsbürgern abstammt, kann die Staatsbürgerschaft leichter bekommen, auch wenn er oder sie nie in Österreich war und nicht Deutsch sprechen kann. Angesichts dieser Tatsachen sollte erwogen werden, aus Österreich einen Staat aller seiner Einwohner zu machen – zum Beispiel auch der Slowenen in Kärnten, denen dieser Staat bis heute nicht alle Rechte gewährt (wie man am Beispiel der Ortstafeln gut sehen kann) – und die Rechte nicht nur denjenigen zu gewähren, die sich zum österreichischen Nationalismus bekennen oder die erfundene Geschichte glauben, sie wären „Österreicher“.

Um dies zu verwirklichen,
- sollte man die Diskriminierung aller Menschen, die in Österreich geboren sind, aufheben und Menschen österreichischer Abstammung nicht mehr begünstigen;

- sollte man das „österreichische Volk“ erziehen, damit es nicht mehr an die Lüge glaubt, ein Volk mit dem Recht auf Selbstbestimmung zu sein;

- sollte man dem „österreichischen Volk“ helfen, seine wirkliche Identität zu finden, die durch den österreichischen Nationalismus zum Schweigen gebracht wurde;

- sollten eine Regierungsform und eine eigene Identität gefunden werden, wobei die Ideologie des österreichischen Nationalismus und die nationale Identität als „Österreicher“ selbstverständlich ausgeschlossen werden.

Aber anscheinend hat die österreichische Sozialdemokratie keine andere Sorge als die jüdische Geschichte und die israelische Identität. Doch wenn sich die Theorien von Shlomo Sand nicht nur auf Juden und Israel beschränken, dann sollte die SPÖ sie im eigenen Land anwenden – oder damit aufhören, von einem „Mythos des jüdischen Staates“ respektive einer „Erfindung des jüdischen Volkes“ zu schwadronieren.



Zivilcourage

Mauthausen Komitee präsentiert
neues Angebot für Jugendliche

Warum Zivilcourage trainieren?

Berichte über Diskriminierung, Ausgrenzung und rassistische Gewalt gegen AusländerInnen, Menschen mit Migrationshintergrund, gegen Menschen die anders sind oder anders denken als die Mehrheit sind fast täglich in den Medien zu finden oder begegnen uns im täglichem Leben.

Diese Gewalt hat viele Gesichter: in Geschäften, auf der Straße, auf dem Schulhof, am Arbeitsplatz, in der Bahn, im Bus, in Vereinen, etc. und beginnt aber bereits im Kleinen nämlich in der Familie, im Freundeskreis - an Orten, wo Menschen als fremd oder anders empfunden werden, ausgegrenzt, verbal verletzt, bedroht oder tätlich angegriffen werden.

Rassismus und Diskriminierung lassen sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Es lässt sich jedoch mit kleinen Schritten viel erreichen: wenn Menschen hinsehen, wenn Dritte helfend eingreifen und wenn Opfer nicht ohnmächtig bleiben.

Zivilcourage-Trainings

Unser neuestes Angebot für Jugendliche sind Zivilcourage-Trainings. Die Trainings richten sich an SchülerInnen und Lehrlinge ab der 10. Schulstufe und sind unter www.zivilcourage.at buchbar. Durch die dankenswerte Förderung dieses Projekts (ÖGB und BMUKK) ist es uns möglich 300 Zivilcourage-Trainings im Jahr 2010 für Jugendliche kostenlos anzubieten. Das Zivilcourage-Training dauert 4 Stunden. Die maximale Gruppengröße beträgt 15 Personen.

Das Zivilcourage-Training soll helfen aus unbeteiligten ZuschauerInnen HelferInnen zu machen. Das Zivilcourage Training beschäftigt sich mit dem Mut des/der Einzelnen, in der Öffentlichkeit in "unangenehmen" Situationen einzugreifen. Auf der Basis der inhaltlichen Auseinandersetzung erlernen die Jugendlichen, wie man mit Angriffen, Ohnmacht, Aggression und Angst umgehen kann. Es wird erarbeitet, was man in diskriminierenden Situationen tun kann bzw. wo die eigenen Grenzen liegen und Handlungskompetenzen erarbeitet.

„ZIVIL.COURAGE.WIRKT“

Ausstellung bis 18. Dezember 2010

ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Informationen und Anmeldung unter www.zivilcourage.at



©Andreas Pinnafke

Und Karl Lueger bleibt unangetastet

Karl Lueger (1844 - 1910), ab 1897 bis zu seinem Tod Bürgermeister Wiens, brachte alles Widrige auf eine einfache Formel: „Der Jud ist schuld“. 1926 wurde für ihn auf dem Luegerplatz ein Denkmal nach einem Entwurf von Josef Müller aus dem Jahr 1912 aufgestellt. Eine Gruppe aus der Universität für angewandte Kunst schrieb einen Wettbewerb zur Umgestaltung des Monuments aus. Der Sieger steht fest – doch die Umsetzung scheint fraglich. Ist der Denkmalschutz in seiner heute gelebten Form sinnvoll?

VON ALEXIA WEISS

„Wir wehren uns dagegen, dass die Christen unterdrückt werden und an die Stelle des alten christlichen Reiches Österreich ein neues Palästina tritt“, zitiert die Homepage der Initiative zur Umgestaltung des Luegerplatzes einen der Hetzsprüche des Bürgermeisters, dessen Erfolg vor allem darin bestand, die Stimmung im Volk zu erspüren. Lueger griff den traditionellen, katholischen Antisemitismus gegen das „Gottesmördervolk“ auf, kombinierte ihn mit antiliberalen und antikapitalistischen Elementen und sprach so die weit verbreiteten Vorurteile gegenüber „Geld- und Börsenjuden“, „Pressejuden“, „Tintenjuden“ an. Um 1900 wurde dann zur Rechtfertigung des Antisemitismus die noch aus dem Mittelalter stammenden Ritualmord-Verdächtigungen

erneut aufgegriffen.

Mit der Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Umgestaltung des Denkmals wollte der Arbeitskreis aus der Uni für angewandte Kunst einen breiten Diskurs über den Umgang mit der problematischen historischen Rolle Luegers in Gang setzen. Adolf Hitler soll Lueger später als den „gewaltigsten deutschen Bürgermeister aller Zeiten“ bezeichnet haben.

Martin Krenn, Künstler, Lehrender und Initiator des Umgestaltungs-Projekts: „Die Geschichte lehrt, wie wichtig es ist, sich gegen alle Formen von Antisemitismus zu wenden. Umso schwerer wiegt es, dass nach wie vor in Wien ein Denkmal mit einer Statue von einem Politiker steht, der schon vor über hundert Jahren Antisemitismus als politische Strategie nützte, um in dieser Stadt die Macht zu erlangen. Das Denkmal für den Altbürgermeister Karl Lueger darf nicht mehr länger verklären, sondern soll zu einem Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus umgestaltet werden.“

220 Kunstschaffende folgten dem Aufruf, Umgestaltungsentwürfe einzureichen. Zum Sieger kürte die Jury den Wiener Künstler *Klemens Wihlidal*. Sein Entwurf sieht vor, dass die Statue und ein Teil des Sockels um 3,5 Grad nach rechts geneigt werden. Die Jury begründete ihre Entscheidung damit, „dass der Entwurf die Unsicherheit der Stadt Wien im Umgang mit Karl Lueger verdeutlicht und den aktuellen Stand der Diskussion zeigt. Sowohl die Person Karl Luegers als auch ihre Rezeption befinden sich in einer Schiefelage. Durch den Eingriff wird der vertikale Charakter des Monuments gebrochen und der Mythos Luegers als Vaterfigur Wiens hinterfragt. Die Schiefelage verweist auf den problematischen Umgang der Stadt Wien mit ihrer antisemitischen Vergangenheit“.

Jurymitglied *Eva Blimlinger* bezeichnet Wihlidals Entwurf als „am reduziertesten und am irritierendsten“. Die Chance, dass er umgesetzt wird, schätzt sie dennoch als gering ein. Es gibt zwar noch keine offizielle Entscheidung des Bundesdenkmalamts (BDA), doch die Signale sind eindeutig. Krenn will sich nun nach den Wahlen in Wien an die neue Stadtregierung wenden. Diese müsste als Eigentümerin des Denkmals einen Antrag an das BDA stellen.

Im September ließ der oberste Wiener Denkmalschützer *Friedrich Dahm* im „Kurier“ verlauten: „Ich habe kein Problem, dass dort ein zweites Denkmal errichtet wird, das Lueger neu bewertet oder das Erläuterungstafeln aufgestellt werden, aber eine direkte Beeinträchtigung des Denkmals kommt für uns nicht in Frage. Dabei müssten abseits der Statue auch noch die tonnenschweren Platten demontiert werden, was unserer Erfahrung nach nicht zerstörungsfrei möglich ist.“ Der Bitte der „Gemeinde“ um eine Stellungnahme wurde übrigens bis Redaktionsschluss nicht entsprochen.

Blimlinger übt Kritik „am statischen Begriff des Historischen durch das Bundesdenkmalamt. So sieht man nicht, was neu zu sehen wäre“. Ihre Forderung: „Der Denkmalschutz muss umgedacht werden. Man muss sehen, dass Geschichte dynamisch ist und Dinge immer wieder neu bewertet werden.“

Sollte es tatsächlich zu einem negativen Entscheid durch das Bundesdenkmalamt kommen, will Krenn die zweite Instanz bemühen: das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur. Dort müsste der Antrag erneut geprüft werden. Diese Entscheidung wäre dann eine politische.

www.luegerplatz.com



Skizze Klemens Wihlidal

Das Recht hat das Internet



nicht gänzlich im Griff

Das global funktionierende Internet ermuntert Menschen weltweit, Teil dieses neuen Mediums zu werden, sich zu präsentieren, zu kommunizieren, sich zu vernetzen. Die dunkle Seite: nicht nur Kriminelle nutzen das Internet, um andere finanziell zu schädigen, auch Mobbing wird – etwa durch soziale Netze wie Facebook – hier leicht möglich, ebenso wie rechte Hetze gegen Juden, gegen Ausländer, allgemein gegen unerwünschte Gesellschaftsgruppen. Reichen die nationalen Gesetze hier aus? „Die Gemeinde“ sprach dazu mit drei Internet-Experten. Fazit: es gibt Lücken. Globale Anstrengungen wären hier dringend von Nöten.

VON ALEXIA WEISS

Das Bundeskriminalamt verzeichnete in den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 einen starken Anstieg der Internet-Kriminalität. Anfang Oktober wurden Daten veröffentlicht, wonach die Zahl der Anzeigen im Bereich „Sonstige Betrugsformen durch Missbrauch des Internets“ von 22 im Vergleichszeitraum des Vorjahres auf nunmehr 1.074 hochgeschwungen ist.

Eine Rolle dabei dürfte auch die immer stärkere Nutzung sozialer Netze wie Facebook spielen, denn Gerhard Lang vom Bundeskriminalamt hielt bei der Veröffentlichung der Anzeigen-Statistik fest: „Facebook ist eine Chance für viele, Facebook hat aber auch viele Risiken.“ Der Kriminalist warnte vor steigenden Zahlen bei Betrug, Missbrauch, Mobbing und Stalking. Helfen könne dagegen vor allem die Sensibilisierung der Internetnutzer.

Er hat sich mit dem größten sozialen Netzwerk ganz detailliert befasst: der

Journalist Jakob Steinschaden. In seinem eben erschienen Buch „Phänomen Facebook: Wie eine Webseite unser Leben auf den Kopf stellt“ (Ueberreuter Verlag) untersucht er die Auswirkungen dieses Netzwerks auf die Gesellschaft. Weltweit hat bereits eine halbe Milliarde Menschen ein Profil bei Facebook angelegt.

„Wo sehen Sie die Fallen bei Facebook?“, wollte „Die Gemeinde“ von Steinschaden wissen. „Die größte Falle ist die Öffentlichkeit, die Facebook erzeugt. Die Privatsphäre-Einstellungen suggerieren Privatsphäre, die es de facto aber bei Facebook nicht gibt. Auch wenn ich die Einstellungen so vornehme, dass meine Inhalte nur meine direkten Kontakte, im Schnitt 130 Personen, sehen dürfen, schaffe ich dadurch Öffentlichkeit. Alles, was ich vor diesen Leuten sage, schreibe oder zeige, für das muss ich im schlimmsten Fall auch vor Gericht gerade stehen.“

Facebook ist – wie von der „Gemeinde“ schon berichtet – auch ein beliebter Kommunikationsort für Rechtsextreme. „Facebook scheint vieles Unsägliche zu tolerieren und zu akzeptieren“, meint der deutsche Journalist und Mitbegründer des Dokumentationsarchivs Rechtsextremismus und Grauzone (<http://dokmz.wordpress.com>), Rudolf Kleinschmidt. „Hier sind ohne Probleme Aufrufe zu Gewalt, menschenverachtende Hasstiraden und Holocaustleugnung, übelste eingebundene Videos etc. zu finden. Zugleich gibt es Geschäftsbedingungen, wonach viele dieser Inhalte nicht zulässig sind. Würde Facebook seiner Verantwortung gerecht werden, müsste einiges anders sein, wenn schon nicht das Einstellen solcher Inhalte verhindert werden kann.“

Die Crux bei solchen Inhalten, aber auch eigenen Webseiten, die in deutscher Sprache publizieren, aber auf einem Server in einem anderen Staat – vielfach in den USA – liegen: dann ist jenes Recht zuständig, das in dem Land gilt, in dem auch der Server liegt. Dazu Lukas Feiler, Vizedirektor des Europäischen Zentrums für E-Commerce und Internetrecht: „Bisweilen wird als Lücke empfunden, dass vom Ausland zur Verfügung gestellte Websites ohne Sanktion österreichisches Recht verletzen können.“

Das gilt beispielsweise für rechtsextreme Portale wie alpen-donau.info. Bei Facebook ist die Lage inzwischen etwas anders: denn, wie Steinschaden betont, schließt man als Nutzer nun

einen Vertrag mit Facebook Ireland Limited. „Das heißt im Falle einer Rechtsstreitigkeit gilt nicht US-amerikanisches, sondern europäisches Recht. Man kann also in Österreich klagen und der Prozess findet vor einem österreichischen Gericht statt, es kommt also mit großer Wahrscheinlichkeit das österreichische Datenschutzrecht zur Anwendung.“

Feiler meint, dass das österreichische Recht dem Internet grundsätzlich „sehr gut gerecht“ wird. So sei die Anmaßung eines fremden Namens, also Identitätsdiebstahl offline wie auch online nach zivilrechtlichen Grundsätzen rechtswidrig (allerdings nicht strafrechtlich relevant). Ebenso sei eine Beleidigung oder Rufschädigung unabhängig vom Medium strafbar.

Das Internet bringe aber ebenfalls Sachverhalte hervor, die noch nicht rechtlich befriedigend gelöst seien, räumt auch Feiler ein. Er nennt hier das Hacken tausender PCs und deren virtuelle Zusammenschaltung zu einem so genannten Botnet. Das bleibt nach österreichischem Recht in vielen Fällen straflos.

Und die Sache mit der Zuständigkeit jenes Staates, in dem der Server steht? Genau dadurch wird ja vor allem das Verbotsgesetz umgangen, das in den USA nicht gilt. Dort sind Aussagen, die hier zu Lande strafrechtlich relevant wären, durch das Grundrecht auf Meinungsäußerungsfreiheit nach dem ersten Verfassungszusatz geschützt.

Sollte in Zukunft also eher das Recht jenes Landes herangezogen werden, in dem eine Webseite ihre Wirkung entfaltet als jene des Staates, in dem der Server steht? Feiler: „Zunächst ist zu betonen, dass eine Website in jedem Land der Welt Wirkungen entfaltet. Es ist einem Diensteanbieter aber nicht möglich, die teilweise widersprüchlichen Anforderungen aller Rechtsordnungen zu erfüllen.“ Hier sehe die E-Commerce-Richtlinie der EU, die auch im E-Commerce-Gesetz Österreichs umgesetzt wurde, vor, dass grundsätzlich das Recht des Sitzstaates des Diensteanbieters anzuwenden ist.

Aber, so Feiler weiter: „In Abweichung von diesem Grundsatz können österreichische Strafbestimmungen sehr wohl zur Anwendung kommen, weshalb auch für einen ausländischen Diensteanbieter das Verbotsgesetz gilt.“ Damit widerspricht Feiler übrigens der vom Innenministerium gebetsmühlenartig verwendeten

Aussage, dass in Sachen alpen-donau.info wegen der freien Meinungsäußerung in den USA das Verbotsgesetz eben nicht zum Einsatz komme. Für den Experten liegt das Problem hier vielmehr woanders: „Aus praktischer Sicht ist es jedoch erforderlich der Verantwortlichen habhaft zu werden – und genau das ist im Fall von alpen-donau.info leider offenbar nicht möglich.“

Aus Sicht Kleinschmidts wäre das Ahnden rechtlich relevanter Delikte jedenfalls einfacher, gäbe es hier zwischenstaatliche Anstrengungen, die in stabile internationale Regelungen münden. Und: im Idealfall sollte seiner Meinung nach jedes Recht zur Anwendung kommen, „das Möglichkeiten bietet, gegen diese Inhalte aktiv zu werden“. Also „das Recht bei dem, der die Inhalte sieht, das Recht bei dem, der die Seite betreibt und besitzt, das Recht bei dem, der sie hostet, die Geschäftsbedingungen des Providers etc.“ Neonazis würden versuchen, mit international und anonym gehosteten

Seiten nationales Recht auszutricksen. „Und wir sollten tunlichst genauso jede Möglichkeit nutzen, ihnen genau dies zu erschweren oder unmöglich zu machen.“

Gerade das Internet zeige aber auch, dass es zu kurz greife, die Verantwortung auf einen Akteur zu beschränken, so Kleinschmidt. „Es bedarf des Engagements und der gemeinsamen Anstrengung vieler Akteure: staatlicher Stellen und Gesetzen ebenso wie Providern, die mehr Verantwortung übernehmen müssen, und der Usercommunity, die vehement gegen Menschenverachtung einschreiten muss. So wie wir im Bus und der Straßenbahn widersprechen, wenn jemand rassistisch beleidigt wird, müssen wir das auch im virtuellen Raum. Einfach wegklicken heißt in diesem Fall schweigen und damit tolerieren und zustimmen. Und es liegt an uns als Usern, immer wieder zu betonen, dass es manchen der Provider offenbar egal ist, dass sie als Hetzplattformen für die übelste Nazi-propaganda genutzt werden.“

Kampfbegriff ,Islamophobie'

VON STEPHAN GRIGAT

Wortschöpfungen wie „Islamophobie“ oder „Antiislamismus“ waren stets politische Kampfbegriffe. So sehr es gute Gründe gibt, sich über eine adäquate Terminologie für die von der fremdenfeindlichen Rechten betriebene Hetze gegen Moslems Gedanken zu machen, zielten derartige Begriffe von Beginn an auf eine Immunisierung gegen Kritik. Der „Islamophobie“-Begriff zielt darauf, jegliche Kritik an den unterschiedlichen Strömungen des Islam als ebenso ungerechtfertigte wie krankhafte Panikmache zu delegitimieren. Ähnliches gilt für den Neologismus „Iranophobie“, der lange Zeit nur von Vertretern des iranischen Regimes verwendet wurde, um Kritik an der Herrschaftspraxis der Mullahs zu diskreditieren, mittlerweile aber auch im deutschsprachigen Feuilleton aufgegriffen wird.

Besonders deutlich wird die Selbstimmunisierung gegenüber Kritik bei der Organisation der islamischen Konferenz, in der 57 Staaten zusammengeschlossen sind. Ginge es nach ihnen, sollen nicht Individuen, sondern der Islam als Religion zum Objekt des Menschenrechtsschutzes werden. Diese Kampfansage an einen universalistischen Freiheitsbegriff artikuliert sich unter anderem darin, jegliche Kritik an der Anwendung der Scharia als „Islamophobie“ und diese als „schlimmste Form des Terrorismus“ zu brandmarken.

Mittlerweile hat der Islamophobie-Begriff Karriere gemacht. Die von Gudrun Harrer im 'Standard' (28.8.2010) empfohlene Literatur vermittelt einen Eindruck davon. Das hält die Redakteurin allerdings ebenso wenig wie die von ihr rezensierten „Islamophobie-Kritiker“ davon ab, sich als verfolgte Spezies zu inszenieren. Vielleicht ist es ja die imaginierte gesellschaftliche Marginalität, die Harrer selbst und eine ganze Reihe

LAPIDARE ANTWORT

In eine über 20-seitige parlamentarische Anfrage haben die Grünen im Sommer ihre umfassenden Recherchen zu den Urhebern der rechtsextremen Homepage alpen-donau.info gegossen (s. „Gemeinde“ Nr. 675/August). Darin enthalten: die Namen von 17 Männern, welche die Grünen dem Umfeld der Seite zurechnen. Auf dieser Liste finden sich auch einschlägig Bekannte, wie Gottfried Küssel, Franz Radl, Sebastian Ploner, Markus Gudenus und Hans Jörg Schimaneck jun.

Die Beantwortung der 88 Detailfragen durch Innenministerin Maria Fekter (V) vom September fällt denkbar knapp aus. Auf die von den Grünen genannten Verdächtigen geht die Ministerin dabei gar nicht ein. Die konkreten Fragen zu diesen Personen sowie insgesamt 69 der 88 Fragen beantwortet Fekter wie folgt: „Diese Fragen betreffen einen Sachverhalt, der Gegenstand eines laufenden Verfahrens ist. Auf Grund der Gerichtsanhängigkeit, der Nichtöffentlichkeit des Ermittlungsverfahrens, der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit sowie auch aus kriminaltaktischen und datenschutzrechtlichen Gründen muss von einer Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden.“

Ansonsten bestätigt die Ministerin allerdings nun, dass „wegen Straftaten nach dem Verbotsgesetz sowie wegen gefährlicher Drohung und Verhetzung“ ermittelt wird. Die Ermittlungen wurden demnach im April 2009 eingeleitet, zuständig sind das Bundesamt sowie die Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung.

An die Staatsanwaltschaft Wien wurde erstmals im April 2009 ein Bericht übermittelt, es folgten bis Oktober 2009 acht weitere Reports. An die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt erging im Mai 2009 ein Bericht, an die Staatsanwaltschaft Feldkirch im September 2009 ebenso wie an die Staatsanwaltschaft Klagenfurt. Zu einer von einer Privatperson erstatteten Anzeige wurde im Juni 2010 ein Bericht an die Staatsanwaltschaft Graz übermittelt. red

der von ihr empfohlenen Autoren dazu treibt, einem Islamistenportal wie *Muslim-Markt* oder dem iranischen *Press TV* bereitwillig Rede und Antwort zu stehen. Wie Harrer zu behaupten, die „Islamophobie“ sei heute „der einzige gesellschaftlich geduldete Rassismus“, stellt einen Fall von Realitätsverweigerung dar. Wenn man allerdings die Maßstäbe des von Harrer abgefeierten Farid Hafez anlegt, der selbst noch dem grünen Bundesrat Efgani Dönmez „islamophobe Diskursstrategien“ unterstellt, kann man Harrers Einschätzung vermutlich einiges abgewinnen.

Einer der wichtigsten Stichwortgeber der „Islamophobie“-Diskussion im deutschsprachigen Raum ist der auch in Wien gern gesehene und ebenfalls von Harrer empfohlene Leiter des Berliner *Zentrums für Antisemitismusforschung* Wolfgang Benz, der eine ganze Karriere damit zugebracht hat, den Antisemitismus als Vorurteil zu verharmlosen und dadurch mit allen möglichen anderen Vorurteilen gleichzusetzen. Erst kürzlich konnte man ihn in einer *3Sat*-Sendung bewundern, wie er vor einem Plakat dänischer Künstler steht, auf dem der Deutschland-Korrespondent der *Jerusalem Post* als *Stürmer*-Journalist und also als Nazi gebrandmarkt wird. Benz erklärte, das habe mit Antisemitismus nichts zu tun.

Es sind gerade solcherart „Antisemitismusexperten“, die sich für den Begriff der „Islamophobie“ begeistern können, der ganz bewusst die Unterschiede zwischen antimuslimischen Ressentiments und dem Antisemitismus einebnet. Es gibt kaum noch Veranstaltungen, bei denen Antisemitismus und „Islamophobie“ nicht gemeinsam behandelt würden, so auch Anfang August in Wien bei einer „Muslim-Jewish-Conference“, deren Veranstalter dem Propagandasender des iranischen Regimes bereitwillig Interviews gaben.

Die Parallelisierung des seit 2000 Jahren existierenden, als allumfassende Welterklärung auftretenden und in der Shoah kulminierenden Antisemitismus mit jenen seit einiger Zeit vermehrt zu registrierenden Ressentiments, bei denen Muslime als Projektionsfläche herangezogen werden, basiert auf der

Lüge, die Moslems seien die Juden von heute. Keine politisch relevante Gruppierung imaginiert Moslems oder gar ein „islamisches Prinzip“ als Verkörperung der Zersetzung, in deren Vernichtung der Krisencharakter der Moderne zu exorzieren wäre. Das aber ist der Kern der antisemitischen Ideologie. Wenn djihadistische Gruppierungen wie die Hamas von einem jüdischen Drang nach Weltherrschaft fantasieren, ist das eine wahnhaftige Projektion der eigenen Wünsche auf den ewigen Todfeind. Der Hinweis auf den globalen Herrschaftsanspruch des Islam hingegen ist keine Verschwörungstheorie (auch wenn er von FPÖ-Anhängern und ähnlichen Figuren meist nur in der Form von paranoidem Geraune vorgebracht wird), sondern dieser Anspruch wird von maßgeblichen Strömungen des Islam offen artikuliert.

Selbstverständlich wird in Österreich gegen Moslems gehetzt. Allerdings häufig von denselben Leuten, die im Islam im Orient eine bewundernswerte und zu bewahrende Kultur sehen, mit der man nicht nur die antiwestlichen Ressentiments teilt. Auf Grund ihrer ethnopluralistischen Konzeptionen stellt es für rechtsradikale Gruppierungen kein Problem dar, gegen Moslems in Europa mobil zu machen und sich gleichzeitig beispielsweise mit der „Islamischen Republik“ im Iran zu solidarisieren.

Die heimischen Kämpfer wider die „Islamophobie“ landen regelmäßig bei einem Hassobjekt, das sie mit den von ihnen attackierten rechten Kulturkämpfern in der Regel gemein haben: Israel. Der SPÖ-Gemeinderat *Omar Al-Rawi*, der, wenn er sich rhetorisch gegen den klassischen Antisemitismus positioniert, um seine antiisraelischen Ausfälle ein wenig zu behübschen, stets im gleichen Atemzug eine Bekämpfung der angeblich grassierenden „Islamophobie“ einfordert, hat jene Djihadisten, die beim Militäreinsatz gegen die Hamas-Solidaritätsflotte den Tod fanden, als „Märtyrer“ bezeichnet, deren Weg er „weiterführen“ will – wodurch er in den meisten europäischen Staaten wohl kaum noch als sozialdemokratischer Politiker haltbar wäre. (Dass sich mittlerweile ausgerechnet die FPÖ auf

Al-Rawi eingeschossen hat und Strahe sich derzeit als Kämpfer gegen den Antisemitismus gefällt, lässt sich nur aus wahltaktischen Motiven erklären und lässt den Kern der FPÖ-Ideologie völlig unberührt. Wie instrumentell der Antisemitismusvorwurf hier zum Einsatz kommt, wird schon allein daran deutlich, dass die Freiheitlichen geschlossen für die antiisraelische Resolution des Wiener Gemeinderates anlässlich der Erstürmung der Hamas-Solidaritätsflotte gestimmt haben, die maßgeblich von Al-Rawi initiiert wurde.)

Keineswegs nur militante radikalislamische Strömungen, sondern auch große Teile des orthodox-konservativen Mainstreams im Islam sehen schon die Selbstbehauptung Israels als Ausdruck der „Islamophobie“, da sie den jüdischen Staat als Stachel im Fleisch des Islam betrachten. Eine global orientierte Kritik der dominanten Strömungen des Islam wird konstatieren müssen, dass sich heute gerade unter dem Banner Allahs die Kräfte der Gegenaufklärung und die Todfeinde der Freiheit sammeln. Nur kann man dem nicht mit den Rezepten von Abschiebefanatikern oder einem Pochen auf die ‚Werte des christlichen Abendlandes‘ begegnen, die von einem Schmissgesicht wie *Ewald Stadler* durchaus angemessen repräsentiert sind. Es geht um eine an der allgemeinen Emanzipation orientierte Islamkritik, die sich zugleich gegen die Fremdenfeinde wendet. Gegen den Kulturrelativismus, der von den rechten Ethnopluralisten ebenso bedient wird wie von linken Islamapologeten und akademischen „Islamophobie“-Forschern, gilt es sich an jene Parole zu erinnern, unter der 1979 Zehntausende Frauen in Teheran tagelang gegen die Einführung der Zwangsverschleierung demonstriert haben: „Emanzipation ist nicht westlich oder östlich, sondern universal.“

* *Stephan Grigat* ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Wien, wissenschaftlicher Mitarbeiter von STOP THE BOMB und Mitherausgeber von „Iran im Welt-system. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung“ (Studienverlag 2010)

Offener Brief an Pastor Hennefeld zu „Anisemitismus-Vorwurf und keine Ende“

Die Menschen, denen die Existenz Israels und das Wohlergehen seiner Bevölkerung am Herzen liegen, könnten „die kurzsichtige und menschenrechtswidrige Politik“ der israelischen Regierung nur verwerfen, schreibt der reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld in der neuesten Ausgabe der Wiener Zeitschrift „Kritisches Christentum“ (Nr. 340/341). „All die selbst ernannten Wächter Israels, Juden in der Diaspora und Christen, schaden paradoxerweise dem Staat mit ihren Solidaritätsbekundungen mehr, als sie ihm nützen“.

Der „pauschal getrommelte Antisemitismus-Vorwurf“ gegen alle Kritiker mache Israel weder sicherer noch friedlicher, unterstrich der protestantische Theologe. Die „wütenden Stimmen, die von ‘Verrätern’ und ‘jüdischen Selbsthassern’ reden“, bestärkten jene „Hardliner, die das ganze Land für sich haben wollen, oder jene, die meinen, mit dem Status quo noch Jahrzehnte leben zu können, so lange bis die Nicht-Juden keinen Raum mehr zum Leben haben werden. So eine Politik steuert eher auf die nächste große Konfrontation zu, und dann wird es wieder heißen: ‘Wir sind ja von lauter Feinden umgeben, die uns ins Meer werfen wollen.’“

„Es sind die Propheten von heute, Juden und Nicht-Juden, religiöse und areligiöse Menschen, Israelis, Amerikaner und Europäer, die die Politik Israels als menschenverachtend und hirnvorbrannt anprangern - nicht um Israel zu schaden und sich bei eingefleischten Antisemiten beliebt zu machen, sondern aus Sorge um Israel, aus Sorge darüber, dass dieses Land sich selber die Zukunft verbaut. Es sind die scharfen Kritiker Israels, die dem Land eine Zukunft verheißen, trotz der herrschenden Verblendung und Ignoranz, eine Zukunft, in der alle Menschen in Israel und Palästina in Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit leben können.“

Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld ist Landessuperintendent der Evangelischen Kirche H.B. in Österreich und sowohl im christlich-jüdischen Dialog als auch in der Solidaritätsarbeit mit Friedenskräften in Israel und Palästina engagiert.

REAKTION AUF PASTOR HENNEFELD

Die folgende offene Brief von Ulrich Sahm ist eine Reaktion auf den Artikel von Superintendent Mag. Thomas Hennefeld Christentum Nr. 340/341 September/Oktober 2010)
<http://www.akc.at/Artikel.html>

ULRICH SAHM: OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Pfarrer Mag. Thomas Hennefeld, Landessuperintendent der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich und im christlich-jüdischen Dialog als auch in der Solidaritätsarbeit mit Friedenskräften in Israel und Palästina engagiert,

Mit Schrecken und Empörung habe ich Ihren Beitrag „DER ANTI-SEMITISMUS-VORWURF UND KEIN ENDE“ gelesen.

Sie diskutieren da offenbar mit irgendwelchen obskuren Christen und Juden, freilich ohne sie beim Namen zu nennen, und pauschalisieren auf diese Weise in einer unlauteren Weise.

Wer bezeichnet da Dinge als „Antisemitismus“, wie Sie es hier allen möglichen Gruppen unterstellen? „Besonders wenn es um den Staat Israel geht, wird oft und gerne Antizionismus, Israelkritik und sogar der Einsatz für die Rechte von Palästinensern mit Antisemitismus gleichgesetzt.“

Sie behaupten da, es geschehe „oft und gerne“! Ja von wem denn? Ich kenne da eher eingefleischte Antisemiten, die von einem vermeintlichen „Verbot, Israel zu kritisieren“ schwadronieren, mit Vergnügen dieses „Tabu“ dann brechen, aber noch nie erklären konnten, wer eigentlich ein solches Verbot ausgesprochen hat und wie es bei Zuwiderhandlung geahndet wird.

Angesichts Ihrer Titel gehe ich davon aus, dass Sie die Bedeutung der von Ihnen verwendeten Worte einigermaßen verstehen. Es gibt zweifellos eine „proisraelische“ Haltung, aber was ist denn eine „zionistische Haltung“? Es sollte Ihnen eigentlich bekannt sein, dass der Zionismus die politische Nationalbewegung des jüdischen Volkes war, mit dem Bestreben, für das jüdi-

sche Volk einen Staat zu schaffen. Nicht mehr und nicht weniger. Die von den Sowjets in den siebziger Jahren erfundene Ideologie des „Antizionismus“ bedeutet letztlich, dass die Juden kein Volk seien und deshalb auch kein Recht auf einen eigenen Staat hätten. „Zionistische Haltung“ beinhaltet gemäß meinem Verständnis nur, dass man die Existenz des Staates Israel befürwortet (und nicht dessen Legitimität in Zweifel stellt). In diesem Sinne darf ich Ihnen wohl auch eine „zionistische Haltung“ unterstellen. Falls Sie mit dieser Formel jedoch irgend welche politische Ansichten in Israel meinen sollten, dann sollten Sie präzisieren, welche der vielen Parteien oder Politiker sie meinen. Und das nennt sich dann israelische Politik (von links bis rechts), aber nicht „Zionismus“.

„Unter Juden wiederum gibt es eine Haltung...“ Interessant. Wer ist das denn? Sind es unter den 13 Millionen Juden weltweit zwei oder drei oder vier?

Und inhaltlich ist Ihre Unterstellung auch sehr problematisch formuliert. Wo und wann hat ein namhafter Jude Menschenrechtsverletzungen gerechtfertigt mit einem vermeintlichen Sonderstatus, Leid in der Geschichte usw? Dann reden Sie von vermeintlich gerechtfertigten „aggressiven Eroberungsfeldzügen“. Es wäre interessant zu erfahren, welche Feldzüge Sie da meinen. Mir ist kein einziger israelischer Feldzug bekannt mit der ausdrücklichen und „aggressiven“ Absicht, Land zu erobern. Die meisten Feldzüge hatten zudem eine lange Vorgeschichte, wobei der israelischen „Aggression“ ein arabischer Angriff (1973), arabische Kriegserklärungen (1967), Raketenbeschuss (Libanon und Gaza) oder ein grenzüberschreitender Überfall mitsamt Raketenbeschuss (2006) vorausging.

Ja, es gab bei Verhören Folter. Die wurde allerdings vor einigen Jahren vom Obersten Gericht strikt verboten. Wovon reden Sie also? Wenn einzelne Soldaten oder Beamte dennoch bei Folter erwischt werden, dann werden sie genauso bestraft wie individuelle christliche Verbrecher in Österreich, die sich

eines Vergehens schuldig gemacht haben. Sie stellen es jedoch dar, als wenn bei Herrn Muzicant, Barenboim, Frau Knobloch oder bei Emmanuel Rahm Folter als offizielle Politik gerechtfertigt würde.

Atombombe: Sind Sie sicher, dass Israel eine besitzt? Wenn ja, beweisen Sie das doch bitte mal.

„Und je brutaler und skrupelloser die Regierung und das Militär gegen echte oder vermeintliche Terroristen, aber auch gegen die Zivilbevölkerung vorgehen, umso schneller ist man mit dem Antisemitismus-Vorwurf bei der Hand.“

Ja sie haben recht. Terroristen, die sich in die Luft sprengen wollen, sollten höflich ins Land und in die Busse geleitet werden. Sie unterstellen da der israelischen Regierung Brutalität und vor allem Skrupellosigkeit. Was meinen Sie damit? Als skrupellos würde ich eher die tatsächlichen Terroristen bezeichnen, die bereit sind und von Organisationen losgeschickt werden, möglichst viele Juden (ja, ja, das ausdrückliche Ziel sind Juden, auch wenn es gelegentlich Nichtjuden trifft) zu ermorden. Sicherlich betrachten Sie dann auch die Sicherheitskontrollen auf dem Flughafen in Wien als „skrupellos“ weil nämlich sogar Sie als vermeintlicher Terrorist betrachtet werden, bis die Beamten festgestellt haben, dass Sie kein Teppichmesser oder gar ein Rasierwäscherchen in Ihrem Handgepäck tragen. Dass Sie immer noch von „Passagieren“ reden, die „ihre Solidarität mit der leidenden Zivilbevölkerung in Gaza zum Ausdruck bringen wollten“ spricht für Sie. Wer die IHH ist, die die Flottile organisiert hat, deren Gewalteinsatz und Weigerung abzdrehen, deren Sprüche usw scheinen Sie nicht wahrgenommen zu haben.

Es gibt in Ihrem Aufsatz kaum einen Satz, der nicht kritisch hinterfragt werden müsste, aber ich habe keine Lust, auf alle Ihre weiteren Unterstellungen, Pauschalisierungen, falschen Fakten usw einzugehen.

Angewidert stelle ich fest, verehrter Herr Theologe und Landessuperintendent der Evangelischen Kirche H. B. in Österreich, dass Sie sogar einen ungeheuerlichen Begriff aus der Nazisprache verwenden, indem Sie schreiben: *„bis die Nicht-Juden keinen Raum mehr zum Leben haben.“* Oder wissen Sie nicht, was

mit „Lebensraum“ gemeint ist? Übrigens ist mir neu, dass der Staat Israel die in Israel lebende Minderheit von 20 Prozent Arabern in ihrem „Lebensraum“ einschränkt.

Da Sie ja angeblich auch ein Theologe sind, hier noch eine Anmerkung zu ihrer Behauptung, dass die Juden ein „auserwähltes“ Volk seien. Sie sollten sich hierzu mal mit dem jüdischen Selbstverständnis auseinandersetzen und nicht einfach die uralte anti-jüdische christliche (Ersatz-) Theologie den Juden unterstellen.

Und wenn Sie hier im Zusammenhang von den Juden (!!!) fordern, keine Sonderbehandlung zu erwarten und sich dem internationalen Recht zu unterwerfen, dann frage ich erneut, gegen

welches internationale Recht denn Herr Muzicant, Barenboim oder Emmanuel Rahm verstoßen.

Da sie von der „*theologischen Erwählung Israels*“ schreiben, können Sie nur die Juden, nicht aber den modernen Staat Israel gemeint haben, denn niemand behauptet wohl, dass der Staat jemals von irgend wem „*theologisch erwählt*“ worden sei.

Alle weiteren Ungeheuerlichkeiten in Ihrem Aufsatz belasse ich erst mal unbeantwortet. Da Sie Ihren Aufsatz veröffentlicht haben, dürften Sie wohl nichts dagegen haben, wenn ich meine Antwort darauf ebenfalls verbreite und veröffentliche.

mfg,
Ulrich W. Sahn

Rolle der Münchner Polizei im NS-System wird erforscht

65 Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland soll die Mitwirkung der Münchner Polizei am Nazi-Terror genauer untersucht werden. Das Polizeipräsidium und die Wissenschaftler des geplanten Münchner NS-Dokumentationszentrums haben dazu ein gemeinsames Forschungsprojekt gestartet. Damit solle das „dunkelste Kapitel der Münchner Polizeigeschichte“ ausgeleuchtet werden, sagte *Irmtrud Wojak*, Gründungsdirektorin des NS-Dokumentationszentrums bei der Vorstellung des Forschungsvorhabens. Dabei werde man sich nicht auf die politische Polizei in Form der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) beschränken, sondern den Blick auf den gesamten Polizeiapparat und die dortige Ausbreitung der NS-Ideologie richten, erläuterte *Wojak*. Es gehe also auch um die Schutz- sowie die Kriminalpolizei und deren Rolle bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungspolitik. Und ein besonderer Aspekt werde auch sein, warum ein solches Forschungsprojekt eigentlich erst so spät möglich geworden sei. Mit dem Projekt solle auch bei Bayerns Polizeibeamten „ein tieferes Verständnis für historische, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge“ geweckt werden, sagte Münchens Polizeipräsident *Wilhelm Schmidbauer*. Damit solle die künftige Wachsamkeit gegen extremistische Bestrebungen von rechts und links gestärkt werden.

Wojak wertete das Projekt als „große Chance“. Konkret gehe es um die damalige Mitwirkung der Polizei etwa an der Verfolgung der Juden, der Sinti und Roma, der Homosexuellen sowie von Nazi-Gegnern. Man werde auch die personelle Kontinuität in der Münchner Polizei nach 1945 untersuchen und den damals höchst problematischen Umgang mit der NS-Geschichte.

Die Forschungsergebnisse sollen in eine Ausstellung im Münchner Polizeipräsidium münden, aber auch in der Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums ihren Niederschlag finden. Dieses Zentrum soll nach jahrelangen Planungen 2013 eröffnet werden.



Maik Kopleck: **PastFinder München 1933 - 1945, Stadtführer zu den Spuren der Vergangenheit** ISBN: 3-86153-354-5

München nahm als „Hauptstadt der Bewegung“ mit dem Sitz des NSDAP-Verwaltungsapparates und der so genannten Führerbauten eine Sonderstellung im „Dritten Reich“ ein. Hitler stieg von hier aus zum Diktator auf. Während des Krieges entwickelte sich die Region zu einem der wichtigsten Standorte für die Rüstungsindustrie. Mit den Flugblattaktionen der „Weißen Rose“ und dem Attentatsversuch des Georg Elser wurde München auch zu einem Zentrum des Widerstandes. Der PastFinder stellt alle wichtigen Schauplätze der NS-Geschichte in München und Umgebung vor und macht sie anhand eines vierfarbigen Leitsystems und mehrerer Karten wieder auffindbar.

ÖSTERREICH

Wiederbetätigungsprozess gegen Wiener Ex-FPÖ-Bezirksrat

Der notorische Holocaust-Leugner Wolfgang F. - ein ehemaliger Bezirksrat der Wiener Freiheitlichen - ist am Montagabend im Wiener Straflandesgericht wegen versuchter nationalsozialistischer Wiederbetätigung im Sinn des § 3h Verbotsgesetz neuerlich schuldig gesprochen worden. Das Schwurgericht (Vorsitz: Friedrich Forsthuber) verhängte über den 59-Jährigen zwei Jahre Haft, was bei einer Strafdrohung von bis zu 15 Jahren und drei einschlägigen Vorstrafen recht milde anmutete. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Wolfgang F. war bereits zum vierten Mal als Wiederbetätiger vor Geschworenen gestanden. Zuletzt hatte der mittlerweile von der FPÖ ausgeschlossene Ex-Kommunalpolitiker im Jänner 2008 eine vierjährige Haftstrafe „kassiert“, wobei ihm damals weitere „offene“ bedingte Strafen aus vorangegangenen Verurteilungen widerrufen wurden, sodass er derzeit knapp sechseinhalb Jahre verbüßt. Das hielt den Verfahrenstechniker allerdings nicht davon ab, zwischen August 2008 und März 2009 aus dem Gefängnis heraus neuerlich gegen das Verbotsgesetz zu verstoßen, indem er Schreiben an Kardinal Christoph Schönborn, die Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die Oberstaatsanwaltschaft Wien und die damalige Präsidentin des Wiener Straflandesgerichts verschickte, die teilweise auch die Empfänger erreichten. Darin behauptete Wolfgang F. einmal mehr, nicht sechs, sondern höchstens eineinhalb Millionen Juden wären im Dritten Reich vernichtet worden.

Darüber hinausgehende Opferzahlen bezeichnete er wörtlich als „abscheulichsten Menschheitsbetrug der Geschichte“, statistisch gesehen könnten sechs Millionen „nicht verschwinden“. Weiters hieß es in den Schreiben, in den Konzentrationslagern wäre eine Massenvernichtung mit Zyklon B technisch gar nicht möglich gewesen. Der 59-Jährige wurde nach mehrstündiger Beratung der Geschworenen in einem Drittel der Anklagepunkte schuldig erkannt. Vom Rest sprachen ihn die Laienrichter mehrheitlich frei. Bei der

Strafe, die die acht Laien- und drei Berufsrichter gemeinsam festsetzten, waren das getrübt Vorleben und die mehrfache Tatbegehung während der Strafhaft erschwerend. Mildernd wurde die laut psychiatrischem Gutachten mit paranoiden Zügen ausgestattete Persönlichkeitsstruktur des Angeklagten gewertet.

Die von Wolfgang F. ausgehende Gefahr sei „nicht so gewaltig hoch, sodass noch mit einer relativ moderaten Strafe das Auslangen gefunden werden konnte“, erläuterte Landesgerichtspräsident Forsthuber in der Urteilsbegründung zur Strafbemessung. Wolfgang F. erbat Bedenkzeit, der Staatsanwalt gab vorerst keine Erklärung ab. Er führe einen „Kreuzzug für die Wahrheit“, hatte sich der Angeklagte in seiner Einvernahme zum Märtyrer stilisiert und seine inkriminierten Thesen noch bekräftigt: „Es gibt niemand, der mir nicht recht gibt. Ich habe nicht den Holocaust geleugnet, sondern nur falsche Fakten richtig gestellt. Die Sechs-Millionen-Lüge zieht den Terror auf Österreich, weil wir in radikal islamistischen Kreisen als Hochburg dieser Propaganda gelten.“ Er habe „die Leute aufwecken wollen“: „Irgendwann müssen Sie diese Lügenkette von den sechs Millionen durchschneiden.“

Seine Tätigkeit sei zwar „selbsterstörerisch, aber um der Wahrheit Willen bin ich bereit, sehr viel auf mich zu nehmen. Sie werden doch nicht glauben, ich werde meine Gutachten zurückziehen! Wo sind wir denn! Wir sind doch nicht in Nordkorea!“ Gerichtspräsident Heinz Pfolz bescheinigte dem 59-Jährigen eine „sehr selbstunsichere Persönlichkeit“. Dieser kompensiere seine Minderwertigkeitsgefühle mit erhöhtem Geltungsbedürfnis und fanatisch-paranoiden Zügen. Ein „wahnhaftes System“ liege allerdings nicht vor, Zurechnungsfähigkeit sei jedenfalls gegeben.

Großes Neonazi-Treffen in Offenhausen (OÖ)

Mehr als 70 Neonazis und Rechtsextremisten aus Österreich und Deutschland haben sich dieses Wochenende in Offenhausen (OÖ) zu der sogenannten Politischen Akademie der AFP (Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik) versammelt. Karl Öllinger, Abgeordneter der Grünen, kritisiert die Innenministerin bzw. den Verfassungs-

schutz heftig: „Diese Versammlung gehört eigentlich untersagt, jedenfalls kontrolliert. Nach den uns vorliegenden Informationen waren aber bis gestern abends die Sicherheitsbehörden nicht vor Ort, ja offensichtlich nicht einmal informiert über das Treffen. Das ist jetzt nach dem Aufmarsch von ungarischen Faschisten in Oberwart vor zwei Wochen die zweite rechtsextreme Versammlung, die von den Behörden ignoriert wurde. Das ist unverantwortlich, ja sogar gefährlich“.

Öllinger berichtet davon, dass ein Mitarbeiter einer Tageszeitung von den Rechtsextremen attackiert worden sei bei dem Versuch, den Tagungsort zu fotografieren: „Mir liegt das Gedächtnisprotokoll vor, aus dem hervorgeht, dass einige Nazis den PKW des Fotografen mit Steinen attackierten und sogar einen Unfall simulierten. Da war weit und breit keine Exekutive vor Ort“. Öllinger kündigte so wie im Fall Oberwart, wo ungarische Neofaschisten vor zwei Wochen in paramilitärischen Uniformen mit Karabinern und Bajonetten aufmarschiert waren, eine parlamentarische Anfrage an die Innenministerin an.

OTS/Die Grünen

IKG zeigt Wiener islamistische Website bei Staatsanwaltschaft an

Die auf einer islamistischen Internet-Website verbreitete Hetze gegen Davidstern und Kreuz (inzwischen auch von der Vereinigung Orientalischer Christen verurteilt) wurde von der Israelitischen Kultusgemeinde wegen Verstoß gegen § 188 und § 283 StGb angezeigt.

Der Betreiber *Ayman Wahdan* war auf Fotos gemeinsam mit Gemeinderat *Omar Al-Rawi* und anderen Vertretern der offiziellen islamischen Glaubensgemeinschaft zu sehen. Offenbar auf Grund der Anzeige wurde die Website *www.aymanwahdan.at* vorübergehend vom Netz genommen. OTS/IKG

Vier Jahre Haft für Ex-NVP- Funktionär wegen Wiederbetätigung

Wegen Wiederbetätigung nach dem NS-Verbotsgesetz und Sachbeschädigung ist ein vormaliger NVP-Jugendfunktionär am Landesgericht Wiener Neustadt zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der 21-Jährige, seit

fast einem Jahr in U-Haft, nahm das Urteil an. Der Staatsanwalt gab keine Erklärung ab - somit ist es nicht rechtskräftig. Die einschlägige bedingte Verurteilung aus dem Jahr 2008 wurde zwar nicht widerrufen, aber die Probezeit auf fünf Jahre verlängert. Mildernd wertete das Gericht das Teilgeständnis und das junge Alter des Beschuldigten. Erschwerend waren der lange Deliktzeitraum ebenso wie der rasche Rückfall.

Den Geschworenen, die einstimmig entschieden, waren ein knappes Dutzend Fragen vorgelegt worden: Die Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn reichte demnach von mehrmaligen „Sieg Heil“-Rufen und dem Hitler-Gruß über Absingen des Horst-Vessel-Liedes und anderer SS-Lieder bei NVP-Treffen in und vor einem Lokal in Wiener Neustadt bis zur Platzierung einer Hitler-Büste in der Wohnung des 21-Jährigen. Weiters habe der Angeklagte - im Zusammenwirken mit abgesondert verfolgten Mittätern - in Wiener Neustadt diverse Objekte mit NVP-Aufklebern verunstaltet, zahlreiche Plakatständer mit Parolen wie „Meinungsfreiheit statt Verbotsgesetz“ und „Freispruch für Honsik“ überklebt sowie Bahnunterführungen mit Sprüchen besprüht. Ebenfalls nicht rechtskräftig sind 18 Monate bedingte Freiheitsstrafe für den Zweitangeklagten.

Der bisher unbescholtene 38-Jährige hatte im Prozess bestritten, bei einem der Treffen mit dem „Hitler-Gruß“ begrüßt zu haben. Der 21-Jährige, der sich bereits zu Prozessbeginn im Juli teilweise geständig gezeigt hatte, gab sich heute durch die U-Haft geläutert. „Der Holocaust war ein Verbrechen“, sagte er und erklärte, sich nicht mehr politisch betätigen zu wollen, sondern seine Ausbildung abschließen. Seinen Rückfall nach der ersten Verurteilung erklärte er damit, dass ihn Bekannte aus der rechten Szene kontaktiert hätten und er sich „verleiten“ ließ. Das Gericht erinnerte daran, dass der NVP-Jugendführer auch zu einer Skinhead-Gruppe mit dem Namen „Weißer Widerstand“ gehört hatte.

Hitlergruß im Auslandseinsatz

Wegen Betätigung im nationalsozialistischen Sinn ist ein ehemaliger Unter-

offizier des Bundesheeres in Eisenstadt nach dem Verbotsgesetz (§ 3g) zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Der Geschworenensenat sah als erwiesen an, dass der Burgenländer während eines Auslandseinsatzes im Kosovo mehrfach den Hitlergruß verwendet und bei einer privaten Feier am Stützpunkt ein T-Shirt mit einem „stilisierten Konterfei“ - auf dem Leibchen befand sich ein Smiley mit Hitlerbart und Seitenscheitel - von Adolf Hitler getragen habe.

Als mildernd wertete das Gericht das „bisherige Wohlverhalten“ des 42-Jährigen. Zudem seien die Tathandlungen „an der Grenze der Strafbarkeit“ gelegen. Am Laptop des Unteroffiziers war auch ein Ordner mit der Bezeichnung „AH“ samt 150 Dateien von verbotenen nationalsozialistischen Liedern sowie Reden und Fotos gefunden worden. Der Burgenländer rechtfertigte sich damit, dass Kameraden ihm die Dateien von USB-Sticks auf den Computer geladen hätten.

Denkmal mit antisemitischer Aufschrift

Auf ein kürzlich im Südtiroler Sarntal aufgestelltes Denkmal mit einer antisemitischen Aufschrift haben die Grünen hingewiesen. Es erinnert an den Geheimpakt im Ersten Weltkrieg zwischen Italien und Großbritannien, in dem Italien Gebietsansprüche - unter anderem auch Südtirol - zugesichert worden war. Die Grünen forderten eine Entfernung des Textes. Das Denkmal stehe zwar auf privatem Grund, nicht akzeptabel sei aber die Kernaussage der Erklärungsplakette, betonten die LABg, der Grünen, Hans Heiss und Riccardo Dello Sbarba. „Die Kaiserjäger starben als Opfer des größten Verrats aller Zeiten, begangen am 26. April 1915 vom italienischen König Viktor Emanuel III. und seinem Kumpan und Außenminister, dem Juden Baron Luigi Sidney Sonnino.“ Es stehe jedem frei, den Londoner Geheimvertrag, mit dem die Entente-mächte England und Frankreich am 26. April 1915 Italiens Kriegseintritt herbeiführten, als „Verrat“ zu bezeichnen. Das Abkommen sei „Ausdruck kalter, auch zynischer Realpolitik, es aber als den ‘größten Verrat’ aller Zeiten zu bezeichnen, schießt weit übers Ziel hinaus“. Nicht hinnehmbar sei die Aussage, der „Ver-

rat“ sei vorab einem „Juden“, Italiens Außenminister Sonnino zuzuschreiben. Wer den angeblichen Verrat als Ausdrück „jüdischen Wesens“ klassifiziere, der betreibe Antisemitismus pur und verletzt auch das in Italien geltende Mancino-Gesetz, das Rassenhass untersage, kritisierten die Grünen.

Auch der LABg, der „Süd-Tiroler Freiheit“, Sven Knoll, sprach sich gegen „den politischen und religiösen Missbrauch der Geschichte“ aus. Die Tafel am Kaiserjägerdenkmal im Sarntal sei „unwürdig und nicht tragbar“. In der k.u.k. Armee hätten nicht nur Katholiken gekämpft, sondern durch den Vielvölkerstaat auch Soldaten mit unterschiedlicher Nationalität und mit verschiedenen Religionen, betonte Knoll.

Weinheber-Gedenkort erhalten Zusatztafeln

Der Antrag der Grünen Ottakring zur Anbringung von Zusatztafeln an den Josef Weinheber-Gedenkort wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. „Mit diesen Zusatztafeln soll die Person und das Werk des NS-Lyrikers Weinheber objektiver betrachtet werden,“ so Joachim Kovacs, Spitzenkandidat der Grünen Ottakring. „Es darf nicht sein, dass einem Poeten, der Oden und Heldengedichte an Adolf Hitler verfasste, derart unreflektiert gehuldigt wird.“

Josef Weinheber war ab 1931 Mitglied der NSDAP und wurde auch in die „Gottbegnadetenliste“, einer ab 1944 vom Nazi-Regime zusammengestellten Liste aller wichtigsten Reichs-Künstler, aufgenommen. Weinhebers Schaffen näherte sich der Blut-und-Boden Literatur an, am 8. April 1945, unmittelbar vor Kriegsende und in Anbetracht der Niederlage des Deutschen Reiches, wählte er den Freitod.

„Die Grünen Ottakring treten dafür ein, dass einer derartigen Persönlichkeit, völlig gleich welche dichterische Leistung sie auch erbracht haben mag, kein Raum zur denkmalerischen Ehrung gegeben werden sollte. Doch nach der Ablehnung der Umbenennung des Josef-Weinheber-Platzes durch SPÖ, ÖVP und FPÖ ist die Anbringung der Zusatztafeln ein kleiner Schritt in die richtige Richtung“, ergänzt Nikolaus Kunrath, Ottakringer Kandidat für den Wiener Gemeinderat.

DEUTSCHLAND

Überfremdungsangst und Führerfantasien in Deutschland

Die Ausländerfeindlichkeit unter Deutschen nimmt zu. Ein Viertel der Bevölkerung ist inzwischen fremdenfeindlich eingestellt, wie eine kürzlich in Berlin vorgestellte Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ergab. 2008 sei es noch ein Fünftel der Bürger gewesen. Die Feindseligkeit gegenüber dem Islam ist der Studie zufolge besonders ausgeprägt. Auch der Zuspruch für diktatorische Systeme wächst.

Für die repräsentative Studie „Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ wurden im Frühjahr mehr als 2.400 Menschen im Alter von 14 bis 90 Jahren in direkten Interviews befragt. Ein Team um die Leipziger Wissenschaftler Elmar Brähler und Oliver Decker konzipierte die Untersuchung - nach dem Vorbild von Vorgängerstudien aus den Jahren 2006 und 2008. Abgefragt wurden verschiedene Dimensionen von Rechtsextremismus, unter anderem Ausländerfeindlichkeit oder die Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung stimmen laut Studie der Aussage zu: „Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen.“ Ein ebenso großer Anteil meint, bei knappen Arbeitsplätzen „sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, und durch „die vielen Ausländer“ sei Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Besondere Ablehnung schlägt dem Islam entgegen. Der Aussage „Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden“ schließen sich **58,4 Prozent** der Bevölkerung an - in Ostdeutschland sogar 75,7 Prozent. Ausländer- und Islamfeindlichkeit sind den Forschern zufolge im Osten deutlich stärker ausgeprägt als im Westen - trotz oder gerade wegen des geringen Migrantenteils in den neuen Bundesländern.

Durch mangelnden Kontakt zu Ausländern bleibe das Fremde „abstrakt“, sagte Co-Autorin Marliese Weißmann. Das biete viel Angriffsfläche. Hintergrund für das Ost-West-Gefälle sei aber auch die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, sagte Brähler. Wer arbeitslos ist oder arbeitslos war, neigt den Forschern zufolge eher zu

rechtsextremen Einstellungen.

Fast jeder Vierte meint laut Umfrage, Deutschland brauche jetzt „eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Rund 13 Prozent der Deutschen wünschen sich einen „Führer“, der „Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, und fast neun Prozent halten eine Diktatur „unter bestimmten Umständen“ für „die bessere Staatsform“. **17,2 Prozent** der Bevölkerung stimmen der Aussage zu, „auch heute noch“ sei „der Einfluss der Juden zu groß“. **10,3 Prozent** meinen, der Nationalsozialismus habe „auch seine guten Seiten“ gehabt. Parallel dazu fühlt sich die große Mehrheit der Deutschen der Politik machtlos ausgesetzt. Über 90 Prozent der Bevölkerung halten es für „sinnlos“, sich „politisch zu engagieren“ und meinen, sie hätten „sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“.

Die Autoren werteten die Ergebnisse als „Alarmsignal für Politik und Gesellschaft“. Angesichts von Abstiegsängsten hätten rechtsextreme Einstellungen mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zugenommen, warnten Decker und Brähler. Es bestehe die Gefahr, dass Rechtspopulisten versuchten, aus der Situation „politisch Kapital zu schlagen“.

Der Untersuchung zufolge ist keine gesellschaftliche Gruppe für rechtsextreme Einstellungen „immun“. Ältere Menschen stimmen zwar wesentlich häufiger rechtsextremen Aussagen zu als junge. Auch je niedriger das Bildungsniveau, desto ausgeprägter die rechtsextreme Einstellung. Rechtsextremismus sei jedoch kein Phänomen am „Rand“ der Gesellschaft, sagte Nora Langenbacher von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ganz im Gegenteil fänden sich solche Einstellungen „in besorgniserregendem Maße in der Mitte der Gesellschaft“ - in Ost- wie Westdeutschland, bei Frauen wie Männern, in allen Altersklassen, bei Befürwortern demokratischer Parteien, Gewerkschaftsmitgliedern und Kirchenangehörigen.

Alle Parteien - CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne wie auch die Linke - haben der Untersuchung zufolge Anhänger mit rechtsextremen Auffassungen. Bei Gewerkschaftsmitgliedern sind solche Einstellungen in gleichem Maße vorzufinden wie in der Gesamtgesellschaft. Unter den Mitgliedern der evangelischen und katholischen Kirche sind diese Gedanken sogar noch etwas verbreiteter als unter Konfessionslosen.

Die Autoren deuteten an, seit der Befragung im Frühjahr könnten sich die Werte durchaus gesteigert haben. Rechtsextreme Einstellungen würden immer auch durch die öffentliche Debatte beeinflusst. In den vergangenen Monaten war die Diskussion über Ausländer und Integration in Deutschland hochgekocht - angestoßen durch die umstrittenen Thesen des inzwischen geschassten Bundesbankvorstands Thilo Sarrazin.

Christiane Jacke/AP

FRANKREICH

Vier Schüler wegen antisemitischen Angriffs bei Paris festgenommen

Vier Jugendliche sind in Frankreich wegen eines antisemitischen Angriffs auf einen Mitschüler in Polizeigewahrsam genommen worden. Die 15-Jährigen hatten den Mitschüler vor wenigen Tagen in einer Schule in Blanc-Mesnil in der Nähe von Paris verprügelt, wie es aus Justizkreisen hieß. Dabei sei es auch zu rassistischen Beleidigungen gekommen.

Das ebenfalls 15-jährige Opfer ist für einen Monat krankgeschrieben. Ihm wurde der Daumen gebrochen. Der Schüler sei von drei der vier festgenommenen Schüler im Umkleidebereich der Schule geschlagen worden.

ITALIEN

Italien will Leugnen des Holocaust unter Strafe stellen

Die italienische Parlamentspräsidenten sind bereit, einen Gesetzesentwurf zu unterstützen, das die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt. Sie reagierten somit auf einen dementsprechenden Appell des Präsidenten der jüdischen Gemeinschaft in Rom, *Riccardo Pacifici*, nachdem ein Geschichtspräsident der Fakultät für Politikwissenschaft an der Universität der mittelitalienischen Stadt Teramo, *Claudio Moffa*, mit revisionistischen Thesen für einen handfesten Eklat gesorgt hatte. Bei einer Vorlesung hatte der Professor behauptet, in Hitlers Deutschland habe es keine Konzentrationslager zur Vernichtung der Juden gegeben. „Es gibt keinerlei Dokument Hitlers, in dem er behauptet hat, man solle die Juden vernichten“, sagte Moffa. Die jüdische Gemeinschaft verlangte daraufhin strenge Strafen für Holocaust-Leugner.

Der Präsident der italienischen Abge-

ordnenkammer Gianfranco Fini sprach sich für ein Gesetz gegen „die verantwortungslosen Propheten des Negationismus“ aus. Auch Senatspräsident Renato Schifani zeigte sich bereit, einen derartigen Gesetzesentwurf zu unterstützen. Staatssekretär Gianni Letta versicherte in einem Brief an Pacifici, dass die Regierung Berlusconi alles Mögliche zur Bekämpfung der Thesen von Holocaust-Leugnern unternehmen werde.

In seiner Vorlesung mit dem Titel: „Das Tabu-Thema der akademischen Welt: Die Frage der Shoah“ hatte Moffa kürzlich behauptet, dass der Holocaust zu „wirtschaftlichen und politischen Zwecken“ genutzt worden sei. „Der Holocaust ist eine ideologische Waffe, dank der eine der größten Mächte der Welt den Status eines Opfers erlangt hat. Dies beschert Israel beträchtliche Vorteile, vor allem die Immunität vor Kritik“, meinte Moffa, der wegen seiner Thesen in Italien schon seit Jahren bekannt ist. Der Professor zitierte den umstrittenen jüdischen US-Politologen Norman Finkelstein, der mit seinem Buch „Die Holocaust-Industrie“ für internationalen Aufruhr gesorgt hatte.

Der Ministerrat in Rom hatte bereits 2007 einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem Holocaust-Leugnern und Personen, die Ideen über die Überlegenheit bestimmter Rassen verbreiten, Strafen von bis zu drei Jahren drohten. Die Vorlage sah Strafen bis zu vier Jahren Haft für Personen vor, die zu diskriminierenden Aktionen aus ethnischen, nationalistischen und religiösen Gründen oder wegen sexueller Orientierung aufhetzen. Das Gesetz war jedoch nach dem Sturz des Kabinetts Prodi Anfang 2008 nicht mehr verabschiedet worden.

APA

SCHWEIZ

Antisemitismus-Diskussion um Le Corbusier in der Schweiz

In der Schweiz ist eine Antisemitismus-Diskussion rund um den Architekten Le Corbusier (1887 - 1965) entbrannt. Die Stadt Zürich wollte einen neuen Platz nahe dem Hauptbahnhof eigentlich nach dem Städteplaner benennen, doch wird dieser Schritt nach heftiger Kritik der Gesellschaft Schweiz-Israel nun noch einmal überprüft. Zuvor hatte die Großbank UBS Le Corbusier aus ihrer Imagekampagne gestrichen. Die jüdische Wochenzeitung „Tachles“ hatte es als „zynisch und dumm“ bezeichnet, einen bekennenden Antisemiten für

die Werbung einzuspannen. Nach dem Debakel mit den Holocaust-Geldern hätte er von der UBS „größere Sensibilität im Umgang mit der jüngeren Geschichte“ erwartet, schrieb „Tachles“-Chefredaktor Yves Kugelmann.

Eine Biografie aus dem Jahr 2008 und eine Auswahl von Briefen, die 2002 veröffentlicht wurde, zeigen auf, dass Le Corbusier Sympathien für Hitlers Nazi-Regime hegte. Zudem soll er Pläne für den sowjetischen Diktator Josef Stalin entworfen haben. Die Stadt Zürich ist nicht die erste Stadt, die auf die Idee kommt, Le Corbusier mit einem Bau zu ehren: In Bern und La-Chaux-de-Fonds gibt es bereits Le-Corbusier-Plätze und in Genf ist eine Straße nach ihm benannt. La-Chaux-de-Fonds will zudem ein neues Quartier auf den Namen des Städteplaners taufen, der hier geboren wurde. Le Corbusier ist seit 1997 auf dem Schweizer Zehn-Franken-Geldschein abgebildet.

TSCHECHIEN



Hitler und andere Nazi-Größen als Spielzeug-Puppen!

Die Figuren haben in etwa die Größe wie „Barbie“ und ihr männliches Pendant „Ken“, doch was in einigen Modellbau-Geschäften in Tschechien derzeit verkauft wird (ca. 80 Euro), hat mit harmlosen Kinderspielzeug nichts zu tun! In Tschechien ist man entsetzt - dennoch gibt es kein Gesetz, das den Verkauf verbietet.

Prager Gericht ordnet Rückzug von Hitler-Büchern vom Markt an

Das Prager Stadtgericht hat entschieden, dass die Verlagsgesellschaft KMa alle Bücher von Adolf Hitler, die sie in Tschechien herausgegeben hat, vom Verkauf zurückziehen und vernichten muss. Damit gab das Gericht dem Freistaat Bayern recht, der die Rechte für das Hitler-Buch „Mein Kampf“ besitzt und eine Klage gegen KMa eingereicht hatte, berichteten die tschechischen Zeitungen.

KMa soll zwei Bücher vom Markt zurückziehen, von denen das eine Zitate aus „Mein Kampf“ und das zweite Zitate aus der Fortsetzung von „Mein Kampf“ enthält. Das Verdikt wurde mit den Worten begründet, KMa habe die

„Autorenrechte des Klägers verletzt“. „Die beklagte Seite hat diese Publikationen herausgegeben, ohne dazu die erforderlichen Lizenz-Berechtigung zu besitzen“, erklärte Richter Tomas Novosad. Er bestätigte, dass der Freistaat Bayern die Autorenrechte für die Hitler-Bücher kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten erhalten habe. Die Gültigkeit dieser Rechte werde 70 Jahre nach dem Tod des Autors ablaufen, das heißt im Jahr 2015. „Diese Frist ist noch nicht abgelaufen“, so Novosad. Das KMa kann bei einer übergeordneten Instanz noch Berufung einlegen. Ob KMa dies tun wird, war zunächst nicht klar. Die Vertreter der Gesellschaft haben an der Gerichtsverhandlung nicht teilgenommen. In Tschechien hatte es bereits im Jahr 2000 eine Kontroverse um das Buch, gegeben, als der Unternehmer Michal Zitko es in tschechischer Übersetzung ohne jeglichen wissenschaftlichen Begleittext herausgegeben hatte. Zitko wurde dann zu einer dreijährigen Bewährungsstrafe verurteilt, die jedoch ein Berufungsgericht überraschend annullierte.

APA

UNGARN

Antrag auf Auflösung von Jobbik – abgelehnt!

Die oberste Staatsanwaltschaft Ungarns hat den Antrag eines lokalen Vereins auf Auflösung der rechtsextremen Parlamentspartei Jobbik abgelehnt. Die „Unabhängige Bewegung Es lebe Nyiregyhaza“ aus der nordungarischen Kleinstadt Nyiregyhaza hatte Jobbik wegen gesetzwidriger rechtsextremer Propaganda angezeigt. Als Beleg hatten die Antragsteller unter anderem einen Artikel aus einem Jobbik-Propagandablatt vorgelegt, in dem der Holocaust gelehnet wird. Die Staatsanwaltschaft befand jedoch, dass dies nicht gesetzwidrig sei, da in Ungarn das Leugnen des Holocaust erst am 10. März 2010 und damit nach Erscheinen des betreffenden Artikels verboten worden sei.

Der Vorsitzende der Bewegung aus Nyiregyhaza, erklärte, er werde nicht aufgeben. „Diese Partei (Jobbik) ist nazistisch, faschistisch und muss verboten werden“, sagte er. Die für ihre rechtsextreme und rassistische Propaganda bekannte Partei Jobbik („Die Besseren“) ist bei der Wahl in diesem Frühjahr erstmals in das ungarische Parlament eingezogen. Sie ist dort mit 47 Abgeordneten vertreten und hält somit 12 Prozent der Mandate.

Dokument belegt verschärfte Judenverfolgung in Vichy-Frankreich



Der französische Nazijäger *Serge Klarsfeld* hat das Originaldokument des Vichy-Regimes von 1940 zum Status der Juden vorgelegt, in dem Marschall *Philipp Pétain* die antisemitische Gesetzgebung verschärfte.

Die handschriftlichen Randnotizen Pétains belegten den aggressiven Antisemitismus des Führers von Vichy-Frankreich, so der Anwalt und Forscher Klarsfeld.

Das Dokument sei der Shoah-Gedenkstätte in Paris von einem anonymen Stifter übergeben worden. Es bestehe „keinerlei Zweifel“, dass die Anmerkungen aus der Hand Pétains stammen. Bei dem Dokument handele es sich um den Entwurf zu einem Gesetzesprojekt zum Status der Juden in dem nach der deutschen Besetzung 1940 verbliebenen französischen Reststaat von Vichy. Darauf habe Marschall Pétain mit einem Bleistift die Ausnahmen für französische Juden gestrichen und damit die Maßnahmen auf alle Juden in Frankreich ausgedehnt. Zudem habe er angemerkt, dass den Juden der Zugang zum Justiz- und Schulsystem völlig verwehrt werde. Das Dokument sei von grundlegender Bedeutung, sagte Klarsfeld, da es die Rolle Pétains zur Verschärfung der antisemitischen Gesetzgebung belege.

Vichy war im Zweiten Weltkrieg von 1940 bis 1944 unter deutscher Besatzung Sitz der mit den Nazis zusammenarbeitenden Regierung Pétain, die sich an der Deportation von Juden in die Vernichtungslager beteiligte.

APA/AFP

Ausmaß der NS-Zwangsarbeit wird unterschätzt

Das Ausmaß der Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus wird von den meisten Deutschen unterschätzt. Nur ein Fünftel (19%) ist sich bewusst, dass zwischen 1939-45 über 13 Mio. Menschen Zwangsarbeit leisten mussten. Das ergab eine repräsentative Umfrage von *infratest dimap* im Auftrag der Stiftung EVZ (vollständige Studie unter www.stiftung-evz.de/ns-zwangsarbeitumfrage).

Anlass der Befragung war die bislang größte Ausstellung zum Thema NS-Zwangsarbeit, die am 27. September im Jüdischen Museum Berlin von Bundespräsident Wulff eröffnet und von der Stiftung EVZ initiiert und gefördert wurde. Sie macht deutlich, dass insgesamt etwa 20 Mio. Menschen zur Arbeit gezwungen wurden. Bislang war kaum bekannt, dass allein in den von Deutschland besetzten Gebieten mindestens 7 Mio. Zwangsarbeiter eingesetzt wurden (www.ausstellung-zwangsarbeit.org)

Vor allem ältere Menschen (über 65 Jahre) erinnern nicht den Umfang der

Zwangsarbeit - nur 13% schätzen das Ausmaß der Zwangsarbeit realistisch ein. Bei den Jüngeren (19-49 Jahre) ist es immerhin ein Viertel (23%) der Befragten. Unerwartet hoch ist allerdings das Interesse für das Thema bei den Jugendlichen: Zwar ist für etwa zwei Drittel (59%) der 14-18-Jährigen die NS-Zwangsarbeit kein Thema im persönlichen Umfeld. Dennoch gaben 80% der Jugendlichen an, dass sie die Problematik interessant oder sehr interessant finden. Nur ein Viertel (28%) aber hat das Thema ausführlich im Unterricht behandelt.

Sehr hoch ist die Zustimmung zu den geleisteten Entschädigungszahlungen durch die Stiftung EVZ. Neun von zehn Befragten (88%) empfinden die Zahlungen der Stiftung EVZ, die im Jahr 2007 abgeschlossen wurden, als richtig. Die Hälfte (50%) der Befragten meint, dass die Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter zur Versöhnung (hier beispielhaft für das Nachbarland Polen gefragt) beigetragen haben.

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“



Frauen und Mädchen, die zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich gebracht, steigen unter Bewachung in den Waggon. Ukraine, Frühjahr 1943.

©Thiemann/Quelle: Bundesarchiv Koblenz

Bauarbeiten auf dem IG Farben-Gelände in Auschwitz, um 1943. KZ-Häftlinge und Zivilarbeiterinnen bei Straßenarbeiten. Mehrere hundert Frauen aus der Ukraine und Russland mussten für die IG Farben in Monowitz Zwangsarbeit leisten.



Irans Expansionsdrang

In der vergangenen Woche bereiste der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad den Libanon. Mit diesem Besuch vermittelte Ahmadinejad die Botschaft: „Beirut steht unter der Vorherrschaft des Iran und dient als eine iranische Bastion an der Küste des Mittelmeers.“^[1]

Durch das Vorantreiben seines nuklearen Programms bringt das gegenwärtige Regime im Iran das Gleichgewicht der gesamten Region ins Wanken. Der Iran unterstützt militärische Gruppierungen im Irak, Libanon und Gazastreifen. Das Land betrachtet sich seit jeher als eine nahöstliche Macht in einer Schlüsselposition. Die geografische Lage des Iran, seine Ölreserven und seine hohe Bevölkerungszahl stellen die wesentlichen Faktoren für die ständig zunehmende Macht des Landes dar.^[2] Die nuklearen Ambitionen des Landes legen nahe, dass der Iran nach stärkerer regionaler Hegemonie strebt.

Nachstehend Informationen über die Beziehungen des Iran zu den angrenzenden Staaten.

DIE TÜRKEI

Am 8. Juni 2010 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (United Nations Security Council - UNSC) die Resolution 1929 und intensivierte damit den Einsatz von Sanktionen gegen das nukleare Programm des Iran. Die Türkei, ein nicht-ständiges Mitglied des UNSC, stimmte gegen diese Resolution. Ministerpräsident Erdogan erklärte später, dass die „Nein-Stimme“ eine Frage der türkischen „Ehre“ gewesen sei. Erdogan hatte sich wiederholt für das Atomprogramm im Iran ausgesprochen und darauf bestanden, dass die Lösung der internationalen Krise nur durch einen Dialog erreicht werden könne.^[3]

Die Türkei hat ihre Beziehung zum Iran seit der Übernahme der Macht durch die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) in Ankara gefestigt und sich als Vermittlerin bei der Lösung des Konflikts zwischen der islamischen Republik und den Ländern des Westens im Streit um das nukleare Programm angeboten. Analytikern zufolge jedoch gelang es der Türkei bisher nicht, die Positionen der westlichen Welt genügend zu Gehör zu bringen. Sie tritt vielmehr als Verteidigerin iranischer Interessen auf.^[4] Gegenwärtig arbeitet Teheran mit Ankara sowohl auf militärischer als auch auf nachrichtendienstlicher Ebene beim Kampf der Türkei gegen die PKK (die kurdische Arbeiter-



terpartei) zusammen. Experten zufolge werden die islamischen Wurzeln der türkischen Regierung als eine „treibende Kraft hinter ihren Bemühungen zur Vermeidung einer Konfrontation im Zusammenhang mit dem Iran“ betrachtet.^[5]

Die heutigen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran werden von der historischen Rivalität zwischen dem Ottomanischen Imperium und dem Persischen Reich geprägt. Das Ottomanische Reich, aus dem nach dem Ersten Weltkrieg die moderne Türkei hervorgegangen war, kontrollierte die zentralasiatischen Republiken, hatte sich jedoch nie in der Lage befunden, den Iran zu erobern. Dadurch bildete sich die physische Grenze zwischen dem sunnitischen (Türken und Araber) und dem schiitischen Islam (Perser). Das Misstrauen, das Araber, Türken und andere moslemische Nationen überall in der Region des Nahen Ostens dem Iran gegenüber hegen, hat somit religiöse, ethnische und geografische Ursachen. Im Verlauf der 400 Jahre währenden ottomanischen Periode gab es kaum einen ernst zu nehmenden wirtschaftlichen oder politischen Austausch zwischen dem persischen und dem türkischen Reich. Bis zum heutigen Tag widerstrebt der Türkei die Einmischung des Iran in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen, die zum türkischen Reich gehörten.^[6] Während die Türken vor-

wiegend sunnitische Moslems sind, so weist die Türkei doch auch eine schiitische Minderheit auf, deren Angehörige weitgehend als „Bürger zweiter Klasse“ betrachtet werden.

Seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Iran 2009 sind zahlreiche iranische Dissidenten in die Türkei geflohen. Sie berichten, dass Agenten des iranischen Geheimdienstes sie selbst über die Grenze hinweg im Exil bedrohen.^[7]

ARMENIEN

Im Juli 2010 beschlossen Armenien und der Iran den Bau der Shahnayi-Zadeh Pipeline. Die Kosten dafür sollen gleichmäßig untereinander geteilt werden. Der Baubeginn für die Pipeline ist erwartungsgemäß für das Ende dieses Jahres vorgesehen.^[8] Während eines Besuchs in Teheran rief der Verteidigungsminister Armeniens, *Seyran Ohanyan*, zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Iran auf, dies sowohl im Hinblick auf die regionale als auch auf die internationale Entwicklung.^[9] Armenien befindet sich gegenwärtig in Verhandlungen mit Beamten und finanziellen Institutionen im Iran, in China und in Russland, bezüglich der Finanzierung einer Eisenbahnverbindung mit dem Iran.^[10]

Den Aussagen von *Stepan Safaryan* zufolge, dem Vorsitzenden der Fraktion

„Erbe“ des armenischen Parlaments, versucht der Iran, sowohl mit Armenien und Aserbeidschan Beziehungen aufzubauen, um einer jeglichen Beteiligung dieser beiden Nationen an „anti-iranischen Projekten“ vorzubeugen. Weiterhin sagte Safaryan: „Der Iran ist sich dessen bewusst, dass die Selbstverwaltung Armeniens schwach ist. Armenien gerät leicht unter fremden Einfluss, selbst wenn das die nationalen Interessen des Landes in Frage stellt.“^[11]

ASERBEIDSCHAN

Im Juni 2010 führten der iranische Minister für finanzielle und wirtschaftliche Angelegenheiten und der Minister für wirtschaftliche Entwicklung von Aserbeidschan Gespräche in Baku und riefen zu einer Erweiterung der gegenseitigen Beziehungen auf den Gebieten des Bankwesens und des Versicherungswesens auf. Der iranische Minister *Seyyed Shamseddin Hosseini* gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich das Handelsvolumen der beiden Länder innerhalb von fünf Jahren von einem gegenwärtigen Umfang von US\$ 500 Mio auf US\$ 10 Mrd. erhöhen werde.^[12] Im Januar 2010 unterzeichnete die staatliche Ölgesellschaft in Aserbeidschan (SOCAR) einen kurzfristigen Vertrag mit der nationalen iranischen Gesellschaft für den Export von Gas (National Iranian Gas Export Company - NIGEC) für die Einfuhr von Gas aus Aserbeidschan in den Iran. Das Abkommen sah die Lieferung von etwa 100 Mio m² Gas aus Aserbeidschan in den Iran für den Winter vor.^[13]

Während die staatliche Religion im Iran der schiitische Islam ist und der größte Teil der Bevölkerung aus ethnischen Persern besteht, reicht die Zahl der Angehörigen der dort lebenden verschiedenen ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten in die Millionen; darunter befinden sich unter anderem ethnische Kurden, Belutschen und die größte völkische Minderheit, die Aseris. Fast ein Viertel der Einwohner des Iran sind ethnische Aseris, und viele von ihnen behaupten, dass ihre Rechte von den Iranern „mit Füßen getreten“ werden, was die Spannungen zwischen Aserbeidschan und dem Iran erhöht.^[14] Die Sprache der Aseris und ihre Literatur sind an iranischen Schulen verboten.^[15]

TURKMENISTAN

Im Juli 2010 sagte *Gurbanguly Berdimuhamedov*, der Präsident von Turkmenis-

tan: *„Turkmenistan ist der Auffächerung seiner Energieexporte auf die internationalen Märkte verpflichtet, darunter auch die islamische Republik des Iran.“*^[16] Der Iran führt gegenwärtig mehr Gas aus Turkmenistan ein, als er in die Türkei exportiert.^[17] Im Januar 2010 nahmen der Iran und Turkmenistan die zweite Gaspipeline in Betrieb, die Gas aus Turkmenistan in den Iran liefert.^[18] Im Juni 2010 sagte der iranische Außenminister *Manouchehr Mottaki*, dass Teheran und Ashgabat in der Lage seien, ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern.^[19] *Mahmoud Vaezi*, Sonderberater des Leiters der iranischen islamischen Organisation für Kultur und Beziehungen, sagte: *„Die Zusammenarbeit im Bereich der Medien und der kulturellen Beratung zwischen den beiden Ländern [Turkmenistan und Iran] ergänzen einander in der Tat; sie agieren als Organe ein- und derselben Körperschaft.“*^[20]

IRAK

Der Iran hat einen in der Geschichte verwurzelten Wunsch der Einflussnahme auf den Irak, wenn nicht gar der Dominanz über diesen. *„Teheran, und nicht Washington, hat die Oberhand,“* schrieb *Herbert London* im Februar 2010. Darüber hinaus sagte er: *„Wenn die Vereinigten Staaten einen Gewaltausbruch im Irak vermeiden wollen, der einem Bürgerkrieg gleichkäme, dann muss Washington den Forderungen der iranischen Führungsspitze zufolge die Bedingungen Teherans im Zusammenhang mit der Frage der Atomwaffen akzeptieren und von jeder militärischen Lösung durch die Vereinigten Staaten oder Israel absehen.“*^[21] *Sadiq al-Rikabi*, ranghoher Berater des schiitischen Ministerpräsidenten im Irak, *Nouri al-Maliki*, sagte: *„Der Iran (liegt) an unserer Grenze, und daher müssen wir mit ihm eine Beziehung aufbauen“*^[22] *Nabil Said*, ein sunnitische Politiker, sagte, der Iran könne nach seinem Willen durch die Aktivierung sektiererischer Todesschwadronen und die Belieferung von Aufständischen mit Waffen die Gewalt im Inneren des Irak auflodern lassen.^[23]

Dem Iran wird vorgeworfen, das Gleichgewicht im Irak zugunsten hart gesottener religiöser Schiiten zu beeinflussen, die eher dazu geneigt sein könnten, die Interessen des Iran im Irak zu fördern. Viele in der Region fürchten, dass der Iran entschlossen ist, gleichzeitig mit dem Rückzug der amerikanischen Soldaten Einfluss in dem Nachbarland zu gewinnen.^[24]

Der ehemalige irakische Ministerpräsident *Iyad Allawi* hat den Iran wiederholt beschuldigt, sich in die politische Pattsituation im Hinblick auf die Bildung einer neuen Regierung im Irak einzumischen. Im September 2010 warf Allawi dem Iran erneut die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak vor und sagte, Teheran würde versuchen, Einfluss auf die neue Regierung durch die Unterstützung des amtierenden Ministerpräsidenten *Nouri al-Mailiki* zu nehmen.^[25]

Hassan Danaeifar, der Botschafter des Iran in Bagdad, hat sich verpflichtet, das Handelsvolumen zwischen dem Iran und dem Irak in der nahen Zukunft zu verdoppeln und hob hervor, dass Sanktionen den zunehmenden Handel mit dem Irak nicht beeinträchtigen könnten.^[26] Seit 2003 hat der Iran Güter im Wert von US\$ 15 Mrd. in den Irak exportiert. Es wird angenommen, dass der Handel zwischen den beiden Nationen 2009 einen Umfang von US\$ 4 Mrd. erreichte.^[27] Der Iran ist der hauptsächliche Handelspartner, und gehört, seit dem Fall von *Saddam Hussein*, zu den größten Investoren im Irak. Amerikanische Beamte haben den Iran beschuldigt, Vorteil aus dem „politischen Vakuum zur Erhöhung seines Einflusses“ zu ziehen.^[28] *Mustafa al-Ani*, der Direktor der Fakultät für Studien in Sicherheitsfragen und Terrorismus am Gulf Research Center in Dubai, sagte, „die Förderung des Handels mit dem Iran könne einen großen Vorteil haben“ - *„Die Abschwächung der Restriktionen, die neue internationale Sanktionen gebracht haben.“* Er fügte hinzu: *„Der Irak ist das Fenster zur ‚Außenwelt‘ für den Iran“,* das er dazu nutzen könne *„Importe und Exporte von Gütern, denen Eischränkungen auferlegt seien, aus dem Rest der Welt durch das Nachbarland zu schleusen und damit einige Sanktionen zu umgehen.“*^[29]

AFGHANISTAN

Der Iran hat einen großen Einfluss auf die Regierung in Afghanistan; die historischen und kulturellen Verbindungen zwischen den beiden Nationen sind tiefgehend. Der Iran übt außerdem einen rapide zunehmenden wirtschaftlichen Einfluss in Afghanistan aus. Ein besonderer Dialekt des Farsi (Persisch) stellt eine der beiden offiziellen Landessprachen dar.^[30]

Der Iran engagiert sich sehr für die Unterstützung der ethnischen schiitischen Minderheit in Afghanistan und

beherbergt rund zwei Millionen afghanische Flüchtlinge.^[31] Die Unterstützung Afghanistans durch den Iran dient einem strategischen Zweck, da sie „den Status des schiitischen Regimes (im Iran) in seiner sunnitischen arabischen Umgebung fördert“.^[32] Berichten des amerikanischen Nachrichtendienstes zufolge versorgt der Iran die Taliban in Afghanistan mit Waffen, finanzieller Hilfe, Training und Ausrüstung.^[33]

PAKISTAN

Im Juni 2010 unterzeichnete die pakistanische Gasfirma Inter State Gas Limited ein Abkommen in Höhe von US\$ 7.6 Mrd. mit der iranischen Gas Export Company über eine Gaspipeline, die Pakistan ab 2014 mit Energie versorgen soll.^[34] *Irshad Karimi* vom pakistanischen Ministerium für Petroleum und Gas sagte: „Gegenwärtig produzieren und verbrauchen wir etwa 4,2 Mrd. Kubikfuß, was bedeutet, dass 25% davon aus dem Iran importiert werden.“^[35]

Im Verlauf eines Besuchs in Islamabad im Februar 2010 rief *Ahmadinejad* zu einem Ausbau der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Iran und Pakistan auf. Die Sprecherin der Nationalversammlung in Pakistan, *Dr. Fahmida Mirza*, drückte Unterstützung für das nukleare Programm im Iran aus und sagte: „Der Iran sollte das Tempo seines Fortschritts auf allen Gebieten aufrecht erhalten.“ Darüber hinaus sagte *Mirza*, dass die pakistanische Regierung und ihr Parlament sich im die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Iran bemühten, dies vor allem in den Bereichen der Sicherheit und Energie.^[36]

Fahmida Mirza sagte weiterhin, dass der Iran und Pakistan „gemeinsame Standpunkte im Hinblick auf zahlreiche Entwicklungen innerhalb der Region“ bezogen hätten. Des weiteren hob sie hervor, dass Pakistan bisher die Anerkennung von Entscheidungen oder Resolutionen von Seiten der IAEA (Internationale Agentur für Atomenergie) gegen das Programm des Iran zur Entwicklung von Atomwaffen umgangen hätte.^[37] Pakistan hat heute das am schnellsten zunehmende Arsenal von Atomwaffen auf der Welt. Das Land stellt eine hauptsächliche Triebkraft für die nuklearen Ambitionen des Iran dar.^[38]

© Copyright 2010, Réalité-EU

Réalité-EU ist eine Online-Publikation, die sich vorwiegend mit Umwälzungen und Entwicklungen im Nahen Osten auseinandersetzt, die gleichzeitig eine Gefahr für Europa und den Rest der Welt darstellen.

Quellenangaben:

- [1] Dehghanpisheh, Babak: “Ahmadinejad Throws Dangerous Stones in Lebanon,” *Newsweek*, October 7, 2010
- [2] Shuster, Mike: “Overview: Iran and Its Neighbors,” *NPR Online*, August 20, 2007
- [3] Schleifer, Yigal: “Turkey: Vote for Iran sanctions would be ‘dishonour’,” *Times Live*, June 10, 2010
- [4] Elci, Zerin; Villelabeitia, Ibon: “Turkey minister’s Iran visit test Ankara influence,” *Reuters*, Feb. 14, 2010
- [5] Jones, Dorian: “Turkey Treads Fine Line as Mediator in Iran Nuclear Issue,” *Voice of America Online*, February 16, 2010
- [6] Lacinier, Sedat: “Mistrust Problem in Turkey – Iran Relations,” February 21, 2008
- [7] Amos, Deborah: “Iranian Agents Track Dissidents Who Flew To Turkey,” *NPR Online*, Jan. 4, 2010
- [8] “Iran, Armenia to split oil pipeline cos,” *United Press International*, July 16, 2010
- [9] “Armenian Defense Minister Visits Iran,” *Mehr News*, July 19, 2010
- [10] “Armenia seeks funds for railway link to Iran,” *Radio Free Europe/Radio Liberty*, June 30, 2010
- [11] “Iran cannot rely on Armenia, Heritage MP says,” *News.am*, October 11, 2010
- [12] “Tehran, Baku call for expansion of economic ties,” *Tehran Times*, June 27, 2010
- [13] “Azerbaijan to begin gas export to Iran late March,” *Tehran Times*, March 11, 2010
- [14] Esslemont, Tom: “Azerbaijan-Iran tension increasing,” *BBC Online*, February 14, 2010
- [15] Esslemont, Tom: “Azerbaijan-Iran tension increasing,” *BBC Online*, February 14, 2010
- [16] “Iran key energy partner, Turkmenistan says,” *United Press International*, July 2, 2010, Esslemont, Tom: “Azerbaijan-Iran tension increasing,” *BBC Online*, February 14, 2010
- [17] Takiyeddine, Randa: “Iran’s Nuclear Program and the Destruction of the Oil and Gas Sectors,” *AlArabiya Online*, July 29, 2010, Esslemont, Tom: “Azerbaijan-Iran tension increasing,” *BBC Online*, February 14, 2010
- [18] “Iran to Increase Gas Imports from Turkemins-

tan,” *Fars News*, June 18, 2010

- [19] “FM Reiterates Iran, Turkmenistan’s Resolve for Global Disarmament,” *Fars News*, June 25, 2010
- [20] “Iran Keen to Expand Media Cooperation with Turkmenistan,” *Fars News*, June 7, 2010
- [21] London, Herbert: “Iran’s Influence on Iraq Growing,” *Pajamas Media*, February 8, 2010
- [22] Lawrence, Quil: “Iran’s Influence Palpable In Post-Election Iraq,” *NPR Online*, April 5, 2010
- [23] Lawrence, Quil: “Iran’s Influence Palpable In Post-Election Iraq,” *NPR Online*, April 5, 2010
- [24] “Iran says it wants inclusive Iraqi government,” *Jerusalem Post*, April 15, 2010
- [25] “Iran denies meddling in Iraq affairs,” *PressTV*, October 2, 2010
- [26] “Iran-Iraq trade value to double,” *PressTV*, Aug. 11, 2010
- [27] “Iran eyes doubling Iraq trade to \$8 billion in 2010,” *Reuters*, February 21, 2010
- [28] Dagher, Sam: “Iran’s Ambassador to Iraq Promises Closer Trade Ties,” *The Wall Street Journal*, August 11, 2010
- [29] Dagher, Sam: “Iran’s Ambassador to Iraq Promises Closer Trade Ties,” *The Wall Street Journal*, August 11, 2010
- [30] “U.S: says weapons from Iran sent to Afghanistan,” *Reuters*, March 31, 2010
- [31] Bagherpour, Amir; Farhad, Asad: “The Iranian Influence in Afghanistan,” August 9, 2010, *PBS*,
- [32] Kirchick, James: “Iran’s deadly hand in Afghanistan,” *New York Daily News*, August 5, 2010
- [33] “Afghanistans war logs: Iran’s covert operations in Afghanistan,” *The Guardian*, July 25, 2010
- [34] “US opposes Iran-Pakistan gas pipeline,” *World Socialist Web Site*, July 9, 2010
- [35] “Iran, Pakistan finalize gas deal,” *PressTV*, May 29, 2010
- [36] “Pakistan parliament speaker meets Iranian president, Majlis speaker,” *Tehran Times*, Feb.6, 2010
- [37] <http://cms.mfa.gov.ir/cms/cms/Tehran/en/lfrem/1511882>
- [38] Shah, Prakash, Thakur, Ramesh: “Pakistan’s effect on Iran,” *The Japan Times*, August 29, 2010

Iran baut internationale Medien-Unternehmen aus

Press TV, Irans erstes Medienunternehmen in englischer Sprache, wurde 2007 durch das Fernsehen der Islamischen Republik des Iran (*Islamic Republic of Iran Broadcasting - IRIB*) in Betrieb genommen und wird jetzt um einen spanischen Kanal erweitert, der rund um die Uhr senden wird. Daneben soll „*iFilm*“ etwa 300 Mio Arabisch sprechende Menschen in der arabischen Welt mit Nachrichten und Spielfilmen aus dem Iran versorgen. Hauptstandort ist Teheran; der Sender unterhält zahlreiche Büros im Ausland. Während die staatlich geförderte Nachrichtenagentur der Islamischen Republik (*Islamic Republic News Agency - IRNA*) öffentlich die Hisbollah unterstützt, konzentriert sich **Press TV** auf die Außenpolitik der USA und auf den Nahen Osten. Der Sender hat darüber hinaus eine Schwestergesellschaft in Dänemark, *Atlantic Television News*, und ein Büro in Washington, D.C.

Al Alam News, das iranische Medienunternehmen in arabischer Sprache, ist als Propaganda-Sprachrohr für Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah bekannt.

Der seit langem vom Iran geförderte Nachrichtensender der Hisbollah, **Al Manar**, stellt seine Verbindung zum Iran sowie seine Unterstützung für Angriffe auf Israel in den Vordergrund. 1991 in Betrieb genommen, bezeichnet sie sich als „Sender des Widerstandes“ gegen Israel. Die USA und Deutschland haben den Fernsehsender aufgrund ihrer Aufhetzung zu terroristischen Aktivitäten verboten. Die Studios sind in Harat Hurayk, dem von der Hisbollah kontrollierten Außenbezirk im Süden Beiruts. Berichte von 2004 enthüllten, dass viele **Al Manar**-Reporter ehemalige Guerilla-Kämpfer der Hisbollah sind. **Al Manar** hat auch eine eigene Werbeagentur (*Media Public Management*) die an religiöse und sittliche Vorgaben der Hisbollah gebunden ist. Viele europäische Unternehmen platzieren ihre Werbespots bei **Al Manar** und finanzieren damit den Hisbollah-Sender. Finanzierung kommt auch aus Geschäften, die die Hisbollah betreibt – vor allem aus dem Bereich Maschinenbau und Drogenhandel.

TIP

Isolierung Israels

VON ULRICH W. SAHM, JERUSALEM,



Die Isolierung Israels hat einen neuen Höhepunkt erreicht. *Mike Leigh*, der „beste Filmregisseur Englands“, hat in einem Brief an *Renen Schorr*, dem Leiter der Sam Spiegel TV und Film Schule in Jerusalem, kurzfristig eine Absage erteilt. Am 6. April hatte der britische Regisseur „widerwillig“ einem Besuch in Israel zugestimmt. Schorr hatte Leigh daraufhin bestätigt, dass der Brite „mutig“ sei. Doch jetzt habe Leigh keine Wahl: „Ich kann nicht kommen, ich will nicht kommen, ich werde nicht kommen.“ In einem zweiseitigen Brief zählt Leigh die Gründe für seine Absage einzeln auf. Am 31. Mai kam es zu der israelischen Attacke auf die türkische „Hilfsflotte“. Die Welt verurteilte diese „Grausamkeit“.

Seitdem habe die israelische Regierung „immer schlimmere Schritte“ getan, wie die Wiederaufnahme der Bautätigkeit in Siedlungen im Westjordanland. „Abgesehen von der Blockade des Gazastreifens, dem endlosen Erschießen von Menschen dort, inklusive Jugendlerner“, so Leigh, sei der jetzt von der Regierung beschlossene Treue-Eid für jene, die die israelische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, der „letzte Strohalm“ gewesen, (der den Rücken des Kamels zerbrochen habe), schreibt

Leigh. Ein medienwirksamer Besuch Leigh´s in Israel würde den Eindruck erwecken, als ob er sich mit der Politik Israels identifiziere.

Renen Schorr blieb dem jüdischen Briten, der 1990 das letzte Mal in Israel war, nichts schuldig. In einem Antwortbrief, der wie Leigh´s Schreiben als Originalkopie an Journalisten verteilt worden ist, äußert sich Schorr „erschüttert“. Jeder könne legitime politische Ansichten befolgen, und „zutiefst enttäuscht über Israels Politik“ sein, schrieb Schorr. „Doch der akademisch-künstlerische Boykott, dem Sie sich jetzt angeschlossen haben, hilft nicht der israelischen Öffentlichkeit oder ihren humanitären Elementen, die sich der Boshaftigkeit der Besatzung bewusst sind. Ihr Schritt schwächt uns. Boykott und Bann sind die Antithese zum Dialog.“ Tausende Israelis seien in Friedensorganisationen aktiv, Hunderte demonstrieren und israelische Filmemacher wie Künstler anderer Sparten hätten mit Dokumentarfilmen „undemokratische und unethische Taten“ verurteilt. Weder Studenten noch Lehrer der Filmschule könnten für die israelische Regierungspolitik verantwortlich gemacht werden. Die Schüler und Studenten mit Regierung und Militär zu vermischen, sei eine „böse Verallgemeinerung“. Schorr schreibt, dass die Filmschule Leigh angeboten habe, bei einer Pressekonferenz alle seine Kritik an Israel offen auszusprechen. „Ein Boykott und eine Ablehnung aller Israelis und israelischer Künstler überschreitet eine rote Linie.“

Israel wurde seit seiner Gründung zunächst von der Arabischen Liga boykottiert. Die arabischen Staaten setzten Firmen aus aller Welt auf eine rote Liste, sowie herauskam, dass sie ihre Waren nach Israel verkauften. So haben sich früher Coca Cola und Pepsi Cola die Welt aufgeteilt. Deutsche Hersteller von Rasierapparaten und Kaffeemaschinen verzeichnen in ihren Gebrauchsanweisungen keine Serviceadressen in Israel und rücken die Adresse auch bei telefonischer Anfrage nicht heraus, obgleich man deren Produkte in Israel kaufen und reparieren lassen kann. Bis zu den Osloer Verträgen 1994 war in Israel nur eine einzige deutsche Firma offiziell vertreten: Lufthansa. Andere Firmen, wie Volkswagen benutzten Decknamen wie „Champion Motors“.

Doch dieser Boykott der arabischen Liga bewirkte eher das Gegenteil. Statt Israel zu schwächen und zu vernichten – so die Absicht – produzierten die Israelis die ihnen verweigerten Waren, vom Susita-Auto mit Plexiglas-Karosserie bis hin zum Uzi-Maschinengewehr, dem Kampfflugzeug Kfir und dem Merkava-Panzer. Selbstverständlich sind arabische Staaten angehalten, israelische Waren zu boykottieren. Doch spätestens seit den Friedensverträgen Israels mit Ägypten und Jordanien haben sich längst die Grenzen geöffnet, weiter als die Israelis veröffentlichen und die Araber eingestehen wollen. Vor einem Jahr verweigerten libanesische Banken ganz offen eine Teilnahme am Boykott. Denn wer will schon auf die Computer mit den in Israel entwickelten und hergestellten Intel-Prozessoren verzichten. Und wer kann auf Microsoft-Programme verzichten, mit der Möglichkeit, am PC auf Arabisch von rechts nach links zu schreiben.

Eine neue Entwicklung sind massive Versuche anti-israelischer Organisationen in aller Welt, Israel zu boykottieren. Universitäten in Kanada wurden aufgefordert, alle akademischen Kontakte mit israelischen Kollegen abzubauen. Schwedische Hafentarbeiter verweigerten das Entladen israelischer Handelsschiffe. Im Internet werden Listen israelischer Firmen veröffentlicht, die in den besetzten Gebieten produzieren. Die palästinensische Autonomiebehörde übt Druck auf alle Regierungen der OECD aus, einen Tourismuskongress in Jerusalem zu boykottieren, nur weil der israelische Tourismusminister dummerweise erklärt hat, dass er den Kongress als eine Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels betrachte. Spanien und Großbritannien gaben dem Druck schon statt, trotz diplomatischer Beziehungen mit Israel und Konsulaten in Jerusalem.

Die Anlässe wechseln, je nach aktuellen Entwicklungen. Mal wird gegen Kriege protestiert, mal ist es die Siedlungspolitik, wegen der Israel gar sein Existenzrecht verlieren sollte. Neuerdings ist der Anlass Protest gegen das israelische „Massaker“ auf der Mavi Marmara oder die Seeblockade des Gazastreifens.

ZUM THEMA
Loyalitätserklärung

**Grundstein
der Existenz,
Kern des
Konflikts**

VON ARI SHAVIT

Die Forderung, den Staat Israel als den Nationalstaat des jüdischen Volkes anzuerkennen, ist eine richtige Forderung. Dafür sprechen sieben Gründe:

Der erste Grund: Dafür sind wir hierhergekommen. Das oberste Ziel des Zionismus besteht darin, dass das Volk Israel im Land Israel eine vom internationalen Recht anerkannte nationale Heimstätte bekommt. Wer nicht denkt, dass das jüdische Volk ein Recht auf eine nationale Heimstätte hat, ist ein Rassist. Wer nicht versteht, dass die nationale jüdische Heimstätte internationale Anerkennung benötigt, ist ein Tor. Ohne Anerkennung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes hängt das zionistische Projekt an einem seidenen Faden.

Ein zweiter Grund: Darum dreht sich der Konflikt. Der israelisch-palästinensische Streit rührt daher, dass die jüdische und die palästinensische Nationalbewegung einander über ein Jahrhundert hinweg nicht anerkannt haben. 1993 erkannte Israel das palästinensische Volk und seine Rechte an. Die Palästinenser haben bis heute nicht das jüdische Volk und seine Rechte anerkannt. Das ist das große Versäumnis des Osloer Abkommens, das den Friedensprozess von Anfang an belastete. Ein wahrer Frieden im Land muss ein Frieden zwischen dem arabisch-palästinensischen und dem jüdisch-israelischen Nationalstaat sein.

Ein dritter Grund: Die Lawine wird gestoppt. In den vergangenen 20 Jahren ist ein schlimmer Prozess vonstatten gegangen. Während Israel die natürlichen Rechte der Palästinenser anerkennt, werden ihm seine natürlichen

Rechte immer mehr abgesprochen. Seine ideologischen Verzichte wirken sich nicht zu seinen Gunsten, sondern zu seinen Ungunsten aus. Wenn sich zeigt, dass das Israel Ehud Olmerts weniger legitim ist als das Israel Yitzhak Shamirs, gibt es keinen wirklichen Grund, mit den Verzichten fortzufahren. Nur die Anerkennung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes wird die Lawine stoppen und wechselseitige, israelisch-palästinensische Legitimität erzeugen.

Ein vierter Grund: Die Rückkehrforderung wird gestoppt. Die Palästinenser fordern noch immer das Recht auf Rückkehr in ihre Häuser innerhalb des israelischen Hoheitsgebiets. Die Bedeutung der Rückkehrforderung ist der Tod des Judenstaates. Solange die Rückkehrforderung der Kern des nationalen Ethos der Palästinenser ist, können sie sie nicht fallenlassen. Die Anerkennung Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes könnte beide Seiten aus der Falle befreien. Sie würde die Rückkehrforderung balancieren und einhegen und dadurch das in ihr enthaltene Sprengpotential neutralisieren.

Ein fünfter Grund: Es wird ein Bewusstseinswandel in der arabisch-muslimischen Welt einsetzen. Das vernünftige Verhältnis, das heute zwischen Israel und den gemäßigten arabischen Staaten herrscht, bewegt sich auf dünnem Eis. Letztere akzeptieren Israel als gegebene Tatsache, aber nicht als legitimes Staatswesen. Die Anerkennung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes würde den Einwohnern Marrakeschs, Alexandrias und Bagdads klar machen, dass Israel kein Fremdkörper ist, sondern ein untrennbarer Teil des Nahen Ostens. Sie würde die Araber zwingen, letztendlich die Legitimität jüdischer Souveränität anzuerkennen.

Ein sechster Grund: Unser Verhältnis zum christlichen Europa wird in Ordnung gebracht werden. Bis heute hat Europa seinen jüdischen Komplex noch nicht gelöst. Die Anerkennung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes wäre ein Bekenntnis Europas zu seiner moralischen Verantwortung gegenüber den Juden, die es über Jahrhunderte hinweg verfolgt hat. Der Kontinent, der das jüdische Volk im 20. Jahrhundert beinahe vernichtet hat,

würde sein Lebensrecht garantieren. **Ein siebter Grund:** Wir werden endlich zur Ruhe kommen. Das Grundverlangen der israelischen Juden ist das Verlangen nach einem Heim. Eine eindeutige Anerkennung dessen, dass Israel ein Heim ist, würde die Bereitschaft für Risiken und einen Abzug aus den Gebieten stärken. Nur eine Anerkennung des jüdischen Nationalheims würde es möglich machen, friedlich und schnell ein palästinensisches Nationalheim zu schaffen.

Nachtrag: Man kann keine Anerkennung eines jüdischen Israels fordern, ohne einem demokratischen Israel verpflichtet zu sein. Man kann keine Anerkennung eines herzlianischen Staates fordern, dessen Gesicht die Züge Liebermans trägt. Ohne Garantie der vollen rechtlichen Gleichstellung der Nichtjuden in Israel wird der jüdische Nationalstaat keinen Bestand haben.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann die gegenwärtige Regierung nicht erwarten, dass die Palästinenser das tun, was von ihnen verlangt wird. Die internationale Gemeinschaft muss jedoch dadurch zu dem politischen Prozess beitragen, dass sie Israel schon jetzt klar als den Nationalstaat des jüdischen Volkes anerkennt. Eine solche Anerkennung wird den Konflikt um das Einfrieren (des Siedlungsbaus) beenden und einen wahren Friedensprozess in Gang bringen. Wenn der Prozess erst einmal im Gange ist, wird eine ähnliche Anerkennung von den Palästinensern gefordert werden. Unsere Partner für den Frieden müssen verstehen, dass der Grundstein des israelischen Bestehens nicht der Tunnel unter der Kotel („Klagemauer“) ist, sondern der demokratische Nationalstaat des jüdischen Volkes. Am Ende gibt es keinen anderen Weg: zwei Nationalstaaten für zwei geschlagene Völker.

Haaretz, 14.10.10

„Der Staat Israel... wird die vollständige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte für alle seine Bewohner sicherstellen, ungeachtet der Religion, ethnischen Herkunft oder Geschlechts- zugehörigkeit; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten; er wird die Heiligen Stätten aller Religionen bewahren, und er wird den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“

Aus der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel, verlesen am 14. Mai 1948

Alltägliches ...



© Abir Sultani/Flash 90

Freitag, 01.10.2010:

- ✦ Am Morgen schlug eine aus dem Gazastreifen abgeschossene **Rakete** im westlichen Negev ein ohne Schaden anzurichten.
- ✦ Bei Maale Levona beschädigten **Steine werfende Araber** ein israelisches Auto. In Ni'lin warfen rund **30**, in Bil'in ca. **60** Randalierer Steine in illegalen und gewalttätigen „Demonstrationen“ auf israelische Sicherheitskräfte.
- ✦ Südlich von Nablus warfen Araber zwei **Brandsätze** auf ein israelisches Fahrzeug.

Samstag, 02.10.2010:

- ✦ Eine aus dem Gazastreifen abgefeuerte **Mörsergranate** schlug im Kreis

Eshkol ein ohne Schaden anzurichten.

- ✦ Rund **50 Randalierer** bewarfen bei Beit Umar israelische Sicherheitskräfte mit Steinen.
- ✦ Bei Hebron bewarfen rund **20 Randalierer** israelische Sicherheitskräfte mit Steinen.

Sonntag, 03.10.2010:

- ✦ Ein Araber wurde getötet, als er bei Isawiya **illegal nach Israel** eindringen wollte. Im Kampf mit einem Grenzpolitisten versuchte er, diesem die Dienstwaffe zu entwenden, wobei sich der tödliche Schuss löste.

Montag, 04.10.2010:

- ✦ Soldaten verhafteten in Judäa und

Samaria 3 Araber wegen **Verdacht auf Terroraktivitäten**.

- ✦ In Hebron gab es eine **Brandstiftung** an einer Moschee. Die IDF hat ihre Hilfe bei der Suche nach den Tätern angeboten. Tzipi Livni, Ehud Barak und Benjamin Netanyahu verurteilten die Tat scharf.
- ✦ Bei Ma'ale Shomeron verletzten **Steine werfende Araber** eine israelische Autofahrerin.
- ✦ Weiterhin beschädigten **Steine werfende Araber** israelische Fahrzeuge bei Karme Zur und Beitar Illit.
- ✦ Letzte Woche wurden 632 LKW-Ladungen (13.201t) Hilfsgüter in den Gazastreifen geliefert.
- ✦ Sonntag lieferten 262 LKW über die Übergänge Kerem Shalom und Karni humanitäre Güter in den Gazastreifen.
- ✦ 207 LKW-Ladungen Lebensmittel, Gas und Treibstoff wurden über den Kerem Shalom-Übergang in den Gazastreifen geliefert.

Mittwoch, 06.10.2010:

- ✦ Aus dem Gazastreifen wurde eine **Qassam** abgefeuert, die im Kreis Eshkol in offenem Gelände einschlug. (im September sind 33 Raketen und Mörser in Israel eingeschlagen; im gesamten bisherigen Jahr 2010 wurden 163 Raketen auf Israel abgefeuert)
- ✦ Eine **weitere Qassam** traf den Grenzzaun.
- ✦ Die Sicherheitskräfte gaben bekannt, dass zwei Einwohner von Nazareth unter dem Verdacht festgenommen wurden eine Terrororganisation zu unterstützen und ein Verbrechen begehen zu wollen.
- ✦ Zwei weitere israelische Araber, darunter ein muslimischer Kleriker, wurden unter dem Verdacht verhaftet einer Terrororganisation anzugehören.
- ✦ Bei Ramallah beschädigten **Steine werfende Araber** ein israelisches Fahrzeug.
- ✦ In Nahlat Shimon/Scheik Jarrah wurden von ausländischen „Aktivisten“ Gegenstände **mutwillig zerstört**, die nächste Woche bei Feiern genutzt werden sollten; daneben liefen „unanständig gekleidete“ Antiisrael-Aktivistinnen in das Simon-Grab, um betenden Juden zu provozieren.
- ✦ 218 LKW-Ladungen Lebensmittel, Treibstoff und Gas wurden über den Kerem Shalom-Übergang in den Ga-

zastreifen geliefert.

✦ Letzte Woche wurden 1.158.897l schwerer Diesel und 582t Kochgas in den Gazastreifen transferiert.

Donnerstag, 07.10.2010:

✦ Die Luftwaffe beschoss während der Nacht „zwei Terrorziele im nördlichen Gazastreifen“ und stellte direkte Treffer fest; arabische Quellen sprechen von 4 Verletzten.

✦ Soldaten verhafteten in Judäa und Samaria insgesamt 12 aus Sicherheitsgründen gesuchte Araber.

✦ Bei Yizhar wurden an einem Kontrollpunkt bei zwei arabischen Jugendlichen zwei **Rohrbomben** gefunden.

✦ 2010 könnte eines der ruhigsten Jahre in Judäa und Samaria werden – bis zum 20. September gab es „nur“ **36 Terroranschläge**.

✦ Bei Kokhav HaShahar wurden 2 **Brandsätze** auf ein israelisches Auto geworfen.

Freitag, 08.10.2010:

✦ In Hebron wollten Soldaten die **Attentäter** vom 31. August (4 Tote) verhaften. Die Attentäter widersetzten sich und eröffneten das Feuer auf die Soldaten. Diese schossen zurück und töteten dabei beide Terroristen.

✦ Zusätzlich wurden sechs weitere terrorverdächtige Araber verhaftet und mehrere **Sturmgewehre** beschlagnahmt.

✦ Bei einer Kontrolle in der Nähe des Hawara-Übergangs wurden bei einem Araber eine **Rohrbombe** und ein Messer gefunden.

✦ Bei Halhoul beschädigten **Steine** werfende Araber zwei israelische Fahrzeuge.

✦ In „Ost“-Jerusalem warfen nach den Freitagsgebeten auf dem Tempelberg Jugendliche **Steine auf Sicherheitskräfte**.

✦ Ein 23-jähriger Araber, der sich illegal in Israel aufhielt, wurde mit einem Zugangspass für eine IDF-Basis und einem Messer aufgegriffen.

✦ Die üblichen Freitags-Randale: ca. 60 Randalierer in Ni'lin; ca. 30 Randalierer in Bi'lin; ca. 70 in Nabi Salih; ca. 100 in Jurat Ash-Sham'a. Überall werden **Steine auf Sicherheitskräfte** geworfen.

Samstag, 09.10.2010:

✦ 30 arabische Randalierer zogen zum Schutzzaun von Karme Zur und be-

warfen Sicherheitskräfte mit Steinen; diese reagierten mit Mitteln zu Zerstreuung von Demonstranten und verhafteten acht der Randalierer.

✦ In der Nähe des Grenzzauns schlug im Kreis Aschkelon eine **Mörsergranate** aus dem Gazastreifen ein.

Sonntag, 10.10.2010

✦ Ein Araber wurde bei Bethlehem durch einen von einem anderen Araber geworfenen **Stein** verletzt.

✦ In Silwan entkam ein israelischer Autofahrer nur knapp einen **Steinwerfer-Angriff** eines arabischen Mobs von rund 30 Jugendlichen.

✦ Bei Tzurif beschädigten **Steine** werfende Araber ein israelisches Fahrzeug.

✦ In Silwan wurde ein weiterer Israeli durch **Steinwürfe** verletzt; der Wachmann musste ins Krankenhaus gebracht werden.

✦ In der letzten Woche verließen 941 Personen den Gazastreifen über den Erez-Übergang; davon waren 652 arabische Einwohner, 245 Ausländer und 44 Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft. Im Verlauf der letzten zwei Jahre wurde die Zahl der Checkpoints um mehr als 60% verringert. Im Juli 2008 waren es noch 41, heute sind es 14.

Montag, 11.10.2010:

✦ Soldaten verhafteten in Judäa und Samaria insgesamt 8 Araber wegen **Verdacht auf Terroraktivität**.

✦ Im Zusammenhang mit dem **Mordversuch** an einem israelischen Autofahrer in Silwan hat die Polizei drei Verdächtige festgenommen; zwei davon sind minderjährig.

✦ **Steine werfende Araber** beschädigten in mehreren Vorfällen israelische Autos: bei Schechem/Nablus, bei Ma'ale Shomron und bei Beit Umar.

✦ Eine **Terroristin** versuchte an einem Checkpoint an der Stadtgrenze Jerusalems den kommandierenden Grenzpolizisten niederzustechen.

Dienstag, 12.10.2010:

✦ Eine Gruppe Knesset-Abgeordnete wurden in einem Kleinbus durch Silwan gefahren; der Bus wurde durch **Steine werfende Araber** beschädigt.

✦ Araber warfen am Zugang zum Kibbutz Migdal Ozi in Gush Etzhion zwei **Brandsätze** auf ein israelisches Fahrzeug.

✦ 210 LKW-Ladungen Lebensmittel,

Gas und Treibstoff wurden über den Kerem-Shalom-Übergang in den Gazastreifen geliefert.

Mittwoch, 13.10.2010:

✦ Soldaten verhafteten in Judäa und Samaria 13 wegen **Verdacht auf Terroraktivitäten** gesuchte Araber.

✦ Die israelischen Behörden ließen in drei illegale Außenposten in Judäa und Samaria abreißen.

✦ In Silwan wurden zwei Grenzpolizisten durch **Steine** werfende, maschierte Randalierer verletzt.

Donnerstag, 14.10.2010:

✦ Soldaten verhafteten in Judäa und Samaria sowie dem Jordantal drei Araber wegen **Verdacht auf Terroraktivitäten**.

✦ Die IDF und die Polizei verhinderten **Drogenschmuggel** aus dem Libanon.

✦ **Sirenen** heulten in Aschkelon, es ist aber nicht klar, ob es tatsächlich einen Raketenangriff gab.

✦ Am Morgen beschädigten **Steine** werfende Araber bei Tekoa israelische Fahrzeuge.

✦ In Um el-Fahm wurde bei einer Hausdurchsuchung ein Waffenlager entdeckt; Araber hatten mehrere M16, Pistolen und Munition gehortet.

✦ Ein Grenzpolizist wurde verletzt, als Araber in Silwan mit **Steinen** warfen

Hamas lehnt Briefzustellungen an Schalit ab

Die Hamas wird keine Briefe an den von Palästinensern entführten israelischen Soldaten *Gilad Schalit* zustellen und auch keine Schreiben des Entführten an seine Angehörigen weiterleiten. Das gab der Hamas-Vertreter *Osama al-Masini* Mitte Oktober bekannt.

Al-Masini wies Berichte zurück, nach denen die Hamas vor kurzem durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz Briefe von der Familie des Entführten für Schalit erhalten habe.

Schalit befindet sich seit dem 25. Juni 2006 in den Händen von Terroristen im Gazastreifen. Am 2. Oktober 2009 hat die Hamas ein Video an Israel übergeben, das die Geisel mit einer Zeitung vom 14. September zeigt. Im Gegenzug wurden 20 Palästinenserinnen aus der Haft entlassen. Seitdem gab es kein Lebenszeichen mehr von Schalit.

1.578 Tage Geiselhäft (Stand 20.10.2010)

Der israelische Energieexperte Craig Kugler im Gespräch über schmutzigen und sauberen Strom, über die Folgen der Gasfunde für die israelische Wirtschaft und die Zukunft der erneuerbaren Energie.

Die Gemeinde: Für einen Außenstehenden scheint Israels Energiebranche einigermaßen paradox: Die Industrie des Landes ist globaler Technologieführer in zahlreichen Branchen und gleichzeitig erzeugt es einen Großteil seines elektrischen Stroms immer noch aus Kohle. Israelische Unternehmen bauen seit Jahren Solarkraftwerke im Ausland, zuhause hinkt man im internationalen Vergleich hinterher. Wie kommt das?

Kugler: Es ist sicher ein Fehler der Regierung, dass Israel hier recht spät dran ist. Auf der anderen Seite hatten wir auch nicht so viele Möglichkeiten. Ich war selbst in meiner Zeit in der Regierung ein Verfechter von Strom aus Kohlekraftwerken. Es gibt eine sehr einfache Frage: Was hat man lieber? Strom aus schmutziger Kohle oder gar keinen Strom? Und Israel verfügt trotz seiner Lage am Meer nicht über allzu viel Windenergie.

Israel hat mit Israel Electric Company (IEC) noch einen einzigen großen monopolistischen Stromerzeuger, anders als in Europa, wo man die Konzerne zerschlagen und den Markt dereguliert hat. Ist das Schuld an der Verzögerung?

Nein, die Manager von IEC sind sogar recht kooperativ. Die Behörden und Regulatoren waren die Bremser.

Geben Sie einen aktuellen Überblick über die israelische Energiebranche.

Etwa 50 bis 55 Prozent des Stroms wird immer noch aus Kohle erzeugt, dann folgt Gas. Aus erneuerbarer Energie, vor allem Solarkraft, gewinnt Israel gerade einmal ein halbes Prozent seines Stroms.

Aber es gibt Pläne der Regierung, das zu ändern. Ähnlich wie in der EU hat Israel Zielvorgaben dafür entwickelt, den Anteil von erneuerbarer Energie zu erhöhen.

Das stimmt, wenn auch die Pläne nicht ganz so ambitioniert sind wie in der EU. Israel plant, den Anteil von Strom aus Kohle sukzessive zurückzufahren, auf etwa 40 Prozent im Jahr 2020, und etwa 2025-2030 könnte man sie ganz ersetzen. Der Anteil an erneuerbarer Energie soll dem gegenüber im Jahr 2014 fünf Prozent betragen, im Jahr 2020 zehn Prozent.



Craig „Hezi“ Kugler

„Die Behörden waren die Bremser“

Ist das realistisch?

Ich denke schon, manche andere ziehen das allerdings in Zweifel. Von der detaillierten Ablaufplanung der Regierung her kann es geschafft werden. Das Problem liegt nicht so sehr in der Industrie, sondern in der Bürokratie. Ich habe vor einigen Jahren in meiner Arbeit im Ministerium die Weichen dafür stellen lassen, aber es zieht sich sehr langsam dahin.

Das Phänomen kennen wir in vielen Ländern, dass die öffentliche Verwaltung in unterschiedlichen Fragen, von Steuern bis zur Technologie, der Wirtschaft hinterherhinkt. Wie groß ist dies Kluft in Israel?

Im Energiebereich sind die Beamten

noch nicht im 20. Jahrhundert angekommen, ganz zu schweigen vom 21.

Was im 21. Jahrhundert passiert ist, ganz abgesehen von der langsamen Einführung erneuerbarer Energien, waren umfangreiche Gasfunde vor der Küste Israels, inklusive Hype, Spekulationen und Absturz mancher Papiere an der Börse. Was werden diese Gasfunde bei der Energieerzeugung in Israel mittelfristig verändern?

Sie werden die Umstellung der Stromproduktion aus Kohle bewirken.

Wird das zur Energie-Autonomie des Landes führen oder sogar zu einer Exportindustrie?

Israel wird auf jeden Fall zum Gasex-

porteur werden, denn Israel wird dort deutlich mehr Gas fördern als es selber braucht. Die Frage ist nur, wie schnell das sein kann. Das hängt von der Entwicklung der Gasfelder ab.

Und was werden die Auswirkungen auf den Bereich erneuerbare Energie sein? Wird man sich da jetzt zurücklehnen und sagen: Wir haben diese Anstrengungen nicht mehr notwendig, es ist nicht mehr so dringend?

Das wäre auf jeden Fall der falsche Weg. Aber die Gefahr besteht, bei gewissen Gruppen in der Industrie und auch in der Bürokratie. Aber es bietet auf der anderen Seite auch die Chance, die Klimaziele ehrgeiziger zu sehen und höher zu stecken.

Wie ist der aktuelle Stand bei der Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie? Der oberste Gerichtshof hat soeben in einem Bereich die erhöhten Einspeistarife bestätigt, die notwendig sind, damit derartige Projekte profitabel sein können und überhaupt begonnen werden. Sie selbst sind ja mit ihrer Firma in diesem Bereich tätig.

Wir haben nur einige wenige Mitarbeiter, aber wir arbeiten mit großen Industrieunternehmen zusammen. Wir entwickeln Projekte und organisieren die Investoren. Wir haben derzeit Solarprojekte im Umfang von rund 140 Megawatt in der Umsetzung.

Ihr industrieller Partner dabei ist Siemens Israel, die ehemalige Firma Solel, die Siemens übernommen hat?

Bei einem Projekt, ja.

Und wo bauen Sie diese Solarkraftwerke?

Im Süden, im Negev. Das Problem ist, dass Israel ein kleines Land ist, und dafür braucht man relativ große Flächen. Und für unsere Projekte werden die Einspeistarife in etwa einem Monat in Kraft treten.

Wie schwierig oder leicht ist es, jetzt nach der internationalen Wirtschaftskrise Geld von Investoren zu bekommen? Die Zuflüsse in die Venture-Capital-Fonds sind ja doch insgesamt knapper geworden.

Es ist kein Problem, dafür Investoren zu finden. Das Interesse ist groß.

Ohne allzu technisch werden zu wollen: Für eine Modernisierung des Energiesektors braucht man auch leistungsfähige Stromleitungen, die die Energie etwa vom Negev im Süden an die Verbraucher in Tel Aviv bringen.

Das stimmt, überdies sind im Süden Gaskraftwerke in Vorbereitung. Auch für die braucht man neue Leitungen. Diese neuen Leitungen sind teilweise in Planung, teilweise im Bau.

Sie haben gesagt, dass Israel nicht über besonders viel Windpotential verfügt. Dennoch wird gerade im Norden der erste große Windpark errichtet. Und bei Windparks hat man das Problem, dass bei Flaute kein Strom erzeugt werden kann. In den Alpenländern nutzt man dazu Speicherkraftwerke in den Bergen, deren Turbinen man mit einem Knopfdruck einschalten kann. Wie hilft man sich da in Israel?

Wir haben ein großes Speicherkraftwerk in den Bergen geplant. Das wurde vor drei Jahren entschieden, es soll etwa 2015 ans Netz gehen.

Nach jahrelangem Stillstand scheint jetzt die Alternativenenergiebranche in Israel in Schwung zu kommen. Warum so spät und warum jetzt?

Israel hat in diesem weiten Feld ausgezeichnete Fachleute: Forscher, Entwickler, Techniker, Unternehmer, Berater. Aber lange wurde das nur als Exportbranche gesehen, nicht für den Einsatz im eigenen Land. Das hat sich jetzt verändert, sowohl die Unternehmen als auch die NGOs haben zunehmend Druck aufgebaut. Aus meiner Sicht vielleicht noch nicht genug Druck, aber er zeigt Wirkung. Jetzt ist man jedenfalls von Stagnation auf ein kontinuierliches Wachstum umgeschwenkt.

Das Gespräch führte **Reinhard Engel**

Unternehmer, Anwalt, Spitzenbeamter

Craig D. „Hezi“ Kugler ist Präsident der *Kugler Development & Investments Ltd.* in Tel Aviv, einer Firma, die sich auf die Entwicklung und Finanzierung von Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energie spezialisiert hat. Darüber hinaus ist er Chairman der „Israeli Clean Energy Alliance“, einer Non-Profit Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, saubere Energieformen in Israel zu fördern. Kugler unterrichtet auch an der Universität von Haifa israelische Energiepolitik.

Von der Ausbildung her ist Kugler eigentlich Anwalt, er war Senior Partner in der Sozietät Eitan Mehual Pappo Kugler, und unterrichtete am Tel Aviver College of Management Wirtschaftsrecht. Er hielt Aufsichtsratsmandate bei mehreren israelischen Unternehmen und bei israelischen Tochterfirmen internationaler Konzerne. Von 2006 bis 2009 war Kugler Generaldirektor im Ministerium für Infrastruktur. Dort konzentrierte er sich vor allem auf einen Umbau des israelischen Energiesektors in Richtung erneuerbare Energie und höhere Energieeffizienz.



Christian Lassnig

Chancen für österreichische Unternehmen

„Der Energiesektor ist im Moment in Israel wirklich spannend.“ Christian Lassnig, österreichischer Handelsdelegierter in Tel Aviv, beobachtet sehr genau, was sich in dieser Branche aktuell tut. *„Im Energiebereich allgemein gibt es vor allem in den Bereichen Cogeneration, also bei der Nutzung von Deponiegas, bei der Regeltechnik und bei der Abgasreinigung von Kohlekraftwerken österreichische Lieferungen,“* erzählt er. Auch die erste – kleine – israelische Windkraftanlage kam aus Österreich. Möglichkeiten zum Export bestehen laut Lassnig auch für österreichische Technologien bei der Wasserkraft, obgleich die Anzahl der Projekte, Pump-Speicher-Kraftwerke, limitiert ist. *„Ich sehe auch im Solarbereich einige Chancen. Um das Ziel von zehn Prozent erneuerbarer Energieproduktion bis 2020 zu erreichen, müssen die Israelis jede Möglichkeit ausschöpfen.“*

Auch der Handelsdelegierte erkennt in Israel den Bereich erneuerbarer Energie als *„im Aufbruch begriffen“*. Bei der aktuellen Fülle von Projekten seien die Gelegenheiten für internationale Spezialisten vielfältig, muss doch der Anbieter bei Ausschreibungen in Israel Kompetenz und Referenzen nachweisen. *„Diesen Nachweis können die israelischen Start-up Unternehmen im Energiebereich nicht oder oft noch nicht erbringen.“* In solchen Fällen nimmt man dann die Hilfe eines etablierten ausländischen Partners in Anspruch.



US-Shopping ohne stundenlange Flüge

Wer von Europa oder dem Rest der Welt aus bei US-Firmen einkaufen wollte, hatte es bisher alles andere als einfach, denn vieles war für Kunden aus Übersee schlicht und einfach nicht erhältlich. Und auch die US-Händler, welche liebend gern auch die Märkte außerhalb der USA mit ihren Waren beliefert hätten, sahen sich angesichts diesbezüglicher Ambitionen schier unüberwindlichen Hindernissen gegenüber: Um Exporte nach Übersee zu ermöglichen mussten umfangreiche Sicherheitsbestimmungen für Kreditkartentransaktionen und Fremdwährungen berücksichtigt, regionale Importgesetze beachtet und Zollbeschränkungen im Auge behalten werden. Und das alles in Hinblick auf ohnehin bereits sehr geringe Gewinnspannen.

Die Rezension des Jahres 2008 erschütterte die US-Händler umso mehr, denn der Konsum ging plötzlich drastisch zurück. Es war Zeit, zu handeln. Das israelische Unternehmen FiftyOne (www.fiftyone.com) fand mit Hilfe einer in Israel entwickelten Technologie die Lösung – und nun können Konsumenten in aller Welt endlich ihre Lieblingsstücke in verschiedenen US-Onlinestores wie Bloomingdales, Sears oder Shoes.com kaufen.

Man loggt sich einfach mit seiner Heimatadresse ein und erhält all jene Produkte aufgelistet, die für dieses Land erhältlich sind. Dies sind zumeist ohnehin so gut wie alle der vom jeweiligen Händler angebotenen Produkte, abgesehen von Speditionsware, die aufgrund ihres hohen Gewichtes den weiten Transport zumeist nicht rentiert. Nachdem der Kunde die gewünschten Waren ausgewählt hat, wird er zu einer von FiftyOne administrierten Seite weitergeleitet, die sämtliche Transportkosten und Zollaufgaben für ihn ausrechnet und danach auch den Transaktionsprozess abwickelt. Der dahinter stehende Händler muss nur noch den Versand durchführen. Eine Win Win Situation für Händler und Kunde zugleich

Als Exporteur nach Übersee muss ein Händler unzählige Auflagen berücksichtigen. Verschiedene Währungen

sind da nur die Spitze des Eisbergs, erklärt Mike DeSimone, Chef von FiftyOne. Das Aufspüren des billigsten Transportunternehmens, das auch noch die schnellste Lieferung garantiert, die erforderliche Computertechnologie, von Staat zu Staat variierende Zollbestimmungen, Steuern und sich ständig ändernde Import- und Exportgesetze sind für den einzelnen Händler allein kaum zu bewältigen. So darf zum Beispiel nach Italien kein Leder eingeführt oder alle Geräte, die GPS-Chips enthalten, gar nicht erst aus den USA ausgeführt werden – ein völlig undurchsichtiger Paragraphenwarr.

77 Mitarbeiter zählt FiftyOne derzeit in seinen Niederlassungen in New York und Tel Aviv. Laut DeSimone wickeln seine Kunden zwischen 3 und 15 % ihrer Geschäftsfälle über FiftyOne ab. 1999 von Yuval Tal, heute CEO von Payoneer, gegründet, war das Unternehmen in seinen ersten sieben Jahren unter dem Namen e4X bekannt. Es ermöglichte Handelsunternehmen die einfache Umrechnung von Fremdwährungen. 2007 begann die Firma schließlich rapide zu wachsen, als „... uns klar wurde, dass internationale Händler mehr zu bewältigen haben, als nur die Umrechnung von Währungen. Wir fragten nach, was sie noch benötigen würden und realisierten bald, dass wir hier ein wichtiges Service entwickeln konnten.“, so DeSimone.

Mehr als 80 % aller Online-Konsumenten leben außerhalb der USA. Diese Erkenntnis hatten natürlich auch noch andere Firmen, nicht nur FiftyOne. Schon jetzt ist der Export-Service Markt umkämpft. Doch die Kundenliste von FiftyOne lässt sich sehen: Sears, Macy's, Bloomingdales und viele andere mehr sind dort zu finden. Für den Konsumenten selbst bleibt unterm Strich vor allem eines: die positive Möglichkeit, endlich auch jene Produkte, die lange Zeit kaum oder gar nicht erhältlich waren, bequem von zu Hause aus erwerben zu können. Ohne lange Flugzeiten und ohne Reisestress

Quelle: ISRAEL21

Übersetzung: Karin Fasching-Kuales

Frauen in Israel stark benachteiligt

Israel belegt bei der diesjährigen Studie des Weltwirtschaftsforums (WEF)

zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen in 134 Ländern Platz 52. Damit rutschte der jüdische Staat von Platz 45 im Jahr 2009 ab. Dem Bericht zufolge gibt es in Israel vor allem bei der Bildung und der Gesundheit enorme Nachteile für Frauen.

Die größten Chancen auf Gleichstellung haben Frauen in Nordeuropa. Island liegt hier an erster Stelle, gefolgt von Norwegen, Finnland und Schweden. Deutschland verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um einen Platz und belegt Rang 13, die USA landeten an 19. Stelle, Schlusslicht ist der Jemen. Österreich belegte Platz 37 – hinter Uganda (33), Moldawien, Lettland und den Bahamas.

Der "Global Gender Gap Report" des WEF misst das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern in den vier Bereichen wirtschaftliche Partizipation und Chancengleichheit, Bildungsniveau, politische Teilhabe sowie Gesundheit und Lebenserwartung.

IWF prognostiziert israelischer Wirtschaft Wachstum von 4,2%

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt das Wachstum des israelischen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2010 auf 4,2%; das sind 3,4% mehr als im Vorjahr. Diese optimistische Prognose ist im zweijährigen World Economic Outlook Report enthalten, die der IWF kürzlich veröffentlichte. Die IWF-Prognose liegt um 0,2% höher als die der Bank of Israel, die ihre letzte Prognose vom April im September bereits um 0,3% erhöht hatte. Israels IWF-Wachstumsprognose liegt beträchtlich höher als die der meisten anderen entwickelten Volkswirtschaften. So werden Deutschland ein Wachstum von 3,3%, Frankreich eines von 1,6%, Italien eines von 1%, Großbritannien eines von 1,7%, der Schweiz eines von 2,9%, den Niederlanden eines von 1,8%, den USA eines von 2,6% und Kanada eines von 3,1% vorhergesagt.

Globes, 06.10.10

Israelischer Unternehmer erhält „Business for Peace Award“

Der israelische Unternehmer Stef Wertheimer wird den diesjährigen „Oslo Business for Peace Award“ erhalten.

Die Auszeichnung gilt als angesehenste im Bereich der Unternehmerführung.

Wertheimer erhält den Preis für die Ermutigung, die er jungen Israelis und Palästinensern beim Eintritt in das produzierende Gewerbe zuteil werden lässt. Der 84-Jährige ist unter anderem Gründer und Ehrenvorsitzender des Unternehmens „Blades Technology“ in Naharija. In der Firma arbeite eine integrierte Belegschaft von Arabern, Juden und Christen miteinander, heißt es in einer Mitteilung der Sponsoren des Preises, der „Business for Peace Foundation“ und der „Internationalen Handelskammer“ (ICC). Wertheimer glaube zudem an die Bedeutung der Qualität der technischen Ausbildung, als Grundlage für eine bessere Gesellschaft. Zu diesem Zweck habe er ein Programm initiiert, bei dem Juden und Araber in Intensivkursen für das Unternehmertum zusammengeführt würden.

Neben Wertheimer erhalten sechs weitere Unternehmer den Preis, sie stammen aus Indien, Großbritannien, Malaysia, Nigeria, Mexiko und den USA. Die Verleihung findet am 18. Oktober in Oslo statt.

Der „Oslo Business for Peace Award“ wurde erstmals 2009 verliehen. Mit ihm werden Wirtschaftsführer geehrt, deren Tätigkeiten einen herausragenden Beitrag zur Förderung des ethischen Verhaltens und des Friedens leisten.

Wertheimer war im Jahr 2008 bereits mit der Buber-Rosenzweig-Medaille des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit geehrt worden. Die Auszeichnung wird für Bemühungen um die Verständigung zwischen Christen und Juden vergeben.

Israel und Indien bereiten Freihandelsabkommen vor

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und Indien stehen vor einer signifikanten Aufwertung. So haben sich Israels Finanzminister Yuval Steinitz und sein indischer Amtskollege Pranab Mukherjee in Washington darauf geeinigt, mit der Vorarbeit für ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Ländern beginnen zu wollen.

Steinitz und Mukherjee vereinbarten, dass die Gespräche über die Unterzeichnung eines Finanzprotokolls zur

Förderung des Handels zwischen beiden Staaten im November beginnen solle und eine große israelische Wirtschaftsdelegation unter der Führung von Steinitz Anfang 2011 Indien besuchen werde.

Indiens Handelsminister Jyotiraditya Madhavrao Scindia hatte seinen israelischen Amtskollegen Biynamin Ben-Eliezer im Februar darüber informiert, dass Indiens Ministerpräsident Manmohan Singh Israels Vorschlag zu einem Freihandelsabkommen angenommen habe.

Steinitz sagte in Washington: „Israel kann sich nicht nur auf die Märkte in den USA und in Europa stützen. Wir müssen auch nach Osten blicken, vor allem nach Indien und China. Ich bin interessiert an einer engeren Verbindung zwischen Indien und Israel, ähnlich den wirtschaftlichen Verbindungen, die wir mit den USA und Europa haben.“

Der Handel zwischen Indien und Israel belief sich 2009 auf umgerechnet etwa 2.15 Mrd. Euro. Globes,10.10.10



Yahoo kauft israelisches Startup

Der Internetriese Yahoo hat beschlossen, für umgerechnet etwa 35 Mio Euro das israelische Startup-Unternehmen Dapper zu erwerben. Die Geschäftsräume von Dapper in Tel Aviv sollen zu einem neuen Yahoo-Entwicklungszentrum in Israel werden. Yahoo betreibt bereits ein Entwicklungszentrum in Haifa.

Dapper wurde 2006 von Eran Shir und Jon Aizen gegründet und hat umgerechnet gut 7 Mio Euro von verschiedenen Investoren eingeworben. Das Unternehmen hat eine Technologie zur automatischen Content-Identifizierung von Websites entwickelt, was Entwicklern ermöglicht, verschiedene Anwendungen zu schaffen, die dem Content entsprechen.

Derzeit beschäftigt die Firma 35 Mitarbeiter; bald werden es aber wohl noch mehr werden. „Ich denke, wir werden eine wundervolle Reise mit Yahoo haben“, sagt Shir. „In der ersten Phase werden wir in denselben Büroräumen bleiben, bis wir größere Räumlichkeiten finden, die dem Wachstum, das wir planen, entsprechen.“ Yedioth Ahronot

Deutlich mehr Avocados – Guter Start für Pomelo-Saison

Trotz der in diesem Jahr alternierenden Ernte bei Avocados, werden die Volumina aus Israel in dieser Saison nicht nennenswert zurückgehen. Gleichzeitig gab Mehadrin Tnuport Export bekannt, dass das Unternehmen bis zu 6.000 t mehr Avocados zur Vermarktung verfügbar hat.

So kämen in diesem Jahr zu den Volumina aus eigener Produktion zusätzliche Avocado-Mengen von Produzenten, die ihre Ware in diesem Jahr erstmals über MTEX vermarkten, hinzu, sagte Oron Ziv, Geschäftsführer von Mehadrin Tnuport Export (MTEX) in Barendrecht gegenüber dem Fruchthandel Magazin. Die ungewöhnlich hohen Temperaturen im Sommer haben die Produktion nicht beeinträchtigt, sondern nach Angaben von Ziv lediglich zu einer leichten Verzögerung von wenigen Tagen geführt. „Der Markt ist derzeit sehr aufnahmebereit. Die Nachfrage ist dementsprechend hoch und die Preise zufrieden stellend.“ Für Pomeles aus Israel ist der Anfang der Saison in diesem Jahr positiver verlaufen, als vor dem Hintergrund der steigenden Konkurrenz aus China zunächst erwartet wurde. „Israelische Pomeles kommen in der Regel rund 14 Tage früher auf den europäischen Markt und werden erst Mitte September von den ersten Volumina aus China verdrängt“, erläuterte Ziv. In diesem Jahr hingegen kämen erst jetzt nennenswerte Mengen aus Fernost auf den deutschen Markt. „Damit war das Vermarktungsfenster für Pomeles aus Israel in dieser Saison deutlich länger.“ ric



Hitze verursacht Mangel an Molkereiprodukten

Die extreme Hitze im August hat bewirkt, dass die Produktivität der Milchkühe in Israel um 10-15% zurückgegangen ist. Nach den Hohen Feiertagen standen die Kühlregale in israelischen Supermärkten zeitweilig leer, da die Molkereifirmen wegen des Milchmangels momentan bis zu 20% weniger Milchprodukte herstellen. Jeden Sommer sinkt die produzierte Milchmenge in Israel. Dieses Jahr ist der Rückgang so stark, dass Milchpulver aus den USA importiert werden musste.

Krebs bekämpfen ohne Auswirkungen auf gesunde Zellen



Krebszellen direkt bekämpfen

Einer der größten Vorteile dieser molekularen Diagnosemethode ist jedoch die Vermeidung invasiver Eingriffe - es müssen keine Gewebeprobe entnommen werden. Aber auch in der Therapie selbst kann so ein großer Fortschritt erzielt werden: Die Moleküle, welche in die Krebszellen injiziert werden, um diese erkennen zu können, werden mit therapeutischen Stoffen geladen und bekämpfen die Krebszellen direkt.

Wenn dieser Ansatz sich als erfolgreich erweist, könnte dies dramatische Auswirkungen auf die Effektivität der Krebstherapie haben – Dosierung und Nebenwirkungen von Chemotherapien würden endlich auf ein Minimum reduziert. Mit den klinischen Studien will Aposense in 12 bis 18 Monaten beginnen, doch schon jetzt sind signifikante Erfolge der neuen Technologie zu erkennen.

Aposense beschäftigt 25 Mitarbeiter, der Wert des Unternehmens liegt derzeit bei US\$ 238 Mio. und ist nun noch attraktiver für Investoren. Denn, so Asheri, eine Technologie mit solch einem Potenzial kann einen weltweiten Marktwert von bis zu US\$ 3 Mrd. bekommen.

Eine neue, auf molekularer Ebene basierende Technologie aus Israel spürt Krebszellen auf und bekämpft sie, ohne gesunde Zellen zu verletzen.

Die meisten Krankheiten beginnen auf die gleiche Art: mit dem Zelltod, Apoptose genannt. Während sich die meisten anderen bildgebenden Verfahren darauf konzentrieren, Missbildungen von Organen aufzuzeigen, entwickelte das israelische Pharmaunternehmen *Aposense* eine Technologie zur molekularen Darstellung von Apoptose direkt in den Zellen und somit in der frühesten Phase einer Erkrankung. Das hat viele Vorteile, denn so können Krankheiten erkannt werden, noch bevor sich die ersten Symptome manifestieren. Der tägliche Fortschritt einer Krebsbehandlung wird dokumentiert und erlaubt die Bekämpfung der Krebszellen via Injektion, ohne dabei gesunde Zellen anzugreifen. Überdies beugt die neue Technik der Notwendigkeit invasiver Eingriffe vor.

Aposense wurde 1997 durch den Neurologen *Ilan Ziv* gegründet, wird heute von *Eli Horovitz*, dem früheren CEO von Teva Pharmaceuticals, geleitet und verzeichnet sowohl diagnostische als auch therapeutische Erfolge. „Die Technologie nützt eine Verbindung von kleinen Molekülen, die nach der Injektion in den Körper jene Zellen identifizieren, welche sich im Stadium der Apoptose befinden.“, erklärt Aposense-CEO *Yoram Asheri*. „Durch die Ladung dieser Moleküle kann der PET-Scanner die entsprechenden Zellen identifizieren. An anderer Stelle sind diese Zellen mit einer therapeutischen Funktion ausgestattet.“

Jeder Mensch reagiert anders auf eine Krebsbehandlung und genau deshalb ist es die Aufgabe eines Onkologen die richtige Therapieart für jeden Patienten zu finden. „Eines der größten Probleme der Onkologie ist, dass es Monate dauert bis sich die Reaktion des Körpers auf die Behandlung zeigt.“ so Asheri. „Zur Zeit verlässt man sich lediglich auf anatomische Abbildungen, um die Größe des Tumors zu erkennen. Im Gegensatz dazu zeigt eine molekulare Darstellungsform schon in einem sehr frühen Stadium Ergebnisse an – innerhalb von einem Tag oder einer Woche. Das ist weitaus mehr, als irgendein heute verwendetes Diagnoseverfahren jemals leisten könnte.“

Doch wenn die Mediziner schon bald nach Behandlungsbeginn wissen, ob die Therapie anschlägt, sei es möglich, diese praktisch auf den Patienten „zuschneiden“ und personalisierte Behandlungsformen zu entwickeln, erklärt Asheri.

So wurde in einigen klinischen Versuchsreihen im Rabin Medical Center in Petah Tikva bei Patienten mit Hirntumoren die neue Aposense Diagnose-Technologie angewendet und die Veränderung des Tumors mit 90%iger Genauigkeit vorhergesagt.



Israel wird ECDC-Mitglied

Israel wird in das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) aufgenommen, eine Behörde der Europäischen Union. Darüber verständigten sich nach einem Jahrzehnt der Verhandlungen EU-Gesundheitskommissar *John Dalli* und Israels stellvertretender Gesundheitsminister *Yaakov Litzman* bei einem Treffen in Brüssel.

Durch den Beitritt zum ECDC wird sich die Kooperation zwischen Israel und der EU in den meisten Bereichen der Gesundheitspolitik intensivieren. In Israel betonte man, der ECDC-Beitritt sei eine außergewöhnliche Errungenschaft.

Zwei Israelis erhalten US-Wissenschaftspreis

Zwei israelische Physiker gehören zu den zehn Gewinnern der diesjährigen *National Medal of Science*. Die renommierte Auszeichnung wird Mitte November von US-Präsident Barack Obama im Weißen Haus verliehen. Bei den beiden aus Israel stammenden Preisträgern handelt es sich um *Yakir Aharonov* und *Amnon Yariv*. Der 78-jährige Aharonov lehrt an der Chapman University im kalifornischen Orange County. Er erhält die Auszeichnung für seine Arbeiten zur Quantenphysik (Aharonov-Bohm-Effekt), die ihn zu einer der einflussreichsten Figuren der modernen Physik gemacht haben. Prof. Yariv arbeitet am California Institute for Technology (CalTech). Er erhielt die Auszeichnung für seine Beiträge zur Photonik und zur Quantenelektronik, die die Lichtwellenkommunikation und das Feld der Optik als Ganzes stark beeinflusst haben.

Sterbende Zellen identifizieren.

Von der diagnostischen Seite her ist die Technologie von Aposense auch für viele andere Krankheiten einsetzbar. Bei der Krebsbehandlung, wo der Tod der befallenen Zellen das Ziel ist, werden mit der Aposense-Technologie gute und vor allem schnelle Erfolge erzielt.

Zu oft waren die Resultate herkömmlicher Krebstherapien erst nach Monaten erkennbar, wenn der Gesundheitszustand des Patienten längst keine Änderung des Therapieansatzes mehr erlaubte.

Tumore bekämpfen ohne schädliche Strahlung

Eine von israelischen Wissenschaftlern entwickelte neue auf Nanopartikeln basierende Krebstherapie könnte bald die traditionelle Strahlentherapie ersetzen. So könnten auch deren massive Nebenwirkungen bald der Vergangenheit angehören, glaubt Prof. Israel Gannot von der Universität Tel Aviv. Bei seinem neuen Therapieansatz werden die Tumorzellen durch Hitze einwirkung zerstört, die gesunden Zellen in der Umgebung aber bleiben intakt.

In der traditionellen Krebsbekämpfung ist die Strahlentherapie heute kaum noch wegzudenken. Doch ihre schwerwiegenden Nebenwirkungen fügen den Patienten oft großes Leid zu. Sowohl kranke als auch gesunde Zellen werden durch die Strahlung zerstört, das führt zu Haarausfall, schwerer Übelkeit, Erschöpfung, Hautirritationen und einer verringerten Anzahl weißer Blutkörperchen. Prof. Gannot verwendet stattdessen eine spezielle Mischung aus Nanopartikeln und Antikörpern, um den Tumor zu lokalisieren und ihn direkt zu bekämpfen.

Den Krebszellen wird es zu heiß

Der Therapiecocktail wird durch gezielte Injektionen direkt in das geschädigte Gewebe oder in den Blutkreislauf in den Körper eingebracht.

„Sobald die Nanopartikel am Tumor andocken, aktivieren wir sie durch ein externes Magnetfeld. Danach erzeugen sie eine lokal wirkende Erwärmung.“, erklärt Gannot. Durch diese direkte Hitzeentwicklung werden die Tumorzellen erfolgreich abgetötet. Nach Beendigung der Therapie scheidet der Körper die Nanopartikel auf natürlichem Weg und mit minimalen Nebeneffekten wieder aus.

Bisher hat sich der neue Ansatz vor allem bei epithelialen Krebsarten bewährt. Diese können an beinahe jeder Körperstelle auftreten, z. B. in Lunge oder Brust. In einem speziellen Feedback-Prozedere, das ebenfalls im Labor von Gannot entwickelt wurde, kann die Behandlung sogar für die individuelle Anwendung optimiert werden. Laut Gannot kann die Methode aber auf fast jede Art von Tumor angewendet werden, insofern seine spezifischen Marker und seine Antikörper identifiziert werden können.

Der Patient erholt sich zu Hause

Doch diese Therapieform ist nicht nur minimalinvasiv, so Gannot, sondern vor allem auch schnell und effizient. Der gesamte Behandlungsprozess nimmt lediglich sechs Stunden in Anspruch und kann ambulant durchgeführt werden. Der Patient kann sich also gleich danach in seinem eigenen Zuhause erholen.

Natürlich steckt die neue Methode noch in den Kinderschuhen. Derzeit arbeiten Gannot und sein Team mit Zelllinien, ex vivo Geweben und Gewebenachbildungen, planen aber, bald mit den in vivo Experimenten, als der Verwendung von Lebendgewebe, zu beginnen. Wenn die klinischen Langzeitstudien sich aber als erfolgreich herausstellen, könnte die neue Technologie eine Revolution in der Krebsbehandlung bedeuten.

Quelle: ISRAEL21

Übersetzung: Karin Fasching-Kuales



"Visit-TLV" – Gratis iPhone-App

Die Tel Aviv-Jaffa Tourismusvereinigung hat kürzlich das "Visit-TLV"-Programm auf den Markt gebracht; ein Reiseführer für Tel Aviv-Jaffa in Form einer iPhone-Applikation. Die Anwendung kann gratis heruntergeladen werden und ist die erste ihrer Art für eine Stadt oder Tourismusregion in Israel.

Der *Tel Aviv-Jaffa Guide* versorgt Touristen und Besucher mit Bildmaterial und genauen Beschreibungen der beliebtesten Attraktionen Tel Aviv-Jaffas, inkl. Museen, Stadttouren, Restaurants und Bars, Sehenswürdigkeiten und Hotels. Der Guide stellt die Highlights der Stadt vor und bietet Reisenden Informationen und Kontaktmöglichkeiten.

Gleichzeitig kann man Wegbeschreibungen via Google Maps abfragen und Freunde per Email über Veranstaltungen und Treffpunkte informieren. Besucher können „Visit-TLV“ auch nach bestimmten Kategorien durchsuchen.

Gratis Download von „Visit-TLV“ für Ihr iPhone: <http://itunes.apple.com/us/app/visitlv-tel-aviv-jaffa-official/id369672808?mt=8>

Erfolg bei Osteoporose- Forschung

Wissenschaftler der Hebräischen Universität haben eine Gruppe von Substanzen entdeckt, die eine Schlüsselrolle bei der Kontrolle der Knochendichte spielen, und auf dieser Grundlage mit der Entwicklung eines Medikaments zur Verhinderung und Behandlung von Osteoporose und anderen Knochenkrankheiten begonnen.

Die Ergebnisse der Forschergruppe um Prof. Itai Bab und Prof. Raphael Mechoulam wurden in der US-amerikanischen Zeitschrift PNAS (Proceedings of the National Academy of Sciences) veröffentlicht.

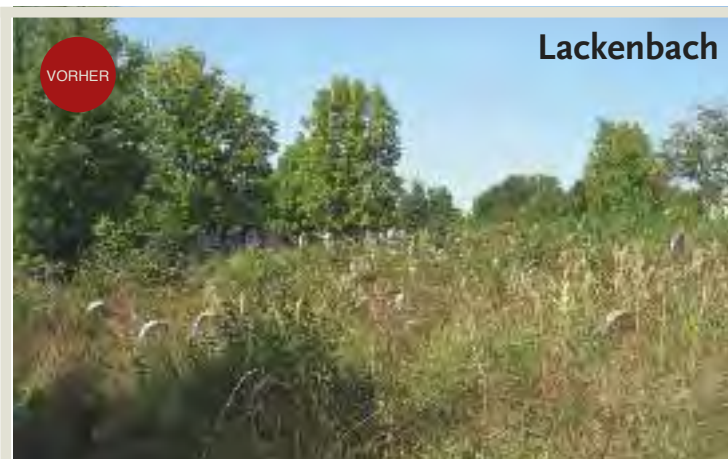
Osteoporose ist die am weitesten verbreitete degenerative Krankheit in der westlichen Welt. Sie äußert sich im Verlust an Knochenmasse und in der Schwächung der Knochenstruktur, was zu häufigen Knochenbrüchen, Behinderungen und sogar zum Tod führen kann. Grund dafür ist eine interne Zerstörung des Knochengewebes. Mit zunehmendem Alter wird die Menge an Knochengewebe, das verloren geht, größer als die, die geschaffen wird, was zum Rückgang der Knochendichte führt.

Die Jerusalemer Wissenschaftler fanden heraus, dass die Knochenzellen eine Reihe von Substanzen produzieren, die aus Fettsäuren und Aminosäuren namens „Acylamiden“ bestehen. Dann analysierten sie deren exakte chemische Zusammensetzung, kreierte synthetische Versionen von ihnen und prüften den Effekt auf die Knochenzellkulturen.

In Versuchen mit Mäusen fanden sie sodann heraus, dass eine der Komponenten in der Gruppe der synthetischen Materialien, Oleoylserin, die Knochendichte sowohl bei gesunden als auch osteoporotischen Mäusen steigerte. Dabei stellten sie auch fest, dass die osteoporotischen Mäuse in der Tat über kein Oleoylserin in ihren Knochen verfügten. Diese Befunde, so die Forscher, können als Grundlage für neue Medikamente dienen, die sowohl Knochenchwund verhindern als auch Knochenbildung verstärken und somit den Verlust an Knochengewebe bei Osteoporose-Patienten rückgängig machen können.

Hebr. Universität Jerusalem, 04.10.10

Erinnerungszeichen gesetzt –



Die jüdischen Friedhöfe „sind Zeugen einer ehemals blühenden jüdischen Kultur im Burgenland“, betont Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) gegenüber der „Gemeinde“. „Und wir haben aufgrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung, die Erinnerung wach zu halten.“ Ins Leben gerufen wurde daher das Projekt „Erinnerungszeichen“.

Von Alexia Weiss

Die Initiative setzt an zwei Enden an: am einen steht die Instandsetzung der insgesamt 14 jüdischen Friedhöfe im Burgenland – am anderen das Vermitteln des jüdischen Erbes der Region an die Jugend. Im vergangenen Schuljahr arbeiteten Schüler der Neuen Mittelschule Zurndorf zur Historie des Ortes Gattendorf, der einen der Friedhöfe beherbergt. In diesem Schuljahr sind Projekte mit dem Gymnasium und der Handelsakademie Oberpullendorf, der HAK sowie der Neuen Mittelschule Frauenkirchen sowie der Neuen Mittelschule Kobersdorf geplant.

Jede Schule geht dabei ihren eigenen Weg: Gespräche mit Zeitzeugen, Filmvorführungen, Museumsbesuche, Archivworkshops werden von den Lehrern organisiert, immer mit Unterstützung der Abteilung für Kultur, Wissenschaft und Archiv des Landes Burgenland. „Schon als Bürgermeister von Frauenkirchen habe ich Jugendprojekte im Zusammenhang mit dem jüdischen Friedhof in Frauenkirchen unterstützt“, erzählt Niessl. „Ich halte es für ganz wichtig, dass junge Menschen für die jüdische Geschichte und Kultur sensibilisiert werden.“

In Zukunft können Schüler auch bereits einige der jüdischen Friedhöfe im Burgenland ohne Gefahr besuchen. Denn im Rahmen des Pilotprojekts „Aktion 4000“ wurde im Frühjahr und Sommer mit der Sanierung der Areale begonnen. Partner sind dabei die burgenländische Landesregierung, das Arbeitmarktservice, die Firma Trendwerk, der Verein RE.F.U.G.I.U.S. und die Israelitische Kultusgemeinde. Konkret werden Langzeitarbeitslose dazu herangezogen, die Friedhöfe so herzurichten, dass die weitere Pflege –

etwa das Mähen des Grases – in Zukunft ohne Schwierigkeiten von den betreffenden Gemeinden übernommen werden kann.

Dieter Szorger ist Referatsleiter für den Bereich Wissenschaft und Bildung des Landes Burgenland. Er übernahm einen Großteil der Projektorganisation, half mit, ein Finanzierungskonzept aufzustellen, bemühte sich bei der Straßenbauabteilung des Landes um das nötige Equipment. Das Washingtoner Abkommen von 2001 sah vor, dass Österreich sich um die Sanierung der jüdischen Friedhöfe kümmert. Allerdings sind viele Gemeinden nicht in der finanziellen Lage, für die Kosten aufzukommen.

Es sind schwere Arbeiten, die hier anstehen: Wege begradigen, Bäume wegschneiden, Geröll beseitigen. „Das sind die Dinge, die viel Geld kosten“, so Szorger. Gemeinsam hat man nun allerdings einen Weg gefunden: mit Unterstützung des AMS, das einen Teil der Kosten für den Einsatz von Langzeitarbeitslosen übernahm, wird die Sanierung vom Land Burgenland und der

- und es sollen weitere folgen



Kultusgemeinde finanziert.

Abgewickelt wird das Projekt vom Verein RE.F.U.G.I.U.S. („Rechnitzer Flüchtlings- Und GedenkInitiative Und Stiftung“), der seit vielen Jahren Erinnerungsarbeit in Rechnitz leistet, wo die Nationalsozialisten im März 1945 180 ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter ermordet hatten. Seitens des Vereins zeichnet hier *Horst Horvath* verantwortlich. Er war Mitbegründer der „Aktion 8000“ der achtziger Jahre, die Langzeitarbeitslosen half, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. „*Damals haben wir mit diesen Konzepten begonnen.*“

Eva Schwarzmayer ist sowohl bei RE.-F.U.G.I.U.S. aktiv als auch bei Trendwerk für das Projekt „Erinnerungszeichen“ verantwortlich. *Trendwerk* bemüht sich Personen, die bereits lange nicht mehr erwerbstätig waren, Arbeit zu verschaffen. „*Die Menschen, die zu uns kommen, sind ganz normale Leute, die aus irgendeinem Grund keinen Job haben.*“ Im Burgenland ist beispielsweise Mobilität ein großes Thema, sagt *Szorger*. Wer kein Auto hat, findet sehr schwer

Beschäftigung. Zugs- und Busverbindungen sind oft so gestaltet, dass ein Erreichen eines Arbeitsplatzes nicht möglich ist.

Fünf Männer wurden im vergangenen Frühjahr gemeinsam vom Land Burgenland, Trendwerk und der IKG ausgesucht. „*Es waren tüchtige, fleißige Männer*“, betont *Schwarzmayer* und auch *Szorger* sowie *Martin Eck* und *Christine Pajer* von der Immobilien-Abteilung der IKG sind voll des Lobes. „*Die Leute haben sich sehr engagiert*“, betont *Eck*. Zwei der fünf haben nach Ende der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme bereits einen neuen Job gefunden, ein weiterer hat eine Stelle in Aussicht, freut sich *Schwarzmayer*.

Und sie freut sich auch darüber, „*dass sich die Männer im Zug ihrer Arbeit mit jüdischer Kultur und Geschichte auseinandersetzen wollten. Sie sind zu mir gekommen und haben um Informationen gebeten. Ich habe ihnen dann Bücher und CD-Roms gebracht. Sie wollten wissen, wie das ist mit den jüdischen Friedhöfen und warum das nun so hier aussieht.*“

Die fünf Männer haben dieses Jahr die Friedhöfe in Lackenbach und Kobersdorf wieder auf Vordermann gebracht. Im nächsten Frühjahr sollen weitere Friedhöfe in Angriff genommen werden, sagt *Eck*, der auch den Gemeinden Rosen streut. Diese hätten die Arbeiter nach Kräften unterstützt, etwa durch das Zurverfügungstellen eines Waschraums, einer Toilette, von Trinkwasser, kleinem Arbeitsgerät.

Ein Projekt, das auch in anderen Bundesländern Schule machen könnte? Keiner der Beteiligten will hier den übrigen Ländern die Rute ins Fenster stellen. Und so meint auch Landeshauptmann *Niessl*, „*es ist nicht üblich und auch nicht meine Art, anderen Bundesländern Empfehlungen oder Ratschläge zu erteilen.*“ *Niessl* ergänzt allerdings: „*Ich kann aber sagen, dass wir mit dem Projekt Erinnerungszeichen sehr positive Erfahrungen gemacht haben. Es sollte jeder ein Interesse daran haben, dass die verbliebenen Zeichen jüdischer Kultur erhalten bleiben.*“

Neue Jeschiwa für Rückkehrer zum Judentum

In der Leopoldstadt hat **Rabbiner Sender Garber** eine Jeschiwa eröffnet, die all jene ab 20 ansprechen will, die zum Judentum zurückfinden möchten. Aber auch für junge Männer, die sich auf eine Jeschiwa im Ausland vorbereiten möchten, ist hier Platz. Willkommen im **Beit Midrasch Elijon**.

VON ALEXIA WEISS

Die Wände sind frisch gestrichen, die Räume Dank einer Möbelspende modern eingerichtet. Die Bücher im Regal stammen vom verstorbenen **Chaim Schlaff** – die Söhne haben sie freundlicherweise der neuen Jeschiwa zur Verfügung gestellt, erzählt **Rabbiner Sender Garber** und dankt auch gleich dem Besitzer des Supermarkts Kosherland, der die freundlichen und lichtdurchfluteten Räumlichkeiten entgeltlos zur Verfügung stellt.

Seit August ist Beit Midrasch Elijon nun schon geöffnet „und wir hatten einen unerwartet guten Start“, freut sich **Rabbiner Garber**. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen, die dem Judentum nicht mehr sehr nahe stehen, zu helfen, ihre Identität zu finden und in die Religion zurückzufinden. Es ist also ein Haus für „Rückkehrer zum Judentum“.

Rabbiner Garber weiß dabei genau, wovon er spricht. Selbst in der ehemaligen Sowjetunion geboren und aufgewachsen, lernte er zwar schon dort über das Judentum und feierte auch Bar Mitzwa, tatsächlich zurück zum gelebten, orthodoxen Judentum fand er aber erst nach der Emigration 1990 nach Israel gemeinsam mit seiner Mutter.

2002 kam **Rabbiner Garber** nach Wien, um hier in einem Kollel zu lernen, einer Jeschiwa für verheiratete Männer. Es folgten Jahre in Deutschland, in denen er zunächst in Hamburg im Rahmen der **Lauder Foundation**, später im Süden des Landes mit jüdischer Jugend arbeitete, unterrichtete und als **Rabbiner** tätig war.

Doch sein Weg führte ihn auch wieder nach Wien: hier begründete er 2009 **Olami**, eine Initiative, im Rahmen derer er für jüdische Studenten, vornehmlich russischer Herkunft, eine jüdische Heimat schuf – mit abendlichen Vorträgen, gemeinsamem Gebet, gemeinsamen



Schabbat-Essen. Die Resonanz war groß, 30 bis 40 junge Menschen nutzten regelmäßig das **Olami**-Angebot.

Vor allem russische Studierende – einige von ihnen sind an der **Lauder Business School** eingeschrieben, viele aber auch an anderen Hochschulen – kamen zu **Olami**, das nahe des Stadttempels untergebracht war, erzählt **Rabbiner Garber**. Viele von ihnen hatten zuvor völlig säkular gelebt, auch die eine oder andere **Brit Mila** habe man durchgeführt.

Sie alle sind auch im neuen **Beit Midrasch Elijon** herzlich willkommen, wengleich **Rabbiner Garber** hier vor allem Menschen ansprechen will, die sich Zeit für ein ganztägiges Studium nehmen können. „Manche kommen für einen Monat oder zwei, manche für ein halbes Jahr.“ Diese Jeschiwa sei ideal, um zum Beispiel zwischen Studierenden und Start in die Berufstätigkeit etwas mehr übers Judentum zu erfahren. Doch auch schon berufstätige und verheiratete Männer seien gern gesehen, die nur ab und zu abends zum lernen und diskutieren kommen.

Einer von ihnen ist **Reuven Rennert**. „Ich hoffe, dass die Jeschiwa erfolgreich weitergeht“, sagt er, denn es sei eine so angenehme Atmosphäre, „wo Leute wie wir, also Leute, die heute orthodox sind, das aber nicht immer waren, gemeinsam lernen können“. Es sei ein unpolitischer Ort, betonen **Rabbiner Garber** und **Rennert**. Hier finde keine Etikettierung statt, hier seien schon alle **Rabbiner Wiens** zu Gast gewesen.

Von der Eröffnung im August bis Sukkot haben sich drei Lerngruppen gebildet. Auf Stufe eins studierten junge

Bitte um Spenden - Damit sich das Projekt **Beit Midrasch Elijon** so gut entwickelt, wie es begonnen hat, freut sich **Rabbiner Sender Garber** über Spenden.

Erste Bank
Konto Nr.: 29257844400 • BLZ: 20111

Männer, die schon **Schiurim** auf **Iwrit** verstehen, vielleicht sogar einmal auf eine Jeschiwa im Ausland gehen möchten. Hier erfolgt der Unterricht auf Hebräisch, 90 Prozent der Teilnehmer kommen allerdings ursprünglich aus **Russland**.

Stufe zwei ist für Menschen gedacht, die die Tora kennen und schon ein bisschen **Mitzwot** halten. Sie werden auf **Russisch** unterrichtet. **Russisch** ist auch die Unterrichtssprache auf Stufe drei: hier fangen junge Männer erst an, sich mit dem Judentum auseinanderzusetzen.

Die Leitung der neuen Jeschiwa hat **Rabbiner David Zucker** übernommen. **Rabbiner Garber** fährt jede zweite Woche nach **Bayreuth**, da er die dortige jüdische Gemeinde betreut. Er unterrichtet aber ebenso wie **Rabbiner Eljahu Levin** intensiv an der Jeschiwa. Nach einem weiteren **Rabbiner**, der das Team vorerst komplettieren soll, wird noch gesucht.

Wien hält **Rabbiner Garber** für den idealen Ort für dieses Projekt: hier stimme die Infrastruktur, anders als etwa in **Moskau** oder **Berlin**. Orthodoxe Familien finden hier leicht Anschluss, es gebe Schulen, Kindergärten, koschere Geschäfte und Restaurants. Und **Alleinstehende** würden stets herzlich am **Schabbat** eingeladen. „Außerdem ist

JÜDISCHE WELT • AUSLAND

Wien eine ruhige Stadt – und eine Stadt in Westeuropa“. Viele russische Juden würden sich gerade danach sehnen: nach einer Stadt im Westen.

Rabbiner Garber sieht seine Jeschiwa aber auch als möglichen Beitrag, zur Vergrößerung der jüdischen Gemeinde in Wien beizutragen. Studenten, etwa der Lauder Business School, die hier auch wieder zu ihrer jüdischen Identität finden, fänden es vielleicht auch attraktiv, ihr Berufsleben hier zu beginnen, ganz hier zu bleiben. Das seien dann gut qualifizierte junge Menschen. Und für die nötigen Deutschkenntnisse Sorge das Jüdische Berufliche Bildungszentrum (JBBZ) – auch ein Teil der guten Wiener Infrastruktur. Und eines Tages, kann sich Rabbiner Garber vorstellen, eines Tages wird an dieser Jeschiwa auch ein Semicha-Programm möglich sein, also die Ausbildung zum Rabbiner. •



Auf Vermittlung des *Koordinationsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit* lud der Präsident der jüdischen Kultusgemeinde in Arad (Rumänien) sowie Vorstandsmitglied des Bundes der jüdischen Gemeinden in Rumänien, *Ionel Schlesinger*, das Joseph Haydn Konservatorium ein, in der Synagoge von Arad ein Konzert zu geben.

Unter der Leitung von *Regina Himmelbauer* (*International Relations Coordinator*) fuhren sieben Studentinnen in die rumänische Stadt und erlebten dort die herzlichste Aufnahme. Im bestens besuchten Konzert Anfang Juli wurde eine Mischung von Werken von Komponisten des 19. Jahrhunderts und zeitgenössischen burgenländischen Komponisten präsentiert. Die Orgel von Anton Dangel & Sohn (1864) zählt zu den seltenen Beispielen dieses Instruments in einer Synagoge. Ihr sanfter, farbenreicher Klang ist die adäquate Umsetzung der feinen Architektur in Klang. RG

USA: Jüdische Gruppe auf Liste der israelfeindlichen Organisationen

Die ADL veröffentlichte eine Liste mit den zehn führenden Organisationen, die für die Verleumdung Israels in den Vereinigten Staaten verantwortlich seien. Darauf findet sich auch die „*Jüdische Stimme für Frieden*“ mit Sitz in Kalifornien. Sie protestiert seit 1996 gegen die US-Unterstützung für Israel, das sie der Apartheid bezichtigt. Auch ermutigt sie Firmen, die Beziehungen zum jüdischen Staat abzubrechen.

Die antiimperialistische Gruppe „*Handelt jetzt für ein Ende von Krieg und Rassismus*“ (ANSWER) wurde ebenfalls aufgelistet. Im Juli organisierte sie in Chicago eine Protestaktion mit 1.000 Teilnehmern. Sie verbrannten Flaggen mit Davidsternen und Hakenkreuzen. Die Demonstranten forderten die USA auf, die finanzielle Unterstützung für die „israelische Apartheid“ zu beenden.

Die „*Kampagne zur Beendigung der israelischen Besatzung*“ wendet sich ebenfalls gegen die amerikanische Hilfe für den jüdischen Staat.

Wie die Zeitung „*Jediot Aharonot*“ berichtet, hat die ADL auch die Organisation „*Al-Awda*“ in die Liste aufgenommen. Die größte pro-palästinensische Gruppe in den USA wurde wegen ihrer „*elektronischen Intifada*“ genannt – damit sind Versuche gemeint, an Auslandsreisen von Israelis zu verhindern. Zudem hat sie zu Boykotten gegen den jüdischen Staat aufgerufen.

Eine weitere Gruppe ist der nordamerikanische Zweig der christlichen arabischen „*Friends of Sabeel*“, deren Basis sich in Jerusalem befindet. Ferner wurde die Vereinigung „*Wenn die Amerikaner wüssten*“ aufgelistet, weil sie den Medien pro-israelische Einseitigkeit vorwirft.

Des Weiteren führt die ADL die „*Internationale Solidaritätsbewegung*“ (ISM) an. Sie hat die Bewegung „*Free Gaza*“ gestartet, die neben der türkischen IHH für die Flottille vom 31. Mai verantwortlich war. Bei deren Erstürmung durch die israelische Marine waren neun Türken zu Tode gekommen.

Hinzu kommt die größte muslimische Organisation in den USA, die „*Muslim American Society*“. Eine weitere Gruppe, die „*Studenten für Gerechtigkeit in Palästina*“, ist an 75 amerikanischen Universitäten präsent.

„Gruppen fördern Frieden nicht“

ADL-Direktor Abraham H. Foxman: „*Es gibt Hunderte Gruppen, die verschiedene Anti-Israel-Aktivitäten organisieren oder daran teilnehmen. Aber wir haben die größten und am besten organisierten anti-israelischen Gruppen identifiziert. Diese Gruppen fördern nicht den Frieden, sie verbreiten Propaganda, um gegen Israels Legitimität vorzugehen. Wir wollen, dass die Amerikaner wissen, wer diese Gruppen sind und wofür sie wirklich stehen, nämlich für eine Aberkennung des Existenzrechtes des jüdischen Staates. ... Diese Gruppen dämonisieren Israel durch verschiedene öffentliche Kampagnen. Ihre Botschaften sind einseitig und ziehen die Komplexität des israelisch-palästinensischen Konfliktes nicht in Betracht. Sie greifen Israel unfair an, während sie palästinensischen Terror und Hetze ignorieren. Sie legen an Israel einen anderen Standard an als an andere Länder und verurteilen es für eine Politik, die seine Bürger schützen soll.*“ imm

J-Street

Die linksorientierte, angeblich pro-israelische, jüdische amerikanische Lobbygruppe J-Street kommt aus den Skandalen nicht heraus. Zuerst wurde bekannt, dass einer der Hauptfinanziers der Gruppe der US-Milliardär *George Soros* ist (Ha'aretz/Washington Times), der zu den vehementen Kritikern des Jüdischen Staates zählt. Nun veröffentlichte die Washington Times Dokumente, die belegen, dass die Gruppe dabei behilflich war *Goldstone*, dem Verfasser des einseitigen und mit Fehlern überhäuftten Berichts über die Gaza Offensive, Termine bei Abgeordneten auf Capitol Hill zu machen (Weekly Standard, Ha'aretz). Der neu gegründete deutsche Ableger, JCall-Deutschland, mit dem europäische Juden ihre Stimme „*in Liebe zu Israel, im eigenen Interesse und mit dem Blick auf eine gerechte Lösung und des Nahostkonflikts*“ Verhör schaffen wollen, wählte den Verfasser des Buches „*Kritik des Zionismus*“ zu ihrem zweiten Vorsitzenden. Ob der deutsche Zweig der Gruppe in seiner „*Liebe zu Israel*“ genauso ehrlich über seine wahren Motive sein wird, wie sein US-Vorbild, bleibt abzuwarten. Hagalil/JTA

Panorama

Kurznachrichten aus der jüdischen Welt

Quelle: JTA/inn u.a.; Übersetzung: Karin Fasching-Kuales/Foto:©JTA u.a.



Ariel Sharon darf nach Hause

Der seit fünf Jahren im Koma liegende ehemalige israelische Premierminister Ariel Sharon, 82, wird nach Hause auf seine Ranch in der Negev verlegt. Am 6. Januar 2006 erlitt Sharon einen Gehirnschlag, der ihn in ein Koma versetzte, aus dem er bis heute nicht erwacht ist. Nun soll er versuchsweise das Sheba Medical Center in Tel Aviv verlassen und zurück in sein eigenes Haus gebracht werden. Wenn sich sein Gesundheitszustand dadurch nicht verschlechtert, kann er dort, mit der erforderlichen medizinischen Ausstattung, bleiben. Die Initiative für diesen Schritt war von Sharons Söhnen Gilad und Omri ausgegangen.

JCall nun auch in Deutschland

Die seit Mai bestehende europäisch-jüdische Lobbying-Vereinigung JCall, deren Motto „Israel braucht ebenso viel Unterstützung wie Kritik“ ist, ist nun auch mit einem Zweig in Deutschland vertreten. Der Berliner Rabbiner *Tovia Ben-Chorin* sowie *Micha Brumlik*, Professor aus Frankfurt/Main, gehören zum Vorsitzenden-Gremium. In seiner ersten offiziellen Wortmeldung forderte JCall Deutschland all jene, die an den derzeitigen Friedensverhandlungen beteiligt sind, auf „das Ziel stets im Auge zu behalten“. Vor allem solle Israel das Siedlungsbau-Moratorium weiterführen, um den Frieden nicht zu gefährden. „Wir sorgen uns um die Zukunft Israels in seiner kulturellen und moralischen Bedeutung für die Juden dieser Welt.“, so JCall in einem Statement.

Die Vereinigung will als Sprachrohr der konstruktiven Kritik verstanden werden, „voller Liebe zu Israel, in seinem eigenen Interesse und mit dem Ziel einer raschen Lösung des Nahostkonflikts im Auge“. Allerdings hat JCall seit seiner Gründung auch selbst Kritik erfahren. Der Europäisch-Jüdische Kongress warf JCall vor, lediglich eine Minderheitsmeinung zu repräsentieren. Aber es gab auch zahlreiche Unterstützer, wie den Historiker und Friedensaktivisten *Zeev Sternhell*, den ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland *Avi Primor* oder *Elie Barnavi*, einst Botschafter in Frankreich.

Israelische Soldaten verurteilt

Israelische Soldaten wurden von einem israelischen Gericht verurteilt, weil sie im Januar 2009 einen 11-Jährigen im Süden von Gaza Stadt gezwungen hatten, Taschen zu öffnen, in denen sie Bomben vermuteten. Die Nutzung menschlicher Schutzschilder ist durch das israelische Militärprotokoll verboten. Dies waren die ersten diesbezüglichen Verurteilungen.

Sportradio für Israel

Israel hat nun ein eigenes Sportradio: <http://israelsportsradio.com>. Das hauptsächlich auf Englisch übertragene Radioprogramm wird fünf Tage in der Woche acht Stunden lang gesendet. Ein breites Angebot an Sportarten und sowohl Profi- als auch Amateursport wird darin vertreten sein.

Jüdische Schule in Aserbaidschan

In Anwesenheit von Aserbaidschans Präsident *Ilhem Aliyev* und seiner Frau, Israels Oberrabbiner *Shlomo Amar* und 200 weiteren Gästen wurde in Baku die Chabad Or Avner Schule eingeweiht. Der Geschäftsmann *Lev Leviev*, Präsident der Föderation Jüdischer Vereinigungen in der ehemaligen Sowjetunion und der Or Avner Foundation, hatte gemeinsam mit anderen Philantropen die US\$ 10 Mio. für die Schule gespendet. Auf dem jüdischen Campus werden 400 Schüler unterrichtet, außerdem beinhaltet er ein Gemeindezentrum und sportliche Einrichtungen. In Aserbaidschan leben 8,7 Mio. Menschen, darunter etwa 12.000 Juden. Der Großteil der Bevölkerung besteht aus türkischen und schiitischen Moslems. In seiner Rede anlässlich der Eröffnung lobte Aliyev die jüdische Gemeinde seines Landes: „Seit Generationen zeigen sie uns, wie gut sie mit anderen auskommen. Diese Kinder sind stolz darauf, Juden zu sein und auch auf die Tatsache, dass sie Bürger von Aserbaidschan sind. Deshalb rufen wir alle Nationen dazu auf, ihre Minderheiten so zu behandeln, wie wir es tun – mit Respekt.“

Irene Rosenfeld Nr. 2 auf Forbes-Liste der mächtigsten Frauen

Kraft Foods Inc.-CEO *Irene Rosenfeld* und mehrere andere jüdische Frauen

stehen auf der diesjährigen Forbes-Liste der mächtigsten Frauen der Welt. *Rosenfeld* (Foto) belegt Platz 2, hinter US- First Lady *Michelle Obama* und vor *Oprah Winfrey* auf Platz 3. Ihr jährliches Einkommen beträgt US\$ 26,3 Mio.



Mary Schapiro belegt Platz 17, die Richterinnen *Elana Kagan* und *Ruth Bader Ginsburg* vom Obersten US-Gerichtshof Platz 25 und Platz 31, Schauspielerin *Sarah Jessica Parker* Platz 45, Finanzexpertin *Suze Orman* Platz 61, *Sheryl Sandberg* von Facebook Platz 66 und Modedesignerin *Donna Karan* Platz 96.

Original-Dokumente der Nürnberger Gesetze ausgestellt

Die Original-Dokumente der Nürnberger Gesetze werden im Nationalarchiv von Washington ausgestellt. Die wahrscheinlich letzte existierende Ausgabe der Dokumente wurde 1945 von US-Soldaten in einem Bankschließfach gefunden. Hitler selbst hatte jene Gesetze zur systematischen Auslöschung aller Juden in Nazi-Deutschland 1935 unterschrieben.

Bob Dylans Synagoge zu verkaufen

Jene Synagoge, in der Bob Dylan einst als Bobby Zimmerman seine Bar Mitzwah feierte, wird nun zum Verkauf angeboten. Das Gebäude, das damals die *Agudath Achim Synagoge* in Hibbing, Minn., beherbergte gehört seit 2001 Eric und Brenda Shafer-Pellinen. Sein Verkaufspreis beträgt US\$ 119.000,-.

Israel tanzt mit Pamela

Die 43-jährige US-Schauspielerin Pamela Anderson, bekannt aus der Fernsehserie „Baywatch“, wird als Gast-Jurorin bei der 6. Saison der israelischen Version von „Dancing Stars“ auftreten. Anderson selbst hatte in den USA bei „Dancing with the Stars“ den 6. Platz belegt. Ihre Kommentare werden mit hebräischen Untertiteln versehen sein.

Leg dich nicht mit den Affen an!

Israel errichtet einen Sicherheitszaun der ganz besonderen Art: Er soll israelische Familien vor Steine werfenden Schimpansen schützen! Die im Jerusalemer Bibel-Zoo lebenden Affen rea-

gieren auf Störungen mit aggressivem Verhalten und bewerfen die Zoobesucher mit Steinen. Dies zieht jedoch umso mehr Zuschauer an, was die Affen noch aggressiver machen. Nun errichtete der Zoo eine Glasbarriere und füllte den Graben, der die Affen von den Besuchern trennt auf. So können die Tiere ganz nahe an das Glas heran, um ihre menschlichen Beobachter selbst ganz genau in Augenschein zu nehmen.

Eizellen einfrieren für zukünftigen Kindersegen

Gesunden israelischen Frauen in den 30ern ist es nun möglich, 20 Stück ihrer körpereigenen Eizellen einzufrieren, um sie zu einem späteren Zeitpunkt für eine Befruchtung verwenden zu können. Bisher war diese Methode nur für jene Frauen ohne großen finanziellen Aufwand zugänglich, die sich bereits einer Fruchtbarkeitsbehandlung oder medizinischen Therapien unterzogen, welche möglicherweise ihre fruchtbaren Eizellen zerstörten, z. B. einer Chemotherapie. Das neue Gesetz erlaubt es israelischen Frauen aber ab sofort auch, als Eispenderinnen zu fungieren. So müssen Israelis nun auch nicht mehr im Ausland nach geeigneten Spenderinnen suchen.

Gabi, der Elefant, jetzt in der Türkei

Der berühmte israelische Elefant Gabi wurde nun gemeinsam mit zwei anderen Elefanten, Zebras, einem Nilpferd und einigen Lemuren aus dem Jerusalemer Bibel-Zoo und dem Ramat Gan Safari Park in die Türkei gebracht, um dort ab sofort im Zoo von Gaziantep, nahe der syrischen Grenze, ihr Dasein zu fristen. Am Verhältnis der beiden Staaten, das sich nach den Vorkommnissen um die Gaza-Flotte zusehends verschlechterte, ändert dies allerdings nichts und war auch nicht Auslöser für den Transfer. „Das hat nichts mit Politik zu tun.“, so Shmulik Yedvad vom Zoo in Jerusalem, der Gabi seit seiner Geburt 2005 betreute. „Zum Glück arbeiten hier alle zum Wohl der Tiere zusammen.“

iPhone 4 immer noch sehr teuer

In Israel muss weltweit der höchste Preis für das neue iPhone gezahlt werden. Ein entsperartes 16 Gigabyte iPhone 4 kostet in Israel etwa US\$ 1.100,-, während man in Großbritannien und Kanada „lediglich“ US\$ 700,- dafür bezahlen muss. Dieser Unterschied ist auf

verschiedene Faktoren zurückzuführen, u. a. die israelische Umsatzsteuer von 17% und das israelische Apple-Monopol der Firma *iDigital*. Das führt dazu, dass viele Israelis ihre Geräte auf eBay oder im Ausland beziehen.

Justin Bieber in Israel

Teenieschwarm Justin Bieber wird im kommenden Sommer bzw. im April in Israel auftreten. Sieben israelische Produzenten ringen nun darum den 16-jährigen Star in Israel betreuen zu dürfen. Die Kosten für Biebers Auftritt belaufen sich auf stolze US\$ 1,5 Mio, berichtet Yediot Achronot.



„Ramzor“ mit Emmy-Chancen

Die israelische Sitcom „Ramzor“ (hebr. für „Ampel“) über drei langjährige Freunde und deren Beziehungswirrwarr wurde für den Auslands-Emmy nominiert. Auch eine US-Version der Serie ist bereits geplant: Fox TV kaufte die Rechte zu und wird das Beziehungsgeplänkel unter dem Titel „Mixed Signals“ herausbringen. „Ramzor“ tritt in der Schlacht um den Emmy gegen Shows aus Thailand, Mexiko und Großbritannien an. Der Gewinner wird am 22. November in New York bekannt gegeben.

Teurer Stau

In Israel sind Staus nicht nur nervenaufreibend, sondern auch teuer. Laut einer Untersuchung des israelischen Finanzministeriums verliert die Wirtschaft des Landes dadurch jährlich mehr als US\$ 5,5 Mrd. Das hohe Stauaufkommen könnte u. a. daran liegen, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Berufsverkehr zwischen 1995 und 2008 um 20% gesunken ist. Privatautos werden demgegenüber um 15% mehr genutzt. So fand eine Studie der Vereinten Nationen 2007 heraus, dass Israel die überlastetsten Straßen aller westlichen Länder aufweist. Zwischen 2004 und 2008 stieg die Zahl der Autos, die täglich Tel Avivs Straßen befahren um 18% an, in Jerusalem waren es 16%. Ein Anstieg von 46% in Jerusalem zwischen 2015 und 2030 ist laut dem israelischen Verkehrsministerium nicht unwahrscheinlich.

Tel Aviv kündigte inzwischen an, ab 1. Januar 2011 LKWs zwischen 6 Uhr und 9 Uhr morgens von den Straßen verbannen zu wollen, um die Verkehrssituation zu entschärfen. In Jerusalem ist dies bereits der Fall.

Millionen-Subvention für Abraham Fund

Abraham Fund, eine Initiative zur israelisch-arabischen Völkerverständigung darf sich über eine Subvention von fast US\$ 1 Mio. von USAID (US Agency for International Development) freuen. Das Geld soll zur Förderung von Frieden und Versöhnung durch bilinguale und bikulturelle Bildungsprogramme verwendet werden. Das Beherrschen der beiden offiziellen Sprachen Israels – Hebräisch und Arabisch – soll den Jugendlichen eine bessere gegenseitige Kommunikation bei regelmäßigen Treffen ermöglichen. Kulturveranstaltungen, Seminare und Sprachförderung werden für beide Seiten das Schuljahr prägen. Etwa 1.600 arabische und jüdische Schüler nehmen an dem Projekt teil.

Stanley Fischer ist der Top-Banker des Jahres

Das Magazin *Euro money* wählte den Chef der Bank of Israel, *Stanley Fischer*, zum Top-Banker des Jahres. Seit mehr als 30 Jahren werden so die besten Banker und Finanzminister der Welt geehrt. Fischer habe Israels Wirtschaft erfolgreich durch die globale Finanzkrise geführt, so das Magazin.



Der gebürtige Rhodesier war von 1977 bis 1988 Professor am Massachusetts Institut für Technologie und arbeitete von 1988 bis 1990 als Vizepräsident für Wirtschaftsentwicklung und Chef-Ökonom bei der Weltbank. Seit 2005 ist er Chef der Bank of Israel

Rekordverdächtige Tourismus-Zahlen in Israel

Der israelische Tourismus erlebt in diesem Jahr ein absolutes Hoch. Seit Anfang 2010 besuchten etwa 2,5 Mio. Touristen das Heilige Land, das sind 9% mehr als 2008, das als Rekordjahr in Israels Tourismus-Geschichte einging. Im Jahr 2009 waren es sogar 27% weniger. Die Zahlen des Statistischen Zentralbüros zeigen, dass 22.3000 Reisende Israel mittels Kreuzfahrtschiffen besuchten, mehr als doppelt so viele wie 2009 und drei Mal mehr als 2008.

Israels Tourismusministerium wird bis Jahresende mehr als US\$ 19 Mio. in Marketingaktivitäten investieren.

Neuer Botschafter Israels bei UNO

Meron Reuven ist zum neuen Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen

ernannt worden, er übernimmt das Amt von der 68-jährigen Gabriela Shalev. Meron Reuven wurde in Südafrika geboren, in England erzogen und wanderte mit seiner Familie 1974 nach Israel ein. Er war vorher Israels Botschafter in Kolumbien.

PJ Bibliotheksprojekt kommt nach Israel

Das PJ Bibliotheksprojekt der amerikanischen Harold Grinspoon Foundation, das mehr als 100.000 jüdischen Kindern Bücher zu jüdischen Themen gratis zur Verfügung stellt, ist nun auch in Israel in größerem Umfang vertreten. Die israelische Regierung investiert US\$ 500.000 in das im Hebräischen „Sifriyat Pijama“ genannte Projekt und hilft somit dabei, etwa 40.000 benachteiligte Kinder mit kostenlosen Büchern zu versorgen.

Jüdischer Geschäftsmann hilft chilenischen Minenarbeitern

Jeder der 33 erst kürzlich geretteten chilenischen Minenarbeiter, die mehr als zwei Monate unter Tag ausharrten, erhielt von einem jüdisch-chilenischen Geschäftsmann einen Scheck über US\$ 10.000,-. Die Summe übersteigt teilweise das Jahreseinkommen der Arbeiter. *Leonardo Farkas* übergab das Geld an die Familien der Männer und stellte gleichzeitig einen zusätzlichen Fonds auf, der Spendengelder sammeln soll. Der bekannte chilenische Philantrop ist seit Jahren für behinderte Kinder aktiv. 2008 spendete er zu deren Gunsten US\$ 1,5 Mio. Er ist in verschiedenen Geschäftszweigen tätig, wobei Minenunternehmen einen Großteil ausmachen. Erst kürzlich hatte ein australischer Geschäftspartner Farkas geklagt, weil er große Summen an Firmengeldern für soziale Geldspenden verwendet hatte.

US-Geschäftsleute planen israelische Baseball-Liga

Der Milliardär *Jeffrey Rosen* und verschiedene andere US-Geschäftsleute besprachen mit Vertretern der israelischen Regierung die Möglichkeit, in Israel eine nationale Baseball-Liga zu etablieren. Auch die NY-Yankees unterstützen das Projekt, berichtet Ynet. Rosen gehört das israelische Basketballteam Maccabi Haifa. Bereits 2007 hatte es ähnliche Ambitionen gegeben.

Diese mussten jedoch nach Geldproblemen eingestellt werden. Baseball ist in Israel nicht annähernd so populär wie in den USA.

Seit Januar 2010: 165 Raketen und Mörsergranaten auf Israel

Bis 7.10.2010, wurden insgesamt 165 Raketen – 107 Kassam-Raketen und 7 Grad-Raketen – sowie 51 Mörsergranaten auf Israel aus dem Gazastreifen abgefeuert. September war der Monat mit dem häufigsten Beschuss, sowie der Monat mit den meisten Raketenangriffen seit April 2009. Das Jahr 2010 ist ohne Zweifel das bisher ruhigste Jahr für den Süden des Landes, der seit 2002 mehr als 1.100 Raketenangriffe einstecken musste.

Die Wiederbelebung der hebräischen Sprache

Der Prozeß der Wiederbelebung der hebräischen Sprache begann am 13. Oktober 1881, als *Elieser Ben-Jehuda* und seine Freunde sich einigten, untereinander nur noch Hebräisch zu sprechen. Daraus resultierte, dass diese Sprache, die als Muttersprache seit dem 2. Jh. d.Z nicht mehr gesprochen worden war, wieder zur nationalen Sprache des jüdischen Volkes wurde. Hebräisch wurde von den Juden über die Jahrhunderte hinweg nur bei den Gebeten und zum Lernen der heiligen Bücher genutzt, jedoch nicht als Umgangssprache.

Israelische Armee mit neuer Geheim-Waffe

Die israelische Armee setzt an der gefährlichen Nordgrenze zum Libanon eine neue Geheimwaffe ein: Löwenkot. Die Idee mit der neuen „Biowaffe“ sei mehreren Reservisten gekommen, so die Tageszeitung „Jediot Ahronot“. Sie seien es leid gewesen, in Ruhezeiten immer wieder von Alarmsirenen aus dem Schlaf gerissen zu werden, nur weil ein Wildschwein sich in die hochgesicherte Grenzzone verirrt habe. „Wildschweine auf der Suche nach Nahrung berühren immer wieder den Grenzzaun – und versetzten das ganze Militärsystem in Alarm“, sagte ein Soldat. Die Reservisten hätten daraufhin die Idee gehabt, die Schweine künftig mit Löwenkot fernzuhalten – ein bekanntes Mittel unter Landwirten zum Schutz ihrer Ernte vor freilebenden Tieren. Ein

Safari-Park bei Tel Aviv stellte den Soldaten mehrere Säcke Löwenkot zur Verfügung. Obwohl die Großkatzen schon seit ewigen Zeiten aus der Region verschwunden sind, scheint ihr Geruch tatsächlich immer noch abschreckende Wirkung zu haben.

Älteste Jüdin der Welt verstorben

Die älteste Jüdin der Welt, *Fannie Forman Buton*, starb vor kurzem im Alter von 111 Jahren in Philadelphia/Pennsylvania/USA. Sie wurde 1899 in Österreich geboren und wanderte im Jahr 1901 im Alter von 2 Jahren in die USA aus. Sie hinterlässt zwölf Enkel und 14 Großenkel.

Magisches Geburtsdatum

Eine Jüdin und eine Araberin haben an dem magischen Datum 10.10.10 in einem israelischen Krankenhaus kurz hintereinander Kinder zur Welt gebracht. Ynet berichtete, eine 30-Jährige aus Cäsarea habe genau um 10 Uhr ihr erstes Kind zur Welt gebracht, einen gesunden Jungen. Exakt zehn Minuten später wurde die Tochter einer Araberin aus der Stadt Baka al-Gharbia im Norden Israels geboren: Die Geburtsstunde des kleinen Mädchens, das vierte Kind ihrer Mutter, bildete eine einmalige Schnapszahl: 10.10 Uhr am 10.10.10.

Unternehmerin Sixt als „Weltbürger“ ausgezeichnet

Regine Sixt, Vizepräsidentin für Marketing der Mietwagenkette Sixt, wurde in Jerusalem mit der Auszeichnung „Weltbürger“ der Hilfsorganisation *Hadassah International** geehrt. Die Unternehmerin erhielt den Preis für ein Schulprojekt am Hadassah-Krankenhaus sowie für ihren Einsatz für schwer kranke Kinder. „Ich habe schon viele Auszeichnungen bekommen, aber das ist für mich die wichtigste. Ich bin die erste Frau und die erste Deutsche. Ich habe eine Schule in dem Hospital gebaut. Schwer kranke Kinder können aus dem Krankenbett online am Unterricht teilnehmen. Das gibt ihnen Hoffnung“, sagte Sixt.

* Humanitäre Organisation von Männern und Frauen aller Glaubensrichtungen und Nationalitäten, die die Hadassah Medical Organization in Jerusalem unterstützt.



EMOTIONALES TERRAIN

Jüdische Museen im Ländle und im Frankenland

So unterschiedlich die Museen, so unterschiedlich die Persönlichkeiten, die sie leiten und deren Positionen. Wien mit einer lebendigen jüdischen Gemeinde hat andere Aufgaben und Möglichkeiten als etwa Eisenstadt, das zwar noch eine Synagoge, aber kaum Juden für einen Gottesdienst hat. Das machte die Diskussion über jüdische Museen im Palais Epstein deutlich. DIE GEMEINDE ergriff die Gelegenheit zum Gespräch mit den beiden Direktoren, die den weitesten Weg nach Wien hatten.

VON ANITA POLLAK

Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums in Hohenems, heute eine Stadt ohne Juden, sieht sein Haus nicht nur lokal positioniert. „Einerseits leben in Vorarlberg mittlerweile mehr Juden als vor dem Krieg, andererseits sind wir für die Juden des benachbarten Zürich das jüdische Museum, denn diese Gemeinde, die größer als die Wiens ist, hat kein eigenes.“ Außerdem ist Hohenems wieder ein Anziehungspunkt für die heute in aller Welt verstreuten Juden der Stadt und ihre Nachkommen. „Hohenems hatte zwei Hauptstraßen. Eine war die Judengasse, die andere die Christengasse. An diesem Ort kann man sich nicht zur Geschichte verhalten, ohne über jüdische Geschichte zu reden.“ Trotzdem betrachtet Loewy sein Haus nicht nur als musealen, historischen Ort, sondern „als Player

in einer politischen Kulturlandschaft“, der sich durchaus für Fragen anderer religiöser Minderheiten engagiert. (Was unter anderem dem geborenen Frankfurter, wie erinnerlich, im Ländle schon beträchtliche Zores bereitet hat.) Zurzeit bietet Hohenems eine Publikums-Ausstellung im wahrsten Wortsinne. „Ein gewisses jüdisches Etwas“, so ihr Titel, versammelt Gegenstände, die Besucher am Eröffnungstag ins Museum gebracht haben. Zu jedem Objekt gibt es eine kurze Geschichte und ein Foto vom Einbringer. Alle Exponate sind zu einer Installation gefügt worden. Was Menschen unterschiedlicher Herkunft unter einem „jüdischen Etwas“ verstehen und was ihnen dazu einfällt, das macht den Reiz dieser Schau aus, die noch bis 20. März im kleinen, feinen Museum ohne Grenzen zu sehen ist.

Daniela Eisenstein kam auf Umwegen ins Jüdische Museum von Fürth. Die geborene Amerikanerin hat in Heidelberg und Jerusalem Jüdische Studien und Geschichte studiert und konnte sich damals „nichts Schlimmeres vorstellen, als in einem Museum zu arbeiten“. Bei einem Projekt hat sie dann „für diese Arbeit Feuer gefangen“ und wurde vor sieben Jahren zur jüngsten Museumsdirektorin Deutschlands. Sie ist außerdem Vorstandsmitglied der Association of

European Jewish Museums (AEJM), die diesen November in Rom tagt. „Ihr Ziel ist die Vernetzung der Einrichtungen, die gemeinsame Bewerbung nach außen und als wichtiger Schwerpunkt die Aus- und Weiterbildung von Museumsmitarbeitern jüdischer Museen“, erklärt sie. Es ginge darum, für die Zukunft Kuratoren und Museumspädagogen auszubilden, die dann gegenseitig von ihren Expertisen profitieren und ihr Wissen weitergeben könnten. „Denn jüdische Museen haben ganz spezifische Bedürfnisse.“ Wie die Auseinandersetzung mit Judaica, Fragen der Restitution und die Vermittlung jüdischer Themen. „Es ist noch immer ein emotionales Terrain“. In ihrem Bereich will sie möglichst Denkanstöße geben. „Man kann die Leute auch ein bisschen vor den Kopf stoßen, dann fangen sie an zu denken. Nur nicht belehren, das ist das Langweiligste überhaupt.“ Das Jüdische Museum Wien, das älteste in Europa, hat für die junge Direktorin, die einen Verband von drei kleineren jüdischen Museen in Franken leitet, so etwas wie Vorbildcharakter. Freilich könne man die Situation nicht vergleichen, da Fürth heute nur wenige, zudem kaum ursprünglich deutsche Juden und entsprechend weniger Mittel habe. Die neuen Mitglieder der Gemeinde werden aber ins Programm einbezogen. Moderne Judaica, Fotografien aus dem jüdischen Alltag und Werke zeitgenössischer Künstler bringen die Gegenwart in die historischen Räume, womit letztlich auch dem Motto der Diskussion „Museum und lebendiges Denkmal“ entsprochen wird. •



v.li.: Mag. Johannes Reiss, Dir. des Jüdischen Museums Eisenstadt, Dr. Hanno Loewy, Dir. des Jüdischen Museums Hohenems, Dr. Danielle Spera, Dir. des Jüdischen Museums Wien, Mag. Daniela F. Eisenstein, Dir. des Jüdischen Museums Franken, Mag. Barbara Prammer, Präsidentin des Nationalrates und Dr. Günther Scheffbeck, Parlamentsdirektion



Wie aus einem Mitläufer eine tragische Figur wurde

Oskar Roehlers „Jud Süß – Film ohne Gewissen“ wirft einige Fragen auf.

Eine kritische Anmerkung

VON L. JOSEPH HEID

„Ein ganz großer, genialer Wurf. Ein antisemitischer Film, wie wir ihn uns nur wünschen können“. Das notierte ein enthusiastischer Joseph Goebbels am 18. September 1940 in sein Tagebuch. Wenige Tage später fand die stürmisch gefeierte Uraufführung des im Auftrage des NS-Propagandaministeriums produzierten Films „Jud Süß“ im Berliner Ufa-Palast statt. Es war der antisemitische Film schlechthin, ein Film, den Goebbels unbedingt wollte, einer von drei dezidiert antijüdischen Filmen, die zur gleichen Zeit produziert wurden. Doch die andern beiden – „Die Rothschilds“ und „Der ewige Jude“ reichten in ihrer propagandistischen Wirksamkeit nicht an „Jud Süß“ heran. Hitler selbst wurde während der Dreharbeiten regelmäßig konsultiert und seine Änderungswünsche berücksichtigt.

Am „Jud Süß“ waren neben Deutschlands besten Schauspieler, auch und 120 Komparsen beteiligt. Es sollten „rasereine jüdischen Komparsen“ sein, die Regisseur Veit Harlan höchstpersönlich ausgesucht hatte. Beim Einzug der Juden in Stuttgart mussten diese jüdischen Statisten, die dafür aus dem Ghetto nach Prag gebracht wurden, ihre eigenen Karikaturen spielen. Curt Jürgens sagte über Harlan einmal, er sei der Lieblingsregisseur der „Eichmanns und Kaltenbrunnens“ gewesen, der „unerbittlichste Treuhänder arischer Nazikunst“.

Um die Juden noch unheimlicher erscheinen zu lassen, hatte Harlan die Gestalt eines geheimnisvollen Kabbalisten, des Rabbi Löw eingeführt, der als okkulte und tödliche Kraft hinter den kriminellen Machenschaften von Süß lauerte. Eine Anspielung auf die „Weisen von Zion“ deren „Protokolle“ in jenen Tagen fröhliche Urständ feierten.

Der Film war Goebbels' Werk, und das Ergebnis berauschte ihn, dass er in sein Tagebuch eintrug: „Premiere von ‚Jud Süß‘. Ein ganz großes Publikum mit fast dem gesamten Reichskabinett. Der Film hat einen stürmischen Erfolg... Der Saal rast. So hatte ich es mir gewünscht“. Und bald danach notierte er stolz: „Der Führer ist sehr eingenommen“.

Zur gleichen Zeit musste der aus Deutschland verjagte Schriftsteller Lion Feuchtwanger in seinem kalifornischen Exil miterleben, wie sein Buch als „Jud Mieß“ verunglimpft und der Romanstoff – bis zur Unkenntlichkeit verzerrt – unter der Spielleitung von Veit Harlan und Ferdinand Marian in der Titelrolle, derartige Begeisterungstürme auslöste.

Eine im Geist der Zeit verfasste Filmkritik im „Völkischen Beobachter“ zum Anlass nehmend wandte sich Feuchtwanger in einem „Offenen Brief an sieben Schauspieler“, die in diesem Film mitgewirkt hatten. Es war dies die noch in Nazi-Deutschland zurückgebliebene Schauspieler-Creme, nachdem ein Großteil der jüdischen Kollegen bereits aus dem Land gejagt worden war. Es war ein schneidend-scharfer Brief, der die Schauspieler hätte nachdenklich machen müssen. „Sie haben, meine Herren“, so der Romancier, „aus meinem Roman ‚Jud Süß‘ mit Hinzufügung von ein bisschen Tosca einen wüst antisemitischen Hetzfilm im Sinne Streichers und seines ‚Stürmers‘ gemacht.“ Dieser Satz

saß treffgenau. Und dann erinnerte Feuchtwanger die sieben Schauspieler daran, dass sie in der Bühnenbearbeitung seines Romans mitgespielt und bei den Proben zu erkennen gegeben hätten, sein Buch verstanden zu haben, denn sie hätten in Worten der Bewunderung darüber gesprochen.



Feuchtwanger stellte den Darstellern drei rhetorische Fragen, die freilich ohne Antwort blieben: War das, was sie gemacht hätten, gescheit? War es praktisch? Könne nüchtern rechenhafter Verstand es billigen? Der Autor beantwortete diese Fragen auf seine Weise selbst: Er sagte ihnen auf den Kopf zu, dass sie sich verrechnet hätten und am Ende würden sie das Opfer ihrer eigenen Überzeugung nur mit schlechtem Geld bezahlt bekommen haben – „mit Inflationsgeld sozusagen“. Eines Tages würden sie nicht die bescheidendste Ausrede haben, an dem Projekt beteiligt gewesen zu sein. Dabei hätten sich gewiss plausible Vorwände finden lassen, so Feuchtwanger, sich „von diesem Schandwerk zu drücken“, wenn sie es denn nur gewollt hätten. Aber sie wollten es eben nicht. Sie wollten die Rolle, die Gage.

Werner Krauss hat sich seine fünf Judenrollen mit sagenhaften 50.000 Reichsmark honorieren lassen. Die Gage von Marian kennen wir nicht, wissen jedoch, dass er auf Goebbels Vorschlag hin, in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ der Schauspieler, die für die Filmproduktion benötigt wurden, aufgenommen wurde, was ihm allerlei Vorteile brachte, z.B. nicht zum Kriegseinsatz herangezogen zu werden. Bald darauf wurde dem Marian

seine „Jud-Süß“-Rolle mit einer Hitler-Dotation in Höhe von 20.000 Reichsmark versüßt, steuerfrei.

Die Person des Joseph Süß Oppenheimer (1698/99-1738), der bereits zu seiner Zeit mit dem stigmatisierten Namen „Jud Süß“ belegt worden war, ist im Bewusstsein der Menschen stets lebendig geblieben. Doch populär gemacht hat den „Jud Süß“ erst Lion Feuchtwanger, zunächst durch sein gleichnamiges Schauspiel (1918) und dann durch den Roman (1925), der auch international – in 56 Sprachen übersetzt! – ein großer Bucherfolg wurde und viel Auflagen erlebte und Feuchtwangers Weltruhm als Schriftsteller begründen sollte.

Joseph Süß Oppenheimer, sei der erste Jude gewesen, so seine Biographin *Selma Stern* 1929, der bewusst in den Gang der deutschen Geschichte eingegriffen habe. Die Figur des so hoch aufgestiegenen und so tief gefallenen Oppenheimer, auf den sich der ganze Hass der vom Absolutismus entrechteten württembergischen Stände richtete, diente den Nationalsozialisten als idealtypisches Vorbild für einen wirkungsmächtigen antisemitischen Propagandafilm.



Goebbels hatte in der Gestalt des „Jud Süß“ das Sujet gefunden, was er nicht mehr erfinden brauchte. Die antisemitische Kultur des Nationalsozialismus verstand es geschickt, sogar die positivste Darstellung eines Juden für ihre Zweck umzufunktionieren, um damit weitere Unterdrückung und Diskriminierung zu bestärken und zu rechtfertigen. Der mit der Verfilmung des „Jud Süß“ beauftragte Veit Harlan konnte Feuchtwangers Roman ziemlich getreu für den Film adaptieren und das Judentum gleichzeitig ebenso gründlich zerstören, wie Zwangsarbeit, Hunger und die Gaskammern jüdische Existenz zerstörten.

Das Goebbelsche Dramaturgie-Rezept wurde peinlich befolgt: Ferdinand Marian spielte die Titelrolle mit einem gewissen Sex Appeal und so wie das Publikum sich einen Höfling und galanten Intriganten vorstellt, nachdem er Ghettoluft und Gebaren weitgehend abgelegt hat. In entlarvender Naivität verstieg sich Werner Krauss zu der Aussage, die antisemitische Absicht sei deswegen nicht erreicht worden, denn Marian sei ein so „charmanter Jude“ und der Bräutigam ein „so widerlicher Goi“, dass die meisten Frauen nachher sagten: „Mit dem Jud Süß, warum nicht“?

Worin lag das Geheimnis des großen Erfolges von „Jud Süß“, dem Goebbels das Prädikat „besonders jugendgeeignet“ verliehen hatte, den immerhin 20 Millionen Zuschauer, man glaubt es kaum, freiwillig oder abgeordnet in den Kinos lockte und 6,2 Millionen Reichsmark einspielte - der größte Publikumserfolg des Dritten Reiches? Es war Harlans Mischung aus Erotik und Rassen-Antisemitismus. „Wenn der Jude sein säuisches Wesen will treiben an unseren Frauen und Töchtern“, heißt es im Film, „so ist's an Euch, mein Herzog, ihm das Handwerk zu legen!“ Das weckte Neugier und Sensationslust: das stereotype antijüdische Bild vom „machtgierigen“ und „fremden“ Juden, die Figur „Jud Süß“, die zwischen Faszination und Abwehr changierte.

Es gab dieses diffuse Wissen über „Jud Süß“ als „Verführer“ der Frauen – dieser Topos erfährt bei Harlan seine Zuspitzung: Aus dem „Verführer“ wird der „Vergewaltiger“, aus dem verbotenen Spiel „Rassenschande“ – eine nachgeschobene Rechtfertigung der Nürnberger Gesetze.

Feuchtwangers brieflicher moralischer

Appell ließ die Schauspieler unbeeindruckt, dabei hätten sie es besser wissen müssen: Die Schauspieler hatten bei den Dreharbeiten miterlebt, wie Prager Juden zusammengetrieben und als Statisten auftreten mussten. Welche Ausreden wegen ihrer Mitwirkung an dem Film zur Mobilisierung gegen die Juden sollten sie später haben?

Ferdinand Marian, von Goebbels persönlich für die Titelrolle ausgesucht, als „Jud Süß“, das wirft die Frage auf, inwieweit auch ein Schauspieler durch seine Mitwirkung den bald darauf einsetzenden Judenmord befördert oder gar ermöglicht habe. In Oskar Roehlers im September 2010 in die Kinos gekommener Film „*Jud Süß – Film ohne Gewissen*“ geht es um eben diesen Ferdinand Marian, der gleichwohl zu Unrecht bis zur Unkenntlichkeit heroisiert wird, eine Charakterisierung, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

Roehlers „Jud Süß“ war des Regisseurs Berlinale-Wettbewerbsbeitrag im Februar 2010 – und für einen kleinen Skandal gut. Zu mehr hat es allerdings nicht gereicht. Der Film fiel durch und wurde heftig ausgebuht, bei einigen Szenen stöhnte das Fachpublikum auf. In diesem Film dreht sich alles um den Süß-Darsteller Ferdinand Marian, überzeugend gespielt von Tobias Moretti als tragische Figur, sowie um Joseph Goebbels, dargestellt von Moritz Bleibtreu als Charmeur.

Die Geschichte Ferdinand Marians ist die Geschichte eines zunächst sich sträubenden Schauspielers, die Rolle des „Jud Süß“ zu übernehmen - sein einziger Widerstand, wenn man es denn so interpretieren mag - und dies hätte ein trefflicher Filmstoff abgegeben, wenn der Regisseur Marians Geschichte denn auch wahrheitsgetreu erzählt hätte. „Nichts ist erregender als die Wahrheit“, hat der „rasende Reporter“ Egon Erwin Kisch einmal gesagt. Marians „Wahrheit“ hätte einen guten Geschichtsfilm abgegeben.

Gerade das Sex Appeal, das Marian mitbrachte, prädestinierte ihn für Rolle. Marian hatte sich der Rolle mit der Begründung verweigert, er spiele Bonvivants und Liebhaber und sein Publikum wolle ihn in dieser unsympathischen Judenrolle nicht sehen. Doch Goebbels half ihm auf die Sprünge: „Mit Marian über den Jud-Süß-Stoff gesprochen. Er will nicht recht heran, den Juden zu spielen. Aber ich bringe ihn mit

einigem Nachhelfen doch dazu“. Diese „Nachhelfen“ bestand darin, dem Schauspieler deutlich zu verstehen zu geben, er, Goebbels, besetze in Deutschland die Rollen. Die Nationalsozialisten hätten die Schauspieler schließlich erst salonfähig gemacht, sie mehr verdienen lassen als die größten deutschen Wissenschaftler und wenn er nun einmal etwas von ihnen verlange, dann würden sie dies mit Blick auf das „Judengeschmeiß“ in Hollywood ablehnen. Marian hatte verstanden – und nahm die Rolle an.

Was wäre gewesen, wenn Marian standhaft geblieben wäre und die Rolle ablehnt hätte, wie es große Filmstars vor ihm getan hatten: Emil Jannings, Willi Forst, Paul Dahlke, René Deltgen und sogar Gustav Gründgens haben sich allesamt verweigert – ohne dass sie Nachteile hatten in Kauf nehmen müssen. Daraus kann man auf einen allgemeinen Widerwillen gegen das Projekt schließen, muss es aber nicht. Wäre das nicht ein spannendes Thema gewesen?

Roehler versäumt es, die propagandistischen Strategien und Mechanismen, die Goebbels seinerzeit umgetrieben haben aufzuzeigen, zeigt auch nicht die psychologischen Fäden, die gezogen wurden. Er erklärt das Phänomen nicht, zeigt nur seine Wirkung.

Goebbels hatte dem von Eitelkeit betäubten und von Ehrgeiz gepackten Marian seine ganze Allmacht ins Gesicht geschrien, und dieser ging, ob mit oder ohne Glasaschenbecher, dem er dem Propagandaminister vor dessen Klumpfuß zerschmetterte, einen mephistophelischen Pakt ein, übernahm die Rolle und verlor seine Unschuld. Und damit war klar, dass er nicht berühmt, sondern berüchtigt werden würde. Für Ferdinand Marian wurde die Popularität des Films zur Last. „Jud Süß“ sollte Marians Rolle seines Lebens bleiben. Den Hofjuden wurde er nicht mehr los.



Marian war weder eine tragische Figur, noch taugt er zum Melodram-Helden wie Roehlers Film weismachen will. Marian ist bei Roehler kein Mittäter - oder bestenfalls Mitläufer -, sondern ein Zerrissener, Opfer des Systems: Marian hatte keine jüdische Ehefrau, die ihm zur Ehrenrettung angedichtet wird, und damit entfällt das zentrale Motiv für die Identifikation des Zuschauers – wie hätte ich an Marians Stelle gehandelt? Marian hat auch keinen jüdischen Kollegen in seinem Gartenhaus versteckt, war kein Judenretter. Ein klarer Fall von Geschichtsklitterung. Marian war zumindest ein furchtbarer Opportunist, der wie seine Lieblingsfigur, Mephistofeles, einen Pakt mit dem Teufel, nämlich Goebbels, gemacht und damit seine Seele verkauft hat. Von Gewissensbissen kann Marian auch nicht sonderlich geplagt gewesen sein, und zerbrochen an seiner Rolle war er in Wirklichkeit schon deswegen nicht, denn er hat, nachdem die rote Linie einmal überschritten war, nach seinem „Jud-Süß“-Film fröhlich weitergedreht und ordentlich Karriere gemacht, insgesamt noch elf NS-Filme bis zum Jahre 1945 gedreht. Marian hat also seine vaterländische Pflicht gegenüber dem NS-Staat über Gebühr erfüllt, indem er mithalf, das NS-System zu stabilisieren und zu radikalieren. Ein Kritiker nennt Roehlers Film wohl zu Recht eine der „Entlastungsfiktionen, die uns das Kino den Umgang mit dem Nationalsozialismus versüßen“.

Ein anderer Kritiker sprach davon, der Film reihe sich nahtlos in jenes neuere deutsche „Exkulpationskino“ ein, das die durchaus aktiven Mitmacher deutsch-diktatorischer Systeme letztlich als „arme Schweine“ darstellt: Das geht vom einsamen Feldherrn, der im Führerbunker von „Der Untergang“ verzweifelt sein Ende herbeibrüllt, bis zum unglücklichen Stasi-Offizier in „Das Leben der Anderen“. Bei Oskar Roehler wiederum darf sich Marian aus Verzweiflung darüber, dass seine Frau vergast worden ist, zu Tode saufen.

Es ist ein Film ohne echte Handlung geworden: mal Gewissensdrama, mal wüste Kolportage, mal wahre Geschichte, mal pure Fiktion. Darf man mit historischen Fakten künstlerisch beliebig frei umgehen, oder verbietet sich ein solches Vorgehen bei diesem hochsensiblen Stoff? Problematisch ist gewiss die generelle Grundkonstruktion des

Films, die ins Wanken gerät, weil zum Verführungsmotiv auch die Erpressbarkeit Marians hinzukommt.

Dass Roehler auf fahrlässige Weise historische Originalaufnahmen verwendet und mit neu gedrehtem Material verschmelzen lässt und gleichzeitig auf historische Genauigkeit pfeift, ist eine der Fragwürdigkeiten des Films. Dass Marians Frau Katholikin war, ist nur ein Beispiel dafür, dass sich Roehler mit seinem Film selbst einen Koscher-Stempel für alle Abweichungen ausgestellt hat. Und damit ist es ein „gewissenloser Film“ geworden, der durch Ungenauigkeiten und Fälschungen zur Legendenbildung beiträgt. Da nützt auch nicht das Argument der Filmemacher, der Film sei keine Dokumentation und nehme sich die „Freiheit der künstlerischen Bearbeitung“. Wenn es sich aber um Fiktion handelt, warum werden historische Originalaufnahmen verwendet? Der Versuch, Marian, den Täter, zum Opfer zu stilisieren, so hatte sich Drehbuchautor Klaus Richter ausgelassen, seien einer „höheren künstlerischen Wahrheit“ geschuldet.



Der Plot ist ungebührlich überfrachtet, alles wird spektakulär hingebogen, wobei die Wirklichkeit nicht viel zählt. Drama und Satire, echt und falsch, ernsthaft und surreal stehen klischeehaft eng nebeneinander. Roehler wollte offenbar das Antlitz des „Dritten Reichs“ komplett zeigen – die groteske Farce und die kalte Brutalität, Verbrechen und Verführung, das publikumswirksame Zusammenspiel von Lust und Gewalt. Heraus kommt eine Aneinanderreihung von Klischees, die holzschnittartig ablaufen: Ein nuschelnder Hans Moser bettelt um das Leben seiner jüdischen Ehefrau und wird von einem jovialen Goebbels vor einem feixenden Partypublikum auf den „Endsieg“ vertröstet. Armin Rohde als Heinrich George und Milan Peschel als Werner Krauss sind opportunistische Knallchargen. Verführerische Frauen locken an der Bar oder im Bett und wäl-

zen sich dort nach dem Krieg gleich mit schneidigen Amis. Ferdinand Marian (Tobias Moretti) als sympathischer Bonvivant spielt schließlich den Juden für Goebbels – und Klavier für die Schönen. Die Grenze des guten Geschmacks wird dann überschritten, wenn sich die Frau eines KZ-Kommandanten (*Guðrun Landgrebe*) von Marian/Moretti vor der bizarren Kulisse eines Bombenangriffs auf Berlin mit der Aufforderung von hinten nehmen lässt: „*Mach's mir Jude!*“ Marian/Moretti lässt sich nicht lange bitten und zitiert aus der Vergewaltigungsszene im Drehbuch: „*Auge um Auge, Zahn um Zahn*“. Unterdessen befindet sich Goebbels, der dieses amouröse *Fait accompli* eingefädelt hat, mit seiner Gesellschaft im Luftschutzbunker und lässt es sich gut gehen, denn, wie der Barkeeper beruhigt, für Getränke im Keller sei gesorgt.

Bei Roehler führt Marians PR-Tournee bis nach Auschwitz: Wenn die Kamera in Großaufnahme über das Ortsschild „*Os wi cim*“ (Auschwitz) und dann auf eine ganz andere Assoziationen auslösende grabenaushebende Gruppe jüdischer Zwangsarbeiter schwenkt, wird es peinlich: Im Graben stimmt mit einem Mal eine Frau das jiddische Partisanenlied „*Sog nischt kejn mol as du geist den letstn weg*“ aus dem Warschauer Ghetto an. Die SS-Männer brüllen los, einer legt an und will die freche Jüdin zum Schweigen bringen, doch der Begleiter des im Frontunterhaltungseinsatz tätigen „zufällig“ vorbeispazierenden Marian verhindert durch beherrschtes Eingreifen die Erschießung der Frau. Ist das Kitsch oder eine pseudometaphorische Lachnummer? Bei Roehler regiert das beliebige „*Anything goes*“.

Regisseur Oskar Roehler beklagte öffentlich bei manchen Zuschauern einen „*unglaublich naiven politischen Background*“. Viele wüssten ja heute nicht einmal mehr, wer Joseph Goebbels gewesen sei. Eine solche Publikumsschelte hielt ihn gleichwohl nicht davon ab, *Moritz Bleibtreu*, so präsent er seine Rolle spielt, eine verzerrte Goebbels-Figur darstellen zu lassen. Bleibtreu tut, was er kann, ist jedoch insofern eine Fehlbesetzung, da er an seinen in Statur kleinen, ausgezehrt wirkenden, klumpfüßigen Protagonisten in seiner äußeren Erscheinung nicht annähernd heranreicht. Da hilft auch nicht, dass Bleibtreu 120 Filmminuten

durchs Bild hinkt. Er macht aus Goebbels eine eher chargenhafte rheinische Frohnatur, gleichwohl idiomatisch so echt, dass man den Propagandaminister originalgetreu zu hören glaubt. Bleibtreu gibt den zappeligen Nazi-Kasper, nahe an der Karikatur, dass man Goebbels bestenfalls als Partylöwe in Erinnerung behält.

Dabei hat es sich Bleibtreu mit „seinem“ Goebbels wahrlich nicht leicht gemacht, hat sich intensiv in dessen Tagebüchern vertieft, hat alte Filme geschaut, doch beim Zuschauer hinterlässt er Unbehagen. Bleibtreu spielt seine Rolle clownesk überdehnt und rechtfertigt seine Darstellung mit der Aussage: „*Der Typ ist Satire, die Nazis waren alle Satire*“. Und weiter über Goebbels: „*Das Clowneske fand ich geil, der Versuchung, das Original nachzuspielen, konnte ich mich nicht erwehren*“. Banalität des Bösen? Auschwitz nur Satire? Spricht da jemand, der sich der Gnade der späten Geburt rühmen darf?

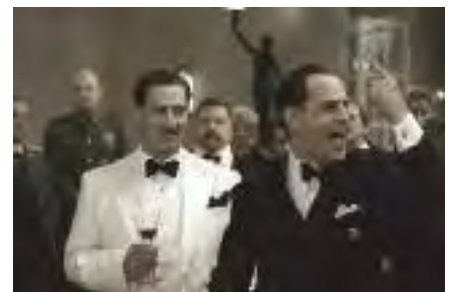


Bei der Preview-Veranstaltung am 20. September 2010 im Wiener Künstlerhauskino vor geladenem Publikum (die Wiener Presse hatte weitere Karten ausgelost) geriet die Podiumsdiskussion im Anschluss an den Film unter der Gesprächsleitung einer erfahrenen ORF-Moderatorin zu einem Fiasko. Es war so, dass sich die Moderatorin nach fünf Minuten aufgrund eines allgemeinen Chaos, der sich unter den Gästen breit gemacht hatte und die Forderung nach ihrer Ablösung laut geworden war, in die Büsche schlug und nicht mehr gesehen ward. Ausgelöst hatte das Chaos der mit auf dem Podium sitzende Drehbuchautor *Klaus Richter*, dem das Wort „*Vierteljude*“ herausgerutscht war. Danach gab es beim aufgeladenen Publikum kein Halten mehr – und Wien hatte seinen Skandal. Zuvor hatte Richter das Goebbel-sche Erpressungsmotiv gegen den Hauptdarsteller mit dem abenteuerlichen Konstrukt zu erklären versucht, dass Marians Frau in erster Ehe mit

einem Juden verheiratet gewesen sei. *Maria Byk* (bürgerlich: Annemarie Böck) hatte mit ihrem ersten Ehemann eine gemeinsame Tochter, die bereits emigriert war.

Durch *Eric Pleskow*, der große Hollywood-Produzent, auf dessen Konto allein vierzehn Oscars gehen, können wir heute Marians Beweggründe ein wenig besser bewerten. Der ehemalige Wiener Emigrant, der in Wien noch Erich Pleskoff hieß und 1946 als junger US-amerikanischer Entnazifizierungs-Offizier dem mit Berufsverbot belegten Ferdinand Marian gegenüberstand, musste sich von ihm anhören, dass er die Rolle nicht habe spielen wollen, doch von Goebbels dazu gezwungen worden sei. Solche Rechtfertigungen waren von Schauspielern allenthalben gebetsmühlenartig vorgebracht worden und als Argument nicht sonderlich originell, denn von irgendwelchen existenziellen Nachteilen bei einer Verweigerung ist nie etwas bekannt geworden. Marian hatte mit seiner raschen Entnazifizierung gerechnet, weil er nicht Parteimitglied gewesen war und sich politisch nicht sonderlich exponiert hatte. Doch dazu kam es nicht, weil Marian alkoholisiert mit seinem Wagen gegen einen Baum fuhr und umkam. Seiner Schuldgefühle wegen, wurde immer wieder kolportiert, hätte Marian immer öfter zur Flasche gegriffen. Wieder eine Legende, denn Alkoholiker war er schon früher.

Auf die Frage, ob er Marian, der ihm persönlich durchaus sympathisch war, irgendwann entnazifiziert hätte, meinte Pleskow: „*Ganz ehrlich, ich weiß es nicht. Vielleicht nach einer Weile. Aber nicht sofort. Der Film „Jud Süß“ hatte einfach zu verheerende Folgen*“.



Bis auf *Heinrich George*, der in Haft starb, haben die „*Jud-Süß*“-Darsteller des Jahres 1940 nach einem kurzzeitigen Berufsverbot allesamt ihre Karrieren erfolgreich fortsetzen können. Am 19. Oktober 1948 wurde auch Ferdinand Marian posthum als unbelastet eingestuft. •

ZUM TOD DES REGISSEURS THOMAS HARLAN

Der Mann, der das Grauen angefasst hat

Sein Werk entstand aus dem Gefühl uneingestandener deutscher Schuld. Sein ganzes Leben galt der Frage, wie der Holocaust möglich gewesen sei. Zum Tode des Regisseurs und Autors Thomas Harlan.

VON EDO REENTS

FAZ, 18. Oktober 2010

Man muss ihn einen Unzeitgemäßen nennen: In Zeiten, die allgemein auf Versöhnung aus sind, blieb er hartnäckig unversöhnt. Zu groß und - dies zu dokumentieren war Teil seines Lebens - vor allem ungesühnt war seiner Einsicht nach die Schuld, als dass so etwas wie „Aussöhnung“ zwischen Deutschland und Israel, Deutschland und Polen auch nur denkbar gewesen wäre.

Thomas Harlan hat nicht persönlich unter dem Nationalsozialismus gelitten - eher war das Gegenteil der Fall: Ihn, den acht-, neunjährigen Sohn des Regisseurs Veit Harlan, der in einem großbürgerlichen Berliner Haus mit direktem Kontakt zu den Machthabern aufwuchs, holte eines späten Abends Joseph Goebbels aus dem Bett, ging mit ihm zu einem eigens aufgeschlossenen Spielwarengeschäft und kaufte ihm eine Märklin-Eisenbahn. Auch Hitler selbst hat er als netten Mann erlebt. Und doch ist Thomas Harlan, eher abseits der offiziellen Prozesse von Nürnberg über Frankfurt bis hin zum jüngsten gegen München gegen John Demjanjuk, einer der beredtesten Ankläger nationalsozialistischer Verbrechen geworden. Sein ganzes Leben, könnte man sagen, glich einer ruhelosen, unendlichen Suchbewegung, die um zwei Fragen kreiste: Wie war der Holocaust möglich? Und wie war es möglich, dass so viele nach dem Krieg nicht nur ungeschoren davon kamen, sondern in der Bundesrepublik auch noch Karriere machten? Letzteres, die personelle Kontinuität, hat ihn fast noch mehr erbittert. Denn der Judenmord war geschehen, und Harlan glaubte nicht daran, dass sich dafür je eine zufriedenstellende Erklärung finden ließe. Für umso dringlicher hielt er es, die Menschheitsverbrechen einzugestehen und daraus Kon-

sequenzen zu ziehen.

Ein einsamer Aufklärer

Das ist, für sich genommen, noch keine Position, durch die man zum Außenseiter wird; sie ist nahe an der These einer zweiten Schuld, wie sie auch von den Mitscherlichs oder Ralph Giordano vertreten wurde. Aber Thomas Harlan war in seiner Hellsichtigkeit, Schärfe und Unnachgiebigkeit ein Außenseiter, dem bei seinem Projekt „Aufklärung und Anklage“ fast jedes Mittel recht war. Was er auch machte, durchweg aggressive, körperbetonte Kunst - es machte Skandal, schon sein erstes Theaterstück „*Ich selbst und kein Engel*“, das er in Frankreich schrieb, wohin er 1948 gezogen war. In den ersten Pariser Intellektuellenkreisen war er, wie er es selbst einmal formulierte, das deutsche „Küken“.

1960 ging er nach Polen und durchsuchte in fiebriger Besessenheit Archive. Mit dem Material, das er fand, wurden unzählige Prozesse beliefert, auch der Auschwitz-Prozess; es brachte Harlan persönlich aber auch Verfahren wegen Landesverrats ein, die ihn zwingen, deutschen Boden zu meiden. In der Folge kämpfte er an allen linken Fronten, in Italien, in Chile und bei der Nelkenrevolution in Portugal.

Unter seinen Dokumentarfilmen, die gelegentlich die Grenze zur Quälerei überschritten, ist wohl „*Wundkanal - Hinrichtung für vier Stimmen*“ (1984) der schockierendste: Hier wird der 1973 vorzeitig aus der Haft entlassene SS-Obersturmbannführer Alfred Filbert buchstäblich vorgeführt. Harlan zog auch eine Linie zur RAF, indem er die Vermutung äußerte, die Stammheimer Gefangenen wären 1977 auf staatliches Geheiß ermordet worden.

Spät schrieb Harlan seine Romane: „*Rosa*“ (2000) und vor allem der monströse „*Heldenfriedhof*“ (2006) waren ebenfalls zum Extrem getriebene Formen der Vergangenheitsbewältigung, die auf Psychologisieren konsequent verzichteten. Sprachmächtig, halb dokumentarisch, halb fiktional bereitet Harlan hier das Grauen der Vernichtungslager und die unheilbaren Verstörungen der Davongekommenen auf.

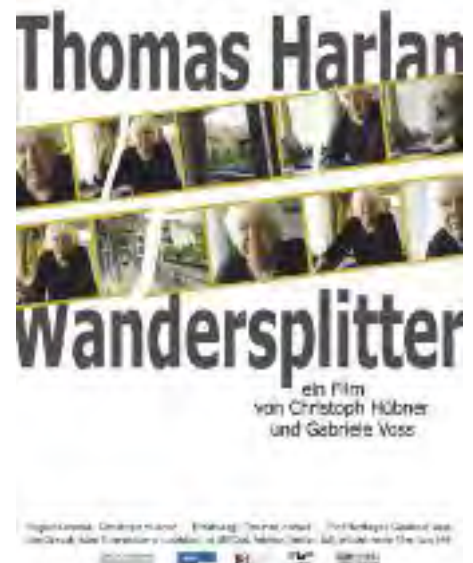
Schärfster Gegner seines Vaters

Es blieb die Wunde Veit: Als der Regisseur von „*Jud Süß*“ 1964 in Capri auf dem Sterbebett lag, rief er den Sohn zu

sich. Und Thomas Harlan kam, obwohl er, anders als sein Vater, nicht an die Unschuldigkeit von Kunst glaubte: „*Stellen Sie sich vor - sein Sohn war sein schärfster Gegner! Ich hätte das wahrscheinlich nicht getan.*“ Er blieb sechs Wochen.

Sein letztes Jahrzehnt verbrachte er, schwer krank, aber unermüdlich produktiv, in einem Lungenanatorium nahe Berchtesgaden. Dort durfte ihn der Verfasser dieser Zeilen einmal besuchen. Wir sprachen lange. Auf die Frage, ob ihn sein Engagement nicht schwermütig gemacht habe, antwortete er: „*Davon mache ich mich schnell frei. Ich habe diese Arbeit ja nicht für mich gemacht. Die Frage war für mich immer: Wie näherst du dich dem Grauen? Ich hab's angefasst, aber nicht begriffen. Ich decke das Land auf.*“ Das tat er, weiß Gott. Sein Projekt „*Das Vierte Reich*“ wurde nicht fertig. Am vergangenen Samstag (16. Oktober) ist Thomas Harlan im Alter von einundachtzig Jahren gestorben. Die noch im Juni diktierten sechzig Seiten über seinen Vater - Titel: „*Veit*“ - werden aber bald veröffentlicht.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



Der Filmemacher Christoph Hübner lässt in seiner Dokumentation „*Thomas Harlan - Wandersplitter*“ den Sohn Veit Harlan's über sein schwerwichtiges Erbe sprechen.

IM GESPRÄCH: DAVID GROSSMAN

Wann wird Israel Frieden finden, Herr Grossman?



© Olteira Filoussi/Flux190

Wir treffen David Grossman an einem Sonntagnachmittag in Jerusalem, in Mishkenot Sha'ananim, im Café. Wir sind die einzigen Gäste. Vom Berg Zion läuten die Glocken. Der Schriftsteller lässt sich mit großer Intensität ein auf den Moment - wie in seinem Werk.

VON FELICITAS VON LOVENBERG
F.A.Z., 02. Oktober 2010

Herr Grossman, wann wussten Sie, dass Sie Schriftsteller sind?

Das ist eine sehr lange Geschichte; ich will versuchen, sie kurz zu machen. Es hat damit zu tun, dass ich bereits als kleiner Junge beim Radio arbeitete. Als ich sieben oder acht Jahre alt war, gab mir mein Vater ein Buch von Scholem Alejchem mit den Geschichten von Motl, dem Sohn des Kantors Peijser, einem Waisenkind im Shtetl. Eigentlich war ich ein typisches Kind des neuen Israel, begeistert von unserer Armee und den Generälen. Doch plötzlich erfuhr ich von einer anderen Art jüdischen Lebens, von Juden in der Diaspora - und begriff erstmals, dass nicht

alle Menschen Juden sind, erfuhr, was ein Ehestifter ist und ein Priester und ein Pogrom . . . Da, hören Sie die Glocken? Sie werden auf Ihrem Band sein.

Wie schaffen Sie es, sich die Verletzlichkeit zu bewahren, offen zu bleiben für die Charaktere und Schicksale Ihrer Romane und sich nicht von der Apathie anstecken zu lassen? Verleiht Ihnen erst das Schreiben diese Fähigkeit - oder ist Ihre Empathie der Grund dafür, dass Sie Schriftsteller geworden sind?

Ich weiß nicht, ob ich das überhaupt beantworten kann. Sie wissen, was meiner Familie zugestoßen ist. (David Grossman meint den Tod seines Sohnes Uri im Libanon-Krieg 2006 durch eine Rakete der Hizbullah.) Seither kenne ich die Versuchung, mich durch Abstumpfung zu schützen, nur zu gut. Aber ich will nicht, dass es so weit kommt. Ich möchte mich den Empfindungen weiterhin aussetzen, und das geht eben nur, wenn ich ungeschützt bin. Manchmal fragen mich Leser, ob ich gestärkt aus einem Buch hervorgegangen bin, zumal aus „Eine Frau flieht vor einer Nachricht“. Ich möchte aber nicht stärker, sondern schwächer durch

meine Bücher werden. Wenn ich also dazu verurteilt bin, an den schrecklichsten aller Orte zu gehen, dann werde ich es tun - und erzählen, wie es dort ist. Das kann mir niemand abnehmen. Indem ich über Trauer und Verlust schreibe, kann ich zwar die Wirklichkeit nicht verändern, ich kann niemanden zurückbringen, aber ich bin auch kein Opfer meiner Angst und meiner Trauer.

Die politische Realität Israels bildet den denkbar größten Gegensatz zum Offenen, Seelenvollen Ihres Werks. Schmerzt es Sie, dass die Linke derart an Rückhalt verloren hat?

Ja, von der Linken ist nicht mehr viel übrig. Aber man kann es den Menschen nicht verdenken. Viele haben aufgegeben. Entflammt und vereint in ihren Ängsten, ist es viel leichter, sich dem rechten Flügel anzuschließen. Da bekommt man alle Antworten und ist unter seinesgleichen. Heute als Israeli noch links zu sein ist anstrengend. Die Herausforderung besteht darin, sich der Situation in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit auszusetzen, den Frieden mit ganzer Kraft zu befürworten

- und sich zugleich bewusst zu sein, dass selbst diese Haltung unsere Zukunft womöglich nicht garantiert. Aber der andere Weg, nämlich der, keinen Frieden zu haben, wird erst recht nichts erreichen. Wir müssen für die Rechte der Palästinenser kämpfen, selbst wenn sie schreckliche Dinge tun. Dafür aber muss man sie auch kritisieren. Die Bewegung ist sehr kompliziert.

Stört es Sie, dass Sie in Deutschland nicht zuletzt dafür ausgezeichnet werden, dass Sie Ihr eigenes Land kritisieren?

Für mich steht meine Identität als Schriftsteller immer im Vordergrund, mein politisches Engagement kommt erst an zweiter Stelle. Aber ich weiß, dass das Politische leichter zugänglich ist. Die meisten Leute verstehen Politik eher als Literatur, denn diese ist so viel anspruchsvoller, tiefgründiger und bedrohlicher.

Im Ausland werden Sie für Ihre Haltung bewundert und gefeiert. Hören Ihnen auch die israelischen Politiker zu?

Netanjahu hat mich vor seiner historischen Rede an der Universität Bar-Ilan im vorigen Jahr angerufen, und auch mit Olmert habe ich schon gesprochen. Aber das bedeutet nichts. Manchmal dauert es auch einfach sehr lange. Vor zwanzig, dreißig Jahren nannten jene, die jetzt an der Macht sind, Leute wie Amos Oz und mich Verräter und Nestbeschmutzer. Und jetzt halten sie Reden, als ob sie uns zitieren würden. Einige der Reden Olmerts oder sogar Ariel Scharons konnte ich sogar unterschreiben, zumindest von der Grundhaltung her. Aber die Zeit läuft ab. Das Phänomen ist, dass die große Mehrheit der Israelis widerstrebend akzeptiert hat, dass wir in zwei Staaten leben müssen. Das gefällt ihnen nicht, weil sie die Palästinenser hassen, aber sie wissen, dass es anders nicht weitergehen wird. Aber sie tun nichts, um dieses Wissen in die Tat umzusetzen. Sie meinen, sie hätten ihre Pflicht getan, indem sie es akzeptieren. Und so entsteht ein Vakuum zwischen ihnen und der Situation, und in das stoßen die alten Extremisten, die Nationalisten, die Faschisten, die Rassisten, die religiösen Fanatiker, um Tatsachen zu schaffen. Die Situation wird immer schlimmer; wir denken, es gibt einen Status quo, die

andere Seite ebenfalls - und nichts verändert sich.

Die Präsenz von Soldaten im Stadtbild hat mich überrascht, überall diese Halbwüchsigen mit Maschinengewehren. Die Veränderung der Jugendlichen durch den Wehrdienst spielt auch in Ihrem Werk eine große Rolle.

Die Jugendlichen erleben in der Armee eine wachsende Kluft zwischen ihrer Realität dort und dem gewöhnlichen Alltag. Als Ofer in „Eine Frau flieht vor einer Nachricht“ zurückkommt, erscheint ihm sein Zuhause geradezu kriminell heimelig und schutzlos. Seine Sicht ist geprägt vom Militär; die andere Welt versteht er nicht mehr. Auch seine Eltern spüren, dass er fremd geworden ist, und wagen es nicht, mit ihm darüber zu sprechen. Er selbst wiederum spricht es auch nicht an, denn er ahnt, dass sie nicht ertragen würden zu wissen, welcher Gefahr er ausgesetzt ist und was er tut. Es ist eine Art Tanz zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, den Jugendlichen in der Armee und den Zivilisten. Es ist tragisch, dass unsere Regierung seit Jahrzehnten junge Soldaten an Orte schickt, denen sie moralisch nicht gewachsen sind. Wie sollen sie mit dem fertig werden, was ihnen dort widerfährt?

Sie waren selbst als junger Mann beim Militär. Kann man die Veränderung, die das mit sich bringt, zurücknehmen, sich davon erholen?

Das ist ein Phänomen, das nicht nur ich erlebt habe. Die Militärzeit bringt die Jungen ihren Vätern näher, während sie vor den Müttern eine Art Scheu entwickeln, vor ihren Ängsten, ihrer Zärtlichkeit und Fürsorge. Auch Ora fürchtet, dass ihre Sorge Ofer schwächen könnte, dass sie sein Reaktionsvermögen im entscheidenden Moment beeinträchtigen könnte.

Und doch ist der Verzicht auf die Armee für Israel keine Option.

Wir, Männer wie Frauen in Israel, sind alle von diesem System programmiert worden. Und ohne Armee würde Israel nicht existieren. Das ist ein Teil unseres Dilemmas: Wie hat man eine starke Armee, ohne darüber ein Militärstaat zu werden, wie kann man Athen und Sparta zugleich sein?

Machen die von Präsident Obama eingeleiteten Friedensgespräche Ihnen Hoffnung?

Wir können nur abwarten. Beide Seiten haben eine verzerrte Wahrnehmung voneinander. Das erschwert einen Dialog, bei dem man sich wirklich zuhört. Aber wenn uns einer helfen kann, dann ist es Barack Obama, davon bin ich überzeugt. Aufgrund seiner Persönlichkeit kann er beide sehen, uns ebenso wie die Palästinenser, und er kann unser beider Geschichte verstehen. Das versuche ich auch selbst als Israeli. Ich fühle mit den Palästinensern, und ich glaube nicht, dass meine israelische Identität dadurch Schaden nimmt. Im Gegenteil: Vielleicht leiste ich gerade dadurch etwas, das zu den wichtigsten und tiefsten jüdischen Eigenschaften gehört. Es fasziniert mich zu sehen, wie dieses Volk, das von den Türken und den Briten und den Ägyptern und den Jordanern und von uns gequält und geknechtet wurde, wieder aufsteht. Werden sie es schaffen, werden sie demokratisch sein, wird die Hamas übernehmen? Ich weiß es nicht. Aber ich möchte dabei zusehen, wie ein Volk, das unterworfen war, wieder lernt, frei zu sein - so wie ich mich danach sehne zu sehen, wie wir im Frieden sein werden. Es ist unerträglich, dass wir nach 62 Jahren Unabhängigkeit noch immer nicht an diesem Punkt sind.

Als Ofer im Roman zu seiner Mutter sagt, sie solle das Land verlassen, wenn ihm etwas geschehe - spielte darin die Überlegung mit, dies selbst zu tun?

Der Satz ist echt, er stammt vom Sohn von Freunden. Aber so wie Avram im Buch sagt, er könne sich Ora an keinem anderen Ort vorstellen, kann auch ich mir Ora an keinem anderen Ort vorstellen. Und mich selbst auch nicht. An keinem anderen Ort spüre ich jene emotionale Spannung, wie sie von den Menschen hier ausgeht, diese Direktheit, diese demokratische Gesellschaft, in der jeder mit jedem sprechen kann. Israel ist mehr wie eine Familie als wie ein Staat. Das bringt natürlich Probleme mit sich, weil man als Staat nicht richtig funktionieren kann, wenn man eine Familie ist. Dennoch ist es uns gelungen, hier eine Identität zu schaffen, die eine Variante der jüdischen Identität

tät der vergangenen zweitausend Jahre ist, und diese Identität ist hier eine andere als die von Juden in Antwerpen, New York oder München.

Wie finden Sie die Charaktere für Ihre Bücher? Ist es mit jedem Buch anders?

Ja, es ist anders mit jedem Buch, mit jeder Figur. Es beginnt damit, dass ich die Figur vor mir sehen muss. Manchmal stecke ich monatelang fest, weil ich nicht weiß, wie jemand, über den ich schreibe, aussieht. Ich erinnere mich zum Beispiel an „Wohin du mich führst“ . . .

. . . mit dem Mädchen und dem Hund.

Genau. In meinen Geschichten gibt es fast immer einen Hund; ich liebe Hunde. - Ich hatte also diese Figur, das Mädchen Tamar, aber ich wusste nicht, wie sie aussah. Eines Tages sah ich dann in einem Computerladen ein Mädchen in einer Latzhose. Ich sah sie nur von der Seite, ihre Kinnlinie und ihr Haar. Sie hatte etwas sehr Empfindliches und zugleich Toughes. Ich bin regelrecht aus dem Laden gestürmt; ich wollte nicht einmal ihre Stimme hören, ich wusste einfach, das ist Tamar. Da konnte ich das Buch endlich schreiben. Jede Figur beginnt für mich mit dem Körper, und dann wächst sie langsam. Wenn ich schreibe, bin ich schamlos wie ein Taschendieb, ich benutze alles. Fast jeder Satz, den ich höre, ob im Radio, von meiner Frau oder aus der Zeitung, wird mögliches Material - dies ist etwas für Ora, dies ist für Avram, das könnte Ora in ihr Notizbuch schreiben, das von einer Freundin hören . . . Ich liebe diesen Zustand, weil er die Welt verdoppelt.

Haben Sie die Handlung da schon im Kopf?

Nein, ich weiß nie, wie sich eine Geschichte entwickeln wird, und das will ich auch nicht. Wenn ich das Ende schon kenne, dann bin ich es, der die Geschichte vorantreibt. Aber ich will ja selbst der Getriebene sein, ich möchte, dass die Figuren mich überraschen und mich betrügen und meine Grenzen überschreiten. Ich möchte, dass sie mich wie ein Adler beim Genick packen und woanders fallen lassen und sagen, so, richte dich hier ein. Es mag seltsam klingen, aber das macht mich

glücklich. Am Morgen kann ich kaum erwarten aufzuwachen, weil ich weiß, es liegt ein neuer Tag vor mir, an dem ich acht, zehn Stunden lang etwas entdecken und herausfinden kann, von dem ich um acht in der Früh noch nicht weiß, was es ist. Aber ich weiß, dass meine Welt bis zum Abend ein Stück größer geworden sein wird.

Sie wollten doch noch erzählen, wie Sie mit neun Jahren zum Radio kamen.

Also gut. Ich hatte also alles von Scholem Alejchem gelesen. Eines Tages wurde im Radio eine neue Quizreihe angekündigt, unter anderem mit Alejchem als Thema. Weil meine Eltern dagegen waren, dass ich mich bewerbe, kaufte ich die erste Postkarte meines Lebens, die ich ohne Briefmarke abschickte. Und eine Woche später kam ein Brief vom Staatsradio! Für meine Eltern war das ungefähr so, als hätte Ben Gurion persönlich geschrieben und ihnen befohlen, mich zu bringen. Obwohl ich alles über Alejchem wusste, ließ man mich als einziges Kind unter lauter Professoren zum Quiz nicht zu. Stattdessen machte man mich zum Kind-Reporter - und bei all den Interviews und Hörspielen begriff ich, dass das Leben und die Menschen das größte Rätsel sind.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Qumran-Rollen gehen online

Google macht's möglich. Die lokale Niederlassung des Webgiganten und die Israelische Altertumsbehörde (IAA) werden die Schriftrollen vom Toten Meer frei im Internet zugänglich machen. Gemeinsam mit einer großen Menge zusätzlicher Daten in verschiedenen Sprachen sollen die digitalisierten Abbildungen der Schriften der Forschung neue Impulse verleihen.

Die Altertumsbehörde wird mit modernster Hochauflösung und Multiperspektiventtechnologie die gesamte Sammlung der aus 30.000 Fragmenten bestehenden 900 Schriftrollenmanuskripte digitalisieren und ins Netz stellen. Die Texte werden durch Transkriptionen, Übersetzungen und eine Bibliographie ergänzt. Es ist dies das erste Mal seit 1950, dass die Rollen in ihrer Gesamtheit abfotografiert werden.

"Wir stellen eine bahnbrechende Verbindung zwischen dem Fortschritt und der Vergangenheit her, indem wir dieses einzigartige Erbe für zukünftige Generationen bewahren", so Shuka Dorfman, der Direktor der IAA. "Wir sind stolz, ein Projekt zu starten, das unbegrenzten Zugang zu einem der wichtigsten archäologischen Funde des 20. Jahrhunderts bieten wird, der für Bibelstudien sowie die Geschichte des Judentums und frühen Christentums entscheidend ist."

ZUR PERSON

David Grossman kommt am 25. Januar 1954 in Jerusalem zur Welt. Von 1971 bis 1975 leistet er seinen Militärdienst in der israelischen Armee. Anschließend studiert er an der Hebräischen Universität von Jerusalem Philosophie und Theaterwissenschaften.

Zunächst arbeitet Grossman beim staatlichen „Israel Radio“ als Nachrichtenredakteur und Hörspielautor. 1989 wird ihm gekündigt, weil er Jassir Arafats Ankündigung, einen eigenen Palästinenserstaat zu gründen, als Spitzennachricht bringen will.

1983 veröffentlicht er seinen Debütroman „Das Lächeln des Lammes“, 1987 folgt „Stichwort: Liebe“ über die zweite Generation der Opfer der Schoa. Der Roman wird in zahlreiche Sprachen übersetzt und macht den Autor international bekannt.

2006 wird Grossmans Sohn Uri in den letzten Stunden des zweiten Libanon-Krieges getötet. Grossman verarbeitet diesen Verlust 2009 in seinem großen Roman „Eine Frau flieht vor einer Nachricht“.

Am 10. Oktober wurde David Grossman zum Abschluss der Buchmesse in der Frankfurter Paulskirche mit dem *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels* ausgezeichnet. Die Laudatio hielt Joachim Gauck.



Familienporzellan mit Sprüngen

„schneiden und sammeln“ verfolgt die Spuren der Wiener Familie Rothberger

VON ANITA POLLAK

Wer weiß heute noch, wo sich das Warenhaus Rothberger befand? Und doch hätte der Standort prominenter nicht sein können. Gegenüber dem Stephansdom, zwischen Jasomirgottstraße und Goldschmiedgasse, da gehörte dem aus einem kleinen ungarischen Dorf zugewanderten Schneider *Jacob Rothberger* (1825-1899) einmal die ganze Häuserfront. Mit einer „Kleiderschwemme“, einer Art Tauschzentrale für Textilien, hatte er in Wien begonnen, 1867 war er schon „k. u. k. Hoflieferant“ und starb als Kaufhauskönig. Sein wohlbestalltes Haus übergab er an drei seiner Söhne, die alle die Schneiderei gelernt hatten. Ein vierter wurde Professor an der Medizinischen Fakultät in Wien.

Ja, es ist eine Aufsteigergeschichte wie sie im Buche steht. Und jetzt in einem nachzulesen ist. Die faszinierende Gründerstory ist allerdings nur ein Teil eines großartig recherchierten Bandes, des zweiten in der „Schriftenreihe der Kommission für Provenienzforschung“. Er geht nicht nur der weit verzweigten Familiengeschichte der Rothbergers nach, sondern folgt auch den Spuren ihres verlorenen Besitzes und ihrer verstreuten Sammlungen. Denn zur Schneiderei kam bereits in der nächsten Generation die Schöngesterei. Und so standen die Rothberger-Söhne zwar brav im Geschäft, d.h. in dem vom Stararchitekten-Duo der Monarchie Helmer & Fellner grandios umgebauten Kaufhauspalast mit riesigen Glasfassaden, entwickelten

zusätzlich aber beträchtlichen Kunstgeschmack, der sich in exquisiten Sammlungen niederschlug. Moritz (1865-1944), selbst auch Bildhauer, begeisterte sich für antike Fundstücke, sein jüngerer Bruder Heinrich (1868-1953) war bald einer der bedeutendsten Porzellan-Sammler seiner Zeit.

Ihre Geschichten und Schicksale umkreist jetzt dieser neue Band. Zwölf Kinder hatte Jacobs Frau Rosalia in die Welt gesetzt, nur acht erlebten das Erwachsenen-Alter, doch nur von den vier erfolgreichen Söhnen ist immer die Rede, denn es ist eine „Männer-Geschichte“, wie die Herausgeber, Ulrike Nimeth und Leonhard Weidinger, feststellen mussten. Die vier Schwestern



haben kaum nennenswerte Spuren hinterlassen.

Fast wie zum Ausgleich sind kürzlich zur Präsentation des Bandes im Wiener MAK, wo einzelne Porzellan-Preziosen der Rothberger-Sammlung ausgestellt sind, zwei Frauen der Familie aus den USA angereist. Bertha, die 1928 geborene Tochter von Carl Julius Rothberger und seiner „arischen“ Frau Leopoldine, ist der letzte noch aus Wien stammende Spross der Familie. Ihre Eltern haben den Krieg in Wien überlebt, sind dann aber 1945 beim Bombenangriff auf den Philipphof, wo sie wohnen, umgekommen. Bertha hütet nun gemeinsam mit ihrer Tochter die Erinnerungen, die Fotos, das reiche Erbe, um das es letztlich auch in dem vorgestellten Buch geht. Es ist eine unendlich penibel recherchierte und detaillierteste geschilderte Provenienz – und Restitutionsgeschichte, die da in mehreren Aspekten aufgerollt und ausgebreitet wird. Zusätzlich zeigt eine beigefügte CD-Rom rund 500 Objekte der Sammlungen und vermerkt ihre Fakten.

„Im Schatten der spektakulären Fälle“ stünden oft die weitgehend unproblematischen Fällen, die der Kunstrückgabe-Beirat zu bewerten hat, erklärte *Clemens Jabloner*, Vorsitzender dieses Beirats bei der Präsentation. Neben den umstrittenen Klimt- und Schiele-Bildern gibt es eben etwa auch die Porzellan-Raritäten eines Heinrich Rothberger. Von der Fülle der Fälle erhält man hier eine Vorstellung, von der Arbeit der Historiker, die oft auch interessante Nebenschauplätze beleuchten. Ein Streifzug durch die Porzellanmanufakturen Europas ist da ebenso Thema wie die weitgehend in Vergessenheit geratene „Aktion Gildemeester“, eine Auswanderungsaktion für Juden „nichtmosaischen Glaubens“, die aber eigentlich ein ganz perfider Raubzug an vermögenden Juden war. Die Klammer über alles ist die assimilierte, höchst kultivierte jüdische Kaufmannsfamilie Rothberger. Ihr Name war einst in Wien nicht zu übersehen und ist heute vergessen. An ihr Warenhaus, 1938 arisiert, 1945 ausgebombt, erinnert nicht einmal mehr ein „Stolperstein“.

Christina Gschiel, Ulrike Nimeth, Leonhard Weidinger (Hg.)
„schneiden und sammeln“.
Die Wiener Familie Rothberger
Schriftenreihe der Kommission
für Provenienzforschung Band 2





Bundespräsident Heinz Fischer überreichte am 29. September 2010 Oberrabbiner Prof. Paul Chaim Eisenberg in der Hofburg das **Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich**.

Einen ausführlichen Beitrag lesen Sie im November-insider

Plünderung von Kulturgut durch den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg: Datenbank mit Kunstobjekten im Jeu de Paume

www.errproject.org/jeudepaume



NS-Akten und Fotos von mehr als 20.000 Kunstobjekten aus dem Besitz französischer und belgischer Juden sind jetzt online in einer Suchdatei verfügbar. Daraus geht hervor, dass mindestens die Hälfte dieser Objekte nicht an ihre ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben wurde. Die jetzt veröffentlichte Liste ermöglicht die Recherche nach Objekt, Künstler, Eigentümer und erfolgter Rückgabe und ist besonders für die Nutzung durch Museen, Kunsthändler und Auktionshäuser zur Ermittlung von NS-Raubkunst gedacht; aber auch für Familien, die lang entbehrt Familienerbstücke suchen. Anders als frühere Ansätze zur Identifizierung von NS-Raubkunst, bei denen man sich vornehmlich auf Sammlungslisten von Museen oder Verlustlisten einzelner Opfer oder deren Erben gestützt hatte, setzt die neue Datenbank auf die Gesamtheit dessen, was geraubt wurde und wem es geraubt wurde; so konnte eine Liste aller Kunstobjekte erstellt werden, auf die noch keine Ansprüche erhoben wurden.

Überall & Nirgendwo

P. Weinberger

Auch das ist New York: im *Rubin Museum of Art*, spezialisiert auf tibetanische Kunst und Kunst des Buddhismus, gegründet 1999 von Donald und Shelly Rubin, in einem sehr schönen Museumsneubau in der 17. Straße, fand im Rahmen der buddhistischen Traditionen folgenden Veranstaltungsreihe „*Talk about Nothing*“ – Gespräch über Nichts – eine Diskussion zwischen *Karen Armstrong* und *Imam Shamsi Ali*, dem Vorsteher der größten muslimischen Gemeinde in New York statt. Thema: eigentlich nichts. Oder vielleicht am ehesten doch: Vorstellungen zum Transzendentalen in Religionen jüdisch-christlich-islamischen Ursprungs. Eine Diskussion über nichts und dennoch von tagespolitischer Bedeutung, da das Stadtgespräch in New York nach wie vor sich an der Nähe eines zu gründenden islamischen Kulturzentrums zum „Ground Zero“, dem immer noch leer stehenden Platz, den einmal das World Trade Center einnahm, stößt und von Irrationalismen jeder Art („Beleidigung christlicher Kultur“, „Beleidigung der amerikanischen Nation“, ...) begleitet ist.

Obwohl es eigentlich um nichts ging, war es ein intellektuelles Vergnügen („Intellectus“ war übrigens Teil des transzendentalen Denkens in der mittelalterlichen Mystik) den beiden zuzuhören und in Grunde genommen musste man den Imam bewundern, den Mut aufgebracht zu haben, sich *Karen Armstrong* gegenüber zu stellen. *Karen Armstrong* war, wie vielleicht einigen bekannt, zunächst mehrere Jahre hindurch katholische Ordensschwester. Nach dem Verlassen des Ordens lehrte sie viele Jahre hindurch am *Leo Baeck College for the Study of Judaism* der Universität Oxford. Sie ist eine der international gesehen bekanntesten Religionswissenschaftler(innen) und Autorin einer beeindruckenden Zahl von auch der breiten Öffentlichkeit bekannten Büchern¹, von Büchern, die fast in allen amerikanischen Buchhandlungen an vorderster Stelle aufliegen.

Und so kreiste die Diskussion über Vorstellungen und Gottesbegriffe bei *Thomas von Aquin*, in talmudischen Geschichten, im Sufismus bis hin zur Bedeutung von Transzendenz im Buddhismus. Viele der sorgsam vorgebrachten Argumente des Imam ließ die Skeptikerin *Karen Armstrong* nur bedingt gelten, Argumente, die viele Religionen gemeinsam haben, wie etwa die Sehnsucht nach der letzten Wahrheit, die auch hierzulande in der Form von „intelligent design“ heftigst umstritten war, weil sie letztlich den Versuch darstellt, spekulatives Denken naturwissenschaftlichem Wissen gleichzusetzen.

Es war beiden Diskutanten bewusst, dass es ein Leichtes gewesen wäre, wohlbekannt Argumentationsmuster zu verwenden. Gerade in der Vermeidung solcher Muster lag die Würze der Auseinandersetzungen. Immerhin wagte zum Abschluss der Veranstaltung *Karen Armstrong* eine sehr persönliche Beschreibung von transzendentalen Momenten: sie meinte, in einem Konzertsaal, die Zeitspanne zwischen dem Verklingen der letzten Note einer Symphonie oder eines Quartetts und dem ersten Applaus - das „mystische Ausklingen“ der flüchtigsten aller Künste, der Musik - diese Zeitspanne hat für sie transzendente Qualitäten. Solche Momente kann man übrigens überall und nirgendwo erfahren. Schade, dass es hierzulande an solchen Diskussionen mangelt, an Auseinandersetzungen, die dazu dienen, Unmittelbares, tagespolitisch Bestimmtes zu relativieren.

¹ Bücher von *Karen Armstrong* – jedes einzelne ist äußerst lesenswert:

- A History of God*, Alfred A. Knopf, 1993, ISBN 0-345-38456-3
- Jerusalem – One city, Three faiths*, Ballantine Books, 1997, ISBN 345-39168-3
- Islam – Short History*, Weidenfeld & Nicolson (2000), ISBN 1 84212 583 4
- The battle for God*, Ballantine, 2001, ISBN 0-345-39169-1
- The Spiral Staircase – A Memoir*, Harper Perennial 2004, ISBN 0 00 712229-2
- The great Transformation – The Beginning of Our Religious Traditions*, Anchor Books, 2007, ISBN 978-0-385-721224-0
- The Bible – A Biography*, Grove Press, ISBN 0-8021-4384-9
- The case for God*, Alfred A. Knopf, 2009, ISBN 978-0-307-26918-8

Bräuche und Traditionen im jüdischen Lebenszyklus

I. REICHTUM DURCH VIELFALT

Die wichtigsten Abschnitte und Ereignisse des jüdischen Lebenszyklus werden mit bestimmten Riten und Zeremonien begangen, gefeiert und bedacht, die sich in ihrem genauen Ablauf und vielen Details von Gemeinde zu Gemeinde, oft auch - abhängig vom ursprünglichen Herkunftsland - von Familie zu Familie teilweise stark unterscheiden. Sowohl Einflüsse der jeweiligen nicht-jüdischen Umgebung, als auch, in einigen Fällen, bis in die Antike zurückreichende, unterschiedliche rabbinische Traditionen bezüglich der halachischen (*jüdisch-rechtlichen*) Entscheidungen in bestimmten Fragen, sowie die unterschiedliche Berücksichtigung und Betonung kabbalistischer Aspekte, sind die Hauptgründe für die Mannigfaltigkeit der vielen *Minhagim*, Sitten und Bräuche.

Die grundlegende Verschiedenheit vieler Traditionen der beiden groben Einteilungen des jüdischen Volkes in *Aschkenasim* (*Minhag Eretz Jisrael*) und *Sephardim* (*Minhag Bavel*), die ihren Ursprung bereits in der Zeit des Zweiten Jerusalemer Tempels findet, ist historisch leicht nachzuvollziehen.

Die *Aschkenasim* kamen bereits in der Antike direkt aus dem Heiligen Land ins römische und später christianisierte Europa und berücksichtigen in ihren Bräuchen weitgehend den ursprünglichen *Minhag Eretz Jisrael* und dessen rabbinische Traditionen. Weil sich das europäische Zentrum der jüdischen Gelehrsamkeit im frühen Mittelalter in Deutschland befand, insbesondere in den Städten Speyer, Worms und Mainz, begann man alle Juden europäischer Herkunft als *Aschkenasim* („deutsche Juden“) zu bezeichnen.

Die Vorfahren der *Sephardim* breiteten sich, aus Babylonien kommend – das seit der Zerstörung des Ersten Jerusalemer Tempels zu dem bedeutendsten jüdischen und rabbinischen Zentrum der Diaspora geworden war - im 8. und 9. Jahrhundert in der gesamten muslimischen Welt aus, von Pakistan bis Spanien, und gründeten ihre Bräuche und Traditionen auf den überlieferten *Min-*

hag Bavel. Da sich das Zentrum der jüdischen Gelehrsamkeit in der muslimischen Welt sehr bald von Babylonien ins damals muslimische Spanien verlagerte, werden bis heute alle Juden aus islamischen Ländern kollektiv als *Sephardim* („spanische Juden“) bezeichnet, obwohl die allerwenigsten von ihnen tatsächlich von spanischen Juden abstammen, sondern mit jenen lediglich die gleiche rabbinische und halachische Tradition teilen.

Bei der Unterteilung aller Juden und ihrer Traditionen in *aschkenasisch* oder *sephardisch*, handelt es sich jedoch, wie gesagt, nur um eine grobe und sehr vereinfachte Einteilung, die den heterogenen Realitäten der jeweiligen Traditionen, Sitten und Bräuche nicht annähernd gerecht wird. Zum Einen gibt es besondere Gemeinden, wie die indischen, die jemenitischen oder die italienischen Juden, die sich aus unterschiedlichen Gründen keiner dieser beiden Kategorien klar zuordnen lassen und zum Anderen gibt es Grenzfälle wie beispielsweise die echten *Sephardim*, d. h. Juden der Spanisch-Portugiesischen Tradition, die zwar in der rabbinischen Überlieferung weitgehend der babylonischen Tradition aller *Sephardim* folgen, jedoch mit ihren *aschkenasischen* Brüdern die gesamte europäische Erfahrung und Geschichte der vergangenen 1000 Jahre teilen, die selbstverständlich ebenfalls Spuren in der Ausprägung ihres Brauchtums hinterlassen hat.

Die *jemenitischen Juden* sind ein besonders interessanter Fall einer jüdischen Gemeinde innerhalb der muslimischen Welt, die in den meisten halachischen Fragen zwar, zumindest seit dem 12. Jahrhundert, *sephardischen* Autoritäten folgen, sich in vielen *Minhagim*, Sitten und Bräuchen jedoch grundlegend von den *Sephardim* unterscheiden. Abgesehen von ihrer, durch die arabische Mehrheitskultur geprägten, traditionellen Kleidung und Küche, ähneln die rituellen und religiösen Traditionen der jemenitischen Juden, einschließlich ihrer traditionellen Aussprache des Hebräischen, wesentlich mehr den *Aschke-*

nasim als den *Sephardim*, denn ihre Vorfahren kamen nicht aus Babylonien, sondern waren zeitgleich mit den Vorfahren der *Aschkenasim*, und teilweise sogar schon früher, aus *Eretz Jisrael* emigriert – daher basieren auch sie ihre Traditionen, genauso wie die *Aschkenasim*, auf *Minhag Eretz Jisrael* und nicht *Minhag Bavel*.

Und auch unter den verallgemeinernd als *Aschkenasim* bezeichneten europäischen Juden gibt es fundamentale Traditionsunterschiede, insbesondere zwischen dem ursprünglichen *Minhag Aschkenas* der jüdischen Gemeinden aus Frankreich, dem Rheinland, Süddeutschland und Österreich einerseits und dem *Minhag Polin* der baltischen, polnischen, galizianischen und russischen Juden, mit ihren unzähligen regionalen Unterschieden und Differenzen andererseits.

In der nun monatlich folgenden Darstellung der wichtigsten Stationen des jüdischen Lebenszyklus und den damit einhergehenden Sitten und Bräuchen, wird es verständlicherweise nicht möglich sein, die gesamte Vielfalt aller Traditionen ausreichend zu berücksichtigen. Jedoch werde ich versuchen, neben dem aschkenasischen Wiener *Minhag Hamakom* (Ortsbrauch) zumindest auch auf die in unserer Gemeinde prominent vertretenen (*sephardisch*-)*bucharischen* und (*osteuropäisch*-)*chassidischen* Traditionen und Bräuche einzugehen.

Die Verschiedenheit und Vielfalt der unterschiedlichen Traditionen und Bräuche, wenngleich vom eigenen Standpunkt auch manchmal als fremd empfunden, spiegelt den wunderbaren Reichtum unseres jüdischen Erbes wieder – sowohl in den scheinbar rein kulturell-folkloristischen, als auch in den *halachisch* offensichtlich relevanten Elementen und Aspekten unserer Traditionen. Die Wichtigkeit, die verschiedenen *Minhagim* der eigenen Gemeinde und Familie zu pflegen und zu bewahren, stellt der *Chasam Sofer* auf eine Ebene mit der unbedingten Befolgung von Geboten der Torah - denn auch jeder überlieferte *Minhag* hat seinen Ur-

sprung am Berg Sinai. (*Jore Deo 191*)

Und selbst wenn bestimmte Bräuche und *Minhagim* verschiedener Gruppen bisweilen unvereinbar und sich zu widersprechen scheinen, wenn beispielsweise gemäss der einen Tradition eine *Chuppa* unbedingt am Tag stattfinden muss, gemäss der anderen Tradition jedoch bei Nacht, gemäss der einen Tradition Braut und Bräutigam sich eine Woche vor der Hochzeit bis zur *Chuppa* nicht mehr sehen dürfen, die beiden, gemäss der anderen Tradition, dies überhaupt nicht beachten und sogar am Vortag ihrer Hochzeit eine *Se'udat Mitzwa* (vorgeschriebene Festmahlzeit) zusammen einnehmen, so ist nicht ein Brauch besser oder richtiger als der andere, sondern wir müssen, das talmudische Prinzip anwenden: *Elu ve'Elu Divrei Elokim* – „Jene und diese sind die Worte G'ttes!“ (*Eruvin 13b*)



Vielfalt: Torahrolle der Progressiven Jüdischen Gemeinde in Beijing.

©Kehillat Beijing

Schailos & Tschuwos

ausgewählte halachische Fragen, beantwortet von Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister

AskTheRabbi@ikg-wien.at

FRAGE:

„Muss man auch im Winter am Schabbes unbedingt Schalosch Se'udes essen, auch wenn man überhaupt keinen Appetit dazu hat weil man vom Mittagessen noch ganz voll ist?“

ANTWORT:

Am Schabbat sollen wir, wie unsere Weisen im Talmud (*Schabbos 117b*) erklären, drei *Se'udot* (Festmahlzeiten mit Brot) zu uns nehmen. Die erste Mahlzeit ist das Abendessen am Freitag Abend nach dem Abendgebet, die zweite Mahlzeit das Mittagessen nach dem Morgengebet und die dritte Mahlzeit beginnen wir nach *Mincha* (dem Nachmittagsgebet) - unbedingt vor Sonnen-untergang. (*Tosfos Schabbos 118a*) Der Talmud erwähnt zur Begründung die-ses rabbinischen Gebots den folgenden Vers aus *Paraschat Beschalach*, wo es in Bezug auf das Manna heisst: „Verzehrt es **heute**, denn **heute** ist ein Schabbat dem Ewigen. **Heute** werdet

ihr nichts auf dem Felde finden.“ (*Schemos 16:25*)

In der dreimaligen Wiederholung des Wortes „Hajom“ (*heute*) erkennt der Talmud einen Hinweis dafür, dass wir am Schabbat eben diese drei Festmahlzeiten essen sollen.

Im Zusammenhang mit den drei Schabbat Mahlzeiten, zitiert der Talmud den Weisen Rabbi Jehoschua ben Lewi: „Jeder, der die drei Mahlzeiten am Schabbat beachtet, wird von drei Übeln bewahrt: (1) den „Geburtswehen“ der messianischen Zeit, (2) dem Gericht des Gehinnom und (3) dem Krieg von Gog und Magog.“ (*Schabbos 118a*)

Wie im *Schulchan Aruch* erklärt wird, werden jene drei Ereignisse in genau dieser Reihenfolge erwartet, und jede der drei Schabbatmahlzeiten soll - in der gleichen Reihenfolge - vor diesen Leiden schützen. (*Bach: Orach Chajim 291*). Die dritte Mahlzeit, die *Se'udah Schlischis*, die wir während der Abenddämmerung einnehmen, soll uns somit vor den Leiden des letzten Weltkrieges (*Milchemet Gog UMagog*) bewahren, der sich ebenfalls in der „Abenddämmerung“ unseres Exils ereignen wird. Als Begründung führen die jüdischen Quellen der Mystik das besondere, metaphysische Potential dieser Stunden am Schabbat Nachmittag an. Demnach ist dies eine Zeit, in der sich die

Güte und Barmherzigkeit des Allmächtigen in besonderer Weise offenbart, an der wir einen Anteil bekommen, indem wir zur gleichen Zeit unsere dritte Festmahlzeit einnehmen. (*Sohar Paraschas Jisro 88b*)

Doch primär, abgesehen von jenen düsteren Szenarien und spirituellen Schutzmechanismen, etablierten unsere Weisen die Mitzwa dieser drei Festmahlzeiten für uns, zu unserer Freude am Schabbat, und daher muss jemand, der keinen Appetit mehr hat, auch nicht unbedingt die dritte Mahlzeit einnehmen, wenn ihm deshalb schlecht würde - denn das wäre dem Sinn dieser *Mitzwa* in jedem Fall zuwider. (*Schulchan Oruch O. Ch. 291:1, Mischna Berurah 3*) Das bedeutet jedoch nicht, dass es sich um eine optionale Mitzwa handeln würde, die man je nach Völlegefühl und Appetit erfüllen oder bleiben lassen könnte. Prinzipiell sind sowohl Männer als auch Frauen und Kinder verpflichtet jeden Schabbat Nachmittag *Se'udah Schlischis* zu essen. (*O. Ch. 291:6, M. B. 26*) Damit man diese wichtige *Mitzwa* auch mit Freuden und Genuss erfüllen kann, sollte man also - vor allem an den kurzen Wintertagen - von vorneherein darauf achten, sich beim Mittagessen (*Se'udah Schniah*) nicht so zu überessen, dass dies nicht mehr möglich ist.

